Lebensart Russland auf dem Weg zurück zur Sowjetwirtschaft Seite 7

Preußische Allgemeine

Nr. 21 · 27. Mai 2022 | **Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt** | Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Tickende Zeitbomben

Verheerende Umweltsünden, die im Schatten von Corona-Pandemie und Ukrainekrieg Mensch und Natur bedrohen **Seite 3**

Obsession Wie Bill Gates die Pandemien der Zukunft bekämpfen will **Seite 3**

Drama Romy Schneider, zerbrechliche Diva des deutschen Films **Seite 21**

FOTOS: SHUTTERSTOCK; PA; IMAGO

AUFGEFALLEN

Eine Genossin, die zuerst an sich denkt

Die neue DGB-Chefin Yasmin Fahimi beginnt ihre Amtszeit mit einem unappetitlichen Anfall von Selbstbedienung. Seit sie am 9. Mai an die Spitze des Gewerkschaftsbundes gewählt wurde, lasse sie ihr Bundestagsmandat zunächst nur „ruhen“, so die SPD-Politikerin. Offiziell niederlegen will sie es erst Ende Juni.

Was wie eine bloße Terminfrage erscheint, hat durchaus finanzielle Folgen. Denn so hat die 54-Jährige neben ihrem Salär als Gewerkschaftsbund-Vorsitzende in Höhe von etwa 11.000 Euro weiterhin Anspruch auf gut 10.000 Euro an Diäten.

Und was heißt überhaupt „ruhendes Mandat“? Ein Volksvertreter wird dafür gewählt und vor allem: bezahlt, dass er die Belange des deutschen Volkes im Parlament vertritt. Fahimi aber hat klargestellt, dass sie für diese Vertretungsarbeit fürderhin keine Hand mehr rühren will, dennoch aber bis zum 30. Juni weiterhin dafür bezahlt werden möchte – bezahlt vom Steuerzahler, für ausdrücklich nichts.

Aus der Union hagelt es dafür Kritik. Ob Fahimi dem Druck weicht und, wie von CDU und CSU gefordert, ihr Mandat nun doch unverzüglich niederlegt statt erst Ende Juni, war bei Redaktionsschluss noch nicht erkennbar. Doch ganz gleich, wie sie sich entscheidet: Als führende Gewerkschaftsvertreterin des Landes hat Fahimi schon jetzt ein denkbar schlechtes Bild abgegeben als Inbegriff einer Funktionärskaste, die schamlos zuerst an sich denkt. *H.H.*

UKRAINEKRIEG

Überraschende Lektionen in nüchterner Realpolitik

Wie transatlantische Stimmen daran erinnern, dass Europas Stabilität auch in Zukunft nur *mit* und nicht *gegen* Russland möglich ist

VON RENÉ NEHRING

Am Donnerstag vergangener Woche sorgte ein Leitartikel der „New York Times“ für Furore, in dem die renommierte Zeitung ein paar Fragen an die US-Politik in Sachen Ukrainekrieg richtete. Zwar verdiene, so die „Times“, die Ukraine nach wie vor „Unterstützung gegen die unprovozierte Aggression Russlands“, andererseits sei es jedoch „nicht in Amerikas bestem Interesse, sich in einen totalen Krieg mit Russland zu stürzen“.

Konkret will die „Times“ unter anderem von ihrer Regierung wissen, ob die Vereinigten Staaten versuchten, zur Beendigung dieses Konflikts beizutragen – oder ob die USA nunmehr versuchten, Russland dauerhaft zu schwächen. Weitere Fragen der Redaktion betreffen die US-Ziele in Bezug auf Wladimir Putin sowie Meldungen, die USA hätten nachrichtendienstliche Informationen geliefert, um Russen zu töten und eines ihrer Schiffe zu versenken. „Ohne Klarheit in diesen Fragen“, so die „Times“, „riskiert das Weiße Haus nicht nur, das Interesse der Amerikaner an der Unterstützung der Ukrainer zu verlieren, (...) sondern es gefährdet auch den langfristigen Frieden und die Sicherheit auf dem europäischen Kontinent.“

Just am gleichen Tag erschien ein Debattenbeitrag von „Welt“-Chefkommentator Jacques Schuster, den die derzeitige Gemütslage an den August 1914 erinnert. Schuster ist darüber erstaunt, wie sich eine Gesellschaft „arrivierter Frühreifer“, die sich „in heiligem Ernst über das Für und Wider von Gendersternen ereiferten“, so schnell verwandeln konnte, dass sich nun „so mancher frühere Wehrdienstverweigerer in einen glühenden Reißbrett-Kavalleristen“ verwandelt und „wahnhaft die Trommel der geistigen Mobilmachung“ schlage. Vor allem ist Schuster darüber erstaunt, wie jahrzehntelange Grundkonstanten deutscher Außenpolitik – etwa die „Erkenntnis, sich mit dem Kreml verständigen zu müssen“ – über Bord geworfen werden. Zu dieser Erkenntnis, so Schuster, werde man jedoch „über kurz oder lang“ zurückkehren müssen, „denn der Schlüssel für den Zugang zur europäischen Stabilität liegt nicht in Kiew, Warschau, Prag oder Berlin, er liegt in Moskau.“

Zwänge der Realpolitik

Seit Ausbruch des Krieges wurde viel von einer Rückkehr der Realpolitik gesprochen. Tatsächlich schwenkten jedoch viele Stimmen nur von einem Extrem (dem bedingungslosen Pazifismus) zum anderen (eine ungezügelte Kriegsrhetorik). Rückkehr zur Realpolitik bedeutet jedoch vielmehr den Abschied von Ideologien – und die Ausrichtung des eigenen Handelns an ganz pragmatischen Fragen.

Der erste Schritt dazu ist eine nüchterne Analyse der Lage. Ein anderes Kriterium ist die Definition eigener Interessen. Es ist legitim zu fragen, was dem eigenen Land nutzt, und es ist auch klug zu fragen, was anderen – in diesem Falle den am Kriege beteiligten Nationen – nutzt.

Drei Monate nach Kriegsausbruch – wo es so aussieht, als ob das Leiden im Osten keinesfalls schnell vorbei ist – ist es Zeit zu fragen, was ein längerer Krieg bedeuten würde – und ob wir darauf vorbereitet sind. Dazu gehört auch, was wir riskieren, wenn wir bei einem solchen Szenario Russland als Partner verlieren.

Niemand von denen, die jetzt den Boykott aller russischen Energielieferungen fordern, weiß, womit die dadurch entstehenden Lücken gefüllt werden können. Wenn es in einem halben Jahr wieder kalt und dunkel ist, wird Deutschland nach Lage der Dinge keinen einzigen neuen Flüssiggasterminal fertiggestellt haben. Und selbst wenn kurzfristig Lieferungen hochgefahren werden können, wären weder die US-Amerikaner noch die Scheichs in der Lage, das Volumen der russischen Lieferungen zu kompensieren.

Laut Statistischem Bundesamt wurden im Jahr 2021 in Deutschland Waren aus Russland im Wert von 33,1 Milliarden Euro importiert, in die Gegenrichtung gingen Exporte im Wert von gut 26,6 Milliarden Euro. Insofern führt – bei aller gebotenen Solidarität mit der Ukraine – auch in Zukunft kein Weg an einer nüchternen Russlandpolitik vorbei.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Beim Mindestabstand von Windrädern kommen die Länder dem Bund zuvor
Seite 4

Kultur
Halle feiert „100 Jahre Händel-Festspiele“ und lädt zur großen Jubelparty
Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Manfred Schwarz und das von ihm aufgebaute Bildarchiv Ostpreußen
Seite 18

Lebensstil
Georgenswalde erinnert an den bedeutenden Künstler Hermann Brachert
Seite 23

Lesen Sie die PAZ
auch auf unserer Webseite **paz.de**

4 191814 303404 21
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Tickende Zeitbomben Im Schatten von Corona-Pandemie, Ukrainekrieg und anderen Dramen bedrohen verdrängte Umweltkatastrophen die Lebensgrundlagen von Mensch und Natur

Damoklesschwert über dem Roten Meer

Sollte der Tanker „Safer“ vor der Küste Jemens zerbrechen, würden Ökosysteme für Jahrzehnte zerstört

VIN WOLFGANG KAUFMANN

FOTO: ULLSTEIN

Fatale Folgen einer Ölpest: Würde die „Safer“ auslaufen, hätte das katastrophale Auswirkungen auf die humanitäre Lage im Jemen

Im Zweiten Weltkrieg versanken nach Angriffen von U-Booten, Überwasserschiffen und Flugzeugen sowie Minen-Explosionen mehr als 700 Tanker in den Ozeanen. Mindestens die Hälfte davon war voll beladen. Dem folgten zwischen 1945 und heute an die 150 Tankerunfälle, bei denen rund sechs Millionen Tonnen Rohöl ins Meer gelangten. Besonderes Aufsehen erregten die schweren Havarien der Tanker „Torrey Canyon“ 1967, „Texaco Denmark“ 1971, „Sea Star“ 1972, „Hawaiian Patriot“ 1977, „Amoco Cadiz“ 1978, „Atlantic Empress“ 1979, „Castillo De Bellver“ 1983, „Odyssey“ 1983, „Exxon Valdez“ 1989, „Haven“ 1991 und „Sanchi“ 2018. Ebenso ergossen sich bei Unfällen auf Bohrinseln und infolge der Kampfhandlungen während des Zweiten Golfkrieges Millionen Tonnen Rohöl in die Weltmeere.

Die daraus resultierenden Schäden für die Umwelt waren exorbitant. So führte allein das teilweise Austreten der Ladung aus dem Rumpf der „Exxon Valdez“ in der Größenordnung von 38.000 Tonnen zu einem Ölteppich von 7000 Quadratkilometern, der insgesamt 2000 Küstenkilometer von Alaska verschmutzte. Das lässt erahnen, welche Gefahr von dem vor Jemen liegenden Floating Storage and Offloading vessel (FSO) „Safer“ ausgeht.

Huthi halten das Schiff als Geisel

Ungeachtet der Tatsache, dass „safer“ das englische Wort für „sicherer“ ist, ist mit der Namensgebung nicht etwa der Anspruch größerer Sicherheit verbunden. Vielmehr hat die „Safer“ ihren Namen von einem jemenitischen Ölfeld. Bei ihr handelt es sich um den umgebauten, 350 Meter langen ehemaligen Tanker „Esso Japan“, der zwischen 1988 und 2015 als schwimmende Umschlagstation für Rohöl diente und der jemenitischen Safer Exploration & Production Operation Co. (SEPOC) gehört. Über eine rund 430 Kilometer lange Pipeline, die bis zum Ölfeld von Ma’rib reichte, wurde die „Safer“ kontinuierlich befüllt, während sie das „Schwarze Gold“ an Tanker aus aller Welt weitergab.

Dann allerdings besetzten Huthi-Rebellen, welche die Zentralregierung des Jemen gestürzt hatten, das FSO unweit des Hafens von Hodeida im südlichen Teil des Roten Meeres. Seitdem finden dort kein Ölumschlag und keine Wartungsarbeiten mehr statt. Lange Zeit verweigerten die Rebellen jegliche Inspektion des Schiffes durch Experten des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) sowie auch das Abpumpen des Öls aus den 34 Tanks der dahinrostenden „Safer“. Die sind zwar nicht komplett voll, enthalten aber immerhin um die 150.000 Tonnen Rohöl.

Berlin zeigt sich wieder großzügig

Seit 2019 weiß das UNEP, dass der technisch veraltete Einhüllenrumpf des FSO undicht ist und die Lenzpumpen an Bord der „Safer“ ausgefallen sind. Deswegen könnte diese sinken oder ihre Ladung verlieren. Daher besteht nun das akute „Risiko einer massiven Ölpest“, wie der UN-Nothilfekoordinator für das Bürgerkriegsland, David Gressly, unlängst warnte. Sollte die „Safer“ aufreißen oder zerbrechen und das Öl dabei komplett auslaufen, würden das Rote Meer und dessen Küsten über Hunderte von Kilometern unter schwarzem Schlick verschwinden. Das wiederum hätte zur Folge, dass der Schiffsverkehr in der Region eingestellt werden müsste mit fatalen Folgen für die humanitäre Lage im Jemen, da ein Großteil der Nahrungsmittelhilfslieferungen für das hungernde Land über Hodeida läuft. Darüber hinaus käme es möglicherweise auch zu einer erneuten Sperrung des Suezkanals, dessen südliches Ende im Roten Meer mündet, was wiederum katastrophal für die Weltwirtschaft wäre. Ebenso ist bei einer Havarie der „Safer“ mit dem Ausfall der Meerwasserentsalzungsanlagen in der Region sowie schweren Beeinträchtigungen für die Fischerei und Landwirtschaft von Somalia im Süden bis Saudi-Arabien im Norden zu rechnen. Insgesamt droht hier also die Gefährdung der Lebensgrundlagen von bis zu zehn Millionen Menschen.

Angesichts dieser brisanten Situation haben sich die Huthi-Rebellen nun endlich bereit erklärt, einem Abpumpen des Öls aus der „Safer“ zuzustimmen, sofern denn der Erlös des Verkaufs des „Schwarzen Goldes“, dessen Marktwert aktuell bei über 100 Millionen US-Dollar liegt, in ihre Taschen fließt. Die Kosten für die Sicherungsmission sowie das nachfolgende Abschleppen des FSO in einen Hafen in Höhe von insgesamt 144 Millionen Dollar sollen freilich andere tragen, nämlich die Teilnehmer der von den Vereinten Nationen initiierten Geberkonferenz, die kürzlich in Den Haag und Amman tagten.

Allerdings beläuft sich die Finanzierungszusage bislang nur auf 40 Millionen Dollar, von denen über ein Viertel aus Deutschland kommen soll. Das reicht nicht einmal für das Abpumpen des Öls, das eigentlich noch in diesem Sommer erfolgen müsste, bevor im Roten Meer wieder die Herbststürme einsetzen.

KRIEGSRESTE

Munition vor Deutschlands Küste

Zum Ende des Zweiten Weltkrieges wurden vor der Küste der heutigen Bundesrepublik Unmengen an Munition „entsorgt“. Entweder von Angehörigen der Wehrmacht, welche die Bomben, Granaten, Minen und Torpedos nicht in die Hände der Siegermächte fallen lassen wollten, oder von den Streitkräften der Letzteren, die eine schnelle Entwaffnung des Gegners anstrebten. Auf diese Weise gelangten rund 1,3 Millionen Tonnen Munition in die Nordsee und 300.000 Tonnen in die Ostsee. Dazu kamen etwa 5000 Tonnen chemische Kampfstoffe.

Wie atomare sind auch konventionell bestückte Explosivkörper tickende Umwelt-Zeitzünderbomben, denn sie enthalten hochgiftige sowie auch krebserregende und erbgutverändernde Substanzen wie Trinitrotoluol (TNT), Hexogen (RDX), Oktogen (HMX) und Hexanitrodiphenylamin (HND). Momentan hält sich die Kontamination der Gewässer durch solche Stoffe aber noch in Grenzen. Allerdings korrodiert die Munition, und bald könnte der Punkt erreicht sein, an dem durch das massenhafte Durchrosten größere Mengen von Schadstoffen frei werden. Deshalb ist Eile bei der Bergung geboten. Zumal sich der Sprengstoff auf dem Meeresgrund auch nicht mehr mit magnetometrischen Verfahren lokalisieren lässt, wenn die umgebende Metallhülle fehlt.

Die Kosten der ersten Phase der systematisch-umfassenden Entsorgung von Weltkriegsmunition in der Nord- und Ostsee werden auf rund 100 Millionen Euro geschätzt, welche die drei bundesdeutschen Küstenländer jedoch nicht alleine aufbringen können. Deshalb steht im Koalitionsvertrag der derzeitigen Ampelregierung: „Für die Bergung und Vernichtung von Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee wird ein Sofortprogramm aufgelegt sowie ein Bund-Länderfonds für die mittel- und langfristige Bergung eingerichtet und solide finanziert.“ Ob diese Absichtserklärung zu sichtbaren Ergebnissen führt, bleibt abzuwarten. *W.K.*

LANDWIRTSCHAFT

Wenn Düngen nicht Erträge steigert, sondern Böden vergiftet

In China bedroht die Kontamination von Ackerflächen die Lebensgrundlagen von Hunderten Millionen Menschen

Die Festlandschinesen machen fast ein Viertel der Weltbevölkerung aus. Zu ihrem Staatsterritorium gehört aber nur gut ein Zehntel der global vorhandenen Ackerfläche. In der Volksrepublik China werden etwa 135 Millionen Hektar Boden als Ackerland genutzt. Das sind 0,09 Hektar pro Bürger. Zum Vergleich: In der EU sind es 0,22 Hektar. Insofern sollte man meinen, dass der Umgang mit der landwirtschaftlichen Nutzfläche in China besonders sorgsam geschieht. Tatsächlich ist aber das Gegenteil der Fall. Dies zeigt eine Studie des Deutsch-Chinesischen Agrarzentrums über die „Kontamination von Ackerböden in China“ vom März dieses Jahres.

Als Hauptursache für die Kontamination gilt der exzessive Gebrauch von chemischen Düngemitteln und Pestiziden zur Maximierung des Ertrages. Die rund 300 Millionen chinesischen Landwirte verbrauchen ein Drittel der globalen Gesamtmenge an Stickstoffdünger. Und beim Phosphatdünger liegt die Quote sogar bei 36 Prozent. Da die Düngermassen nur zum Teil von den Pflanzen aufgenommen werden können, gelangen sie in den Boden und ins Grundwasser.

Ein weiteres Problem stellt der Umstand dar, dass fast die Hälfte des chinesischen Ackerlandes künstlich bewässert werden muss und die Wasserqualität nicht nur aufgrund der Überdüngung schlecht ist. Deshalb versauern die Böden, und es entsteht ein ph-Milieu, in dem die Pflanzen verstärkt gesundheitsschädliche Schwermetalle aufnehmen. Nach Angaben der Chinese Academy of Engineering gelangen pro Jahr ungefähr zwölf Millionen Tonnen Gemüse auf den Markt, das deutlich zu viele Schwermetalle enthält. Diese wiederum kommen oftmals aus der Luft. Der jährliche Kohleverbrauch liegt in China bei rund vier Milliarden Tonnen. Bei der Verbrennung des fossilen Energieträgers werden 51.600 Tonnen Blei, 38.300 Tonnen Arsen, 1100 Tonnen Kadmium und 750 Tonnen Quecksilber frei. Ein Großteil davon gelangt aus der Atmosphäre durch die Schwerkraft oder den Regen in den Boden.

> Bisherige Maßnahmen zur Steigerung der Bodenqualität haben keine nennenswerte Wirkung gezeigt

Bisherige Maßnahmen zur Bekämpfung der Bodenverschlechterung haben keine nennenswerte Wirkung gezeigt. Im Jahre 2013 kündigte zwar der damalige Stellvertretende Minister für Land und Ressourcen, Wang Shiyuan, großangelegte Programme zur Sanierung des chinesischen Ackerlandes an. Doch passiert ist seitdem praktisch nichts. Nun soll ein Handbuch des Pekinger Umweltministeriums mit Ratschlägen bezüglich der Vermeidung der Kontaminierung von Ackerland die Wende bringen. Wenn diese misslingt, droht dem bevölkerungsreichsten Land der Welt eine ökologische Katastrophe und eine Verknappung genießbarer Nahrungsmittel. *W.K.*

Wenn Gesundheit zur Obsession wird

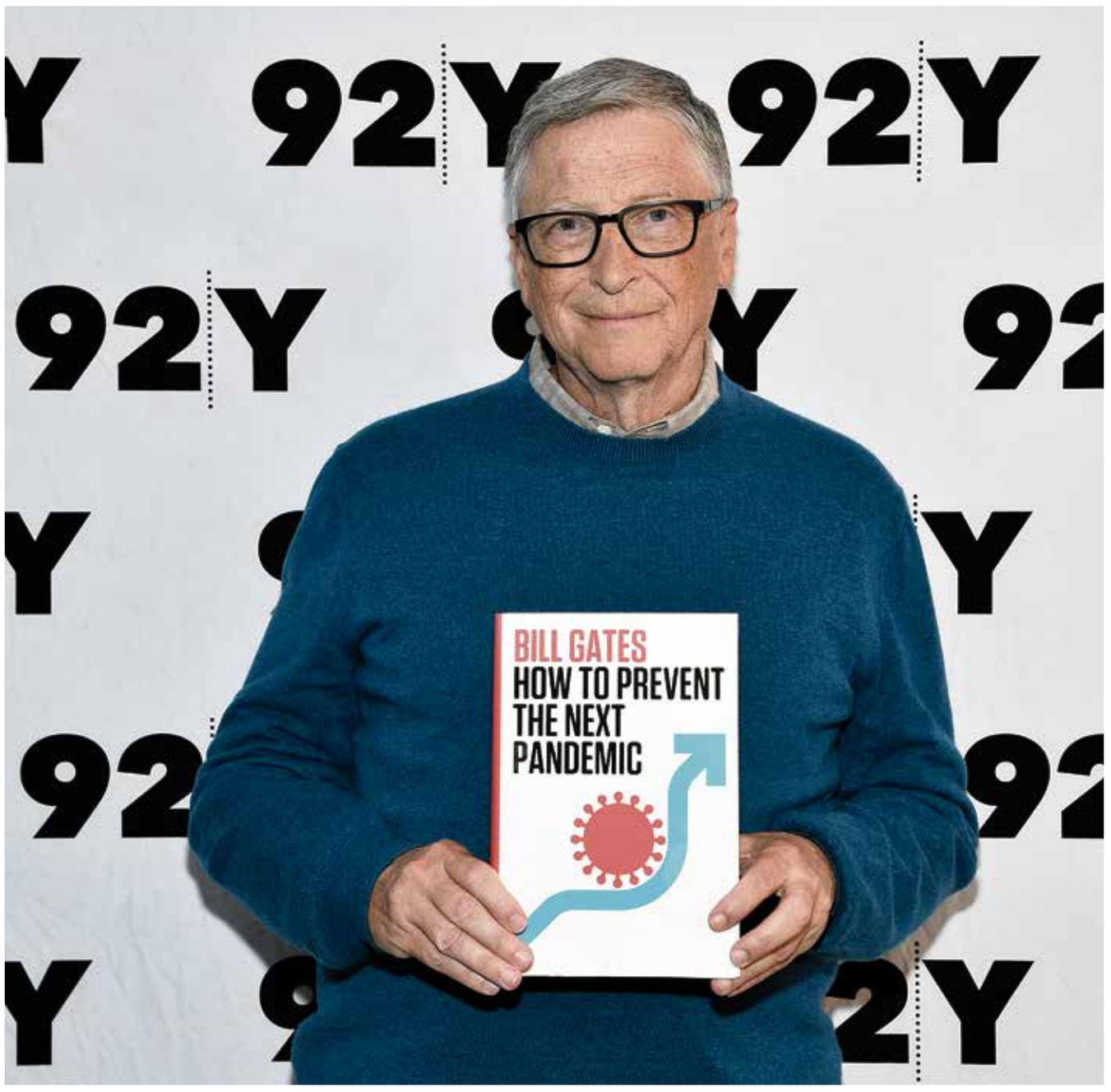
Superplan oder Größenwahn? Der IT-Unternehmer und Mäzen Bill Gates beschreibt in seinem neuen Buch, wie er die ganze Welt lückenlos überwachen will, um sämtliche Atemwegserkrankungen auszurotten

VON HOLGER FUSS

Die vergangenen Tage dürften für Verschwörungstheoretiker so manchen Leckerbissen geliefert haben. Kaum absolvierten die G7-Gesundheitsminister bei ihrem Fachtreffen in Berlin eine Trockenübung zu Pockenausbruch, schon machten in den Nachrichten Meldungen von ersten Erkrankungen durch Affenpocken in München, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Berlin die Runde. Nach wochenlang leidvoller Zwangspause durch den Ukrainekrieg konnte sich endlich wieder Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach in seiner Kernkompetenz zu Wort melden und davor warnen, dass der Ausbruch von Affenpocken zwar eingegrenzt werden könne: „Das kann aber nur gelingen, wenn schnell gehandelt wird.“ Das Robert Koch-Institut soll bereits an Empfehlungen für geeignete Maßnahmen arbeiten.

Solche Synchronizitäten haben seit Beginn der Corona-Krise Anfang 2020 einschlägige Paranoiker zu beachtlichen Höhenflügen inspiriert. Der Verfolgungswahn entwickelte dabei eine mitunter komplexe Poetik, in deren Zentrum artistische Drahtzieher standen, die in verborgenen Laboratorien allerlei Viren und andere Kleinlebewesen zu tückischen Biowaffen komponierten, sie in die Welt entließen und anschließend die Menschen rund um den Globus zu ihrem eigenen Schutz ihrer bürgerlichen Freiheiten zu berauben – falls vorhanden.

Endziel dieser frevlerischen Maßnahmen, so die stets bestens informierten Komplott-Enthüller, sei die Weltherrschaft des Kapitals, des Systems oder des Teufels persönlich. Oder ganz einfach von Bill Gates. Seit der heute 66-jährige Unternehmer mit dem verwuschelten Knabengesicht die Softwareschmiede Microsoft gründete, mit seinem Betriebssystem Windows zum Weltmarktführer im Computeruniversum aufstieg und zeitweilig als reichster Mann der Welt galt, steht er beständig unter Konspirationsverdacht. Früher wurde gern gemutmaßt, seine PC-Software würde unsere persönlichen Daten ausspionieren, inzwischen wird ihm unterstellt, in die Impfstoffe gegen Covid-19 seien Nano-Roboter aus seiner Werkstatt gemixt, die aus geimpften Menschen willfährige Marionetten zu seinen Zwecken machen würden.



Vision einer totalen Pandemiebekämpfung: Der IT-Unternehmer und Philanthrop Bill Gates bei der Vorstellung der Originalausgabe seines jüngsten Buches *Foto: pa*

Krankheiten als „eine Art Obsession“

Seit William Henry Gates III gemeinsam mit seiner inzwischen geschiedenen Ehefrau Melinda 1999 die Gates Foundation ins Leben rief und mit 46,8 Milliarden US-Dollar zur größten wohltätigen Privatstiftung auf diesem Planeten ausstattete, ist der Software-Zar auch ein Global Player im Gesundheitsbereich. In der Weltgesundheitsorganisation (WHO) tritt er nach den USA als zweitgrößter Beitragszahler auf, 2018/19 waren das gut eine halbe Milliarde Dollar und fast zehn Prozent des Gesamtbudgets. Über die von ihm mitgegründete Impfstoff-Initiative CEPI wurden unter anderem die Impfstoffentwicklungen bei Novavax, Moderna und AstraZeneca unterstützt, erst im vergangenen Januar spendete Gates weitere 150 Millionen Dollar an CEPI. Insgesamt, so gibt Gates an, hat seine Stiftung inzwischen „über zwei Milliarden Dollar bereitgestellt, um Covid-19 zu bekämpfen“.

In seinem jüngst erschienenen Buch „Wie wir die nächste Pandemie verhindern“ (Piper) gibt Bill Gates verblüffend ungeniert Einblicke in seine Vorstellungen einer besseren, weil gesünderen Welt. Es ist ein Dokument des Kontrollzwangs und des Größenwahns. Schon in der Einführung bekennt er: „Ansteckende Krankheiten sind für mich eine Art Obsession.“ Bei der Lektüre der 336 Seiten können wir einem „Technikfreak“ (Gates über Gates) und Philanthropen, der in erster Linie Unternehmer ist, bei der Arbeit zuschauen. Denn auch für den medizinischen Bereich gelte: „Das weltweit größte Potenzial, um Forschungsergebnisse in kommerzielle Produkte umzusetzen, ist in der Privatwirtschaft zu finden.“ Und weiter: „Gewinnstreben ist nun mal das stärkste Motiv.“

So liest sich sein Buch streckenweise wie eine Marktanalyse künftiger milliardenschwerer Nachfrageoptionen. „Diese Pandemie“, die wir seit zwei Jahren erleben, sagt Gates, „hat uns eine Realwelt-Lektion erteilt, die kein Experiment jemals ermöglicht hätte“. Zum einen, „um herauszufinden, wie bestimmte Maßnahmen wirken“, also alle Nicht-Pharmakologischen Interventionen (NPI) wie Lockdown, Schutzmasken, Abstandhalten, Schulschließungen und Homeoffice. Zum anderen konnte mit inzwischen 11,7 Milliarden verabreichten Impfstoffdosen gegen Covid-19 weltweit der vermutlich größte Medikamententest aller Zeiten durchgeführt werden. Die ersten Impfstoffe wurden innerhalb von zwölf Monaten entwickelt, getestet und zugelassen, „ein Prozess, der normalerweise mindestens fünf Jahre in Anspruch nimmt“, so Gates. Dementsprechend zeigen sich Nebenwirkungen erst in der laufenden Praxiserprobung.

Vision einer gerechteren Welt ohne demokratische Entscheidungsprozesse

Unerwähnt lässt Gates indes, dass auch die Sozialpsychologen auf reichhaltiges empirisches Material blicken können, wie ganze Populationen durch beharrliches Panikschüren manipulierbar gemacht werden können. Graffiti-Sprayer brachten dies auf die knappe Formel: „Covid-1984“. Und tatsächlich offenbart der mächtigste Philanthrop der Welt eine abenteuerliche Selbstherrlichkeit, die sich durchs ganze Buch zieht. Zu Beginn verweist er auf „mein schon vor Jahren abgegebenes Versprechen, den größten Teil meines Vermögens auf eine Art und Weise an die Gesellschaft zurückzugeben, die die Welt gerechter macht“. Im Klartext: Gates investiert sein Geld in seine ganz persönliche Vision einer gerechteren Welt.

Demokratische Entscheidungsprozesse kommen in seinem Buch erst gar nicht vor. Stattdessen verkündet er: „Es ist zweifellos richtig, dass ich nie in ein öffentliches Amt gewählt wurde, und das strebe ich auch nicht an.“ Seine Weltsicht ist eine andere, eine technokratische: „Meine Weltsicht ist darauf fokussiert, Probleme durch das Erfinden neuer Dinge zu lösen.“ Dazu gehört für ihn in der Kommunikation auch nicht die Kraft der Vernunft und des Arguments: „Es ist bedauerlich, dass sich viele Menschen weigern, Entscheidungen zu treffen, die ihr eigenes und das Leben ihrer Familien sicherer machen würden.“ Er habe gelernt, so Gates, „dass man unsichere Menschen nicht überzeugen kann, indem man sie einfach mit Fakten überhäuft“. Stattdessen helfe es schon, „wenn Menschen sehen, dass Politiker und Prominente sich impfen lassen“. Oder wenn sie „die Wahrheit aus vertrauenswürdigen Quellen erfahren, zum Beispiel von ihnen bekannten religiösen Führern oder Mitarbeitern ihrer kommunalen Gesundheitsdienste“. Gates’ Vertrautheit mit der Verführungstrickkisten von Reklame und Marketing ist hier unverkennbar.

Um in Zukunft Pandemien zu vermeiden, entwirft Gates einen Masterplan rund um eine globale Expertenkommission, die er GERM-Team nennt, das Global Epidemic Response and Mobilization Team, zuständig für globale Antworten und Mobilisierung bei Epidemien. Diese schnelle Eingreiftruppe soll am besten bei der WHO angesiedelt und „ein weltweites EOC“ (Emergency Operations Center, zu Deutsch: Notfalleinsatzzentrale) „mit Superkräften sein“. Ausgestattet mit entsprechenden Machtbefugnissen identifiziert GERM Epidemie-Ausbrüche und bekämpft sie vor Ort mit drastischen Maßnahmen, speichert alles in globalen Datenbanken und organisiert Impfstoffentwicklung und Impfkampagnen.

> In seinem Buch gibt Bill Gates verblüffend ungeniert Einblicke in seine Vorstellungen einer besseren, weil gesünderen Welt

Auf ein weltweites „Überwachungs- und Reaktionssystem“ würde Gates’ Plan hinauslaufen, der pro Jahr etwa eine Milliarde Dollar kosten würde, um Gehälter für rund 3000 Mitarbeiter „plus Ausrüstung, Reisen und andere Ausgaben“ zu bezahlen. „Das ist“, so Gates, „weniger als ein Tausendstel der jährlichen Verteidigungsausgaben der Welt“, schließlich koste die Corona-Krise der Welt mittlerweile Billionen von Dollar.

Orwellscher Beiklang

„Der Begriff Überwachung hat leider einen etwas beklemmenden orwellschen Beiklang“, bedauert Gates. In dem Überwachungsnetz, das der Philanthrop über die Welt spannen will, sitzt in jedem Land ein Pandemie-Beauftragter, „ausgestattet mit dem Mandat, einen Plan zur Eindämmung eines Ausbruchs zu erarbeiten und umzusetzen“, Regeln zu erlassen und „vollen Zugang zu den Daten und Modellierungen“ zu besitzen. „Auf der internationalen Ebene sollte das GERM-Team diese Funktionen übernehmen.“

Immer wieder blitzt in Gates’ Ausführungen der IT-Unternehmer in ihm durch. „Wir stehen erst am Beginn der neuen Ära der Digitalisierung“, raunt er an einer Stelle. Woanders lässt er seiner Begeisterung freien Lauf: „Ich kann es kaum erwarten, die digitalen Durchbrüche zu beobachten, die sicherlich in den nächsten Jahren immer wieder erzielt werden.“ Deshalb können wir Gates’ Masterplan auch als ein globales Förderprogramm für die Technologiebranchen verstehen.

Denn ohne Staatsgelder geht auch bei Gates nichts. Ohne Forschungsförderung der US-Regierung, bekennt er, hätte ein Unternehmen wie Microsoft niemals gegründet werden können. Allein die Verhinderung künftiger Pandemien dürfte nach Gates’ Schätzungen Industrie- und Schwellenländer jedes Jahr „mindestens 30 Milliarden Dollar“ kosten. Gelder, die zum guten Teil bei IT- und Pharmaunternehmen landen werden, um, wie Gates sagt, „die Welt gerechter“ zu machen.

Die Welt in einem dauerhaften „Ausnahmezustand“

Nicht verwunderlich, dass Gates die eigentlichen Ursachen von Pandemien, nämlich die Zerstörung natürlicher Lebensräume durch Globalisierung, industrielle Landwirtschaft, Wirtschaftswachstum und Klimawandel, nicht näher erörtert, sondern lieber davon träumt, „etwas ganz Außergewöhnliches zu erreichen: ganze Familien von Atemwegspathogenen auszurotten“. Der von Infektionskrankheiten Besessene deliriert vom „Ende der Grippe“. Was medizinisch unmöglich sein dürfte. In der Welt von Bill Gates scheinen jedoch die Algorithmen die Musik zu machen, nicht das Leben selbst.

Doch Bill Gates steht nicht allein mit seinen Vorhaben. Auch Karl Lauterbach geht davon aus, dass wir uns auf einen dauerhaften „Ausnahmezustand“ einstellen müssten. Deshalb sei für sein Haus das wichtigste Projekt ein „globaler Pakt“ zur Vorbereitung auf künftige Pandemien, an dem er derzeit gemeinsam mit 30 Wissenschaftlern arbeite. Geplant ist, so berichtet die „Welt am Sonntag“, ein weltweiter „Pandemievertrag“, der unter dem Dach der WHO „zu einer neuen Gesundheitsarchitektur führen“ solle.

In dieser Woche bereits will die jährliche Generalversammlung der Weltgesundheitsorganisation auf Antrag der USA über „weitreichendere Kompetenzen als bisher“ entscheiden. Mitgliedstaaten sollen schneller und besser koordiniert Krankheitsausbrüche melden. Der Titel des „Welt am Sonntag“-Artikels lautet: „Supermacht WHO“. Der Einfluss von Bill Gates ist eben überall spürbar.

Debatte

Bill Gates
Wie wir die nächste Pandemie verhindern
Piper 2022, Hardcover mit Schutzumschlag, 336 Seiten, ISBN: 978-3-492-07170-3
24 Euro

MELDUNGEN

Beschwerde seitens der AfD

Berlin – Der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag, Martin Sichert, hat am 13. Mai eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Präsidenten des Robert-Koch-Institutes, Lothar Wieler, und den Präsidenten des Paul-Ehrlich-Institutes, Klaus Cichutek, eingereicht. Diese wird damit begründet, dass die Institute laut Paragraph 13, Absatz 5 des Infektionsschutzgesetzes in der Pflicht stünden, zum Zwecke der Arzneimittelsicherheitsüberwachung anonymisierte Diagnosedaten von den Kassenärztlichen Vereinigungen anzufordern und auszuwerten. Das hätten sie jedoch im Falle der Corona-Impfstoffe seit über einem Jahr unterlassen. Zur Begründung gaben die Institute laut Sichert an, die Daten seien nicht geeignet, um „robuste Aussagen über bestimmte, impfstoffspezifische Nebenwirkungen (z.B. Myokarditis nach mRNA-Impfstoffen und Immunthrombozytopenie nach ... Vektorimpfstoffen) ... zu machen“. *W.K.*

Die „größten Datensünder“

Berlin – Mit dem Bundeskriminalamt und der Bundesdruckerei haben zwei Bundesbehörden den diesjährigen „Big Brother Award“ erhalten. Die Auszeichnung wird gemeinsam vom Verein Digitalcourage, der Deutschen Vereinigung für Datenschutz, der Internationalen Liga für Menschenrechte und dem Chaos Computer Club (CCC) an die fünf „größten Datensünder des Jahres“ vergeben. Den ersten Platz errang das Bundeskriminalamt, weil sein Umgang mit Daten die Gefahr berge, „dass Millionen Menschen von der Polizei oder anderen Behörden ungerechtfertigter Weise als Gefährder oder Straftäter behandelt werden“, was gegen „verfassungs- und europarechtliche Vorgaben“ verstoße. Die Bundesdruckerei erhielt die Negativauszeichnung für die „unsinnige Verwendung“ von Techniken zur Personenidentifizierung. Weitere Preisträger sind die irische Datenschutzbehörde Data Protection, der Lieferservice Lieferando und der schwedische Zahlungsdienstleister Klarna. *W.K.*

Weniger Läden in Innenstädten

Köln – Als Folge der Corona-Pandemie geht der Anteil der Ladengeschäfte in vielen Innenstädten zurück. Wie aus einer aktuellen Städtebefragung durch das EHI Retail Institute (EHI) hervorgeht, verzeichnen knapp sieben Zehntel der Kommunen infolge der Pandemie einen Rückgang bei den Ladengeschäften in Innenstadtlagen und Fußgängerzonen. Bei Shoppingcentern und Stadtteilzentren ermittelte das Forschungs- und Bildungsinstitut für den Handel und seine Partner einen Anteil von jeweils rund der Hälfte der Kommunen. Im Bereich der sogenannten Fachmarktlagen, die in der Regel außerhalb von Innenstädten liegen, meldete nur jede fünfte deutsche Kommune Schließungen. Sechs Prozent der Städte registrierten bei den Fachmärkten sogar Zuwächse. Nach Schätzungen des Handelsverbandes Deutschland könnten dieses Jahr in Deutschland 16.000 Geschäfte aufgeben. *N.H.*

Auch in NRW ist der Mindestabstand landesgesetzlich geregelt: Windräder bei Siedlung Bedburg *Foto: imago/Jochen Tack*

ENERGIEWENDE

Länder kommen Bund bei Abstandsregelung zuvor

Auf Druck der CDU hat nun auch Brandenburg den Mindestabstand zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung landesgesetzlich geregelt

VON HERMANN MÜLLER

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck will die Bundesländer dazu bringen, mehr Flächen für Windkraftanlagen zur Verfügung zu stellen. Geht es nach dem Willen des Grünen-Politikers, dann sollen künftig auf zwei Prozent der Fläche der Bundesrepublik solche Anlagen errichtet werden können. Mit Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) hat der Wirtschaftsminister bereits vereinbart, geringere Abstände von Windkraftanlagen zu Drehfunkfeuern und Wetterradaren zu erlauben. Laut einem im April beschlossenen Eckpunktepapier „zum naturschutzverträglichen beschleunigten Ausbau der Windenergie an Land“ will die Ampelkoalition den Bau von Windrädern sogar in Landschaftsschutzgebieten zulassen.

Habecks Windkraftplänen im Wege stehen noch immer die Bundesländer, die mit wachsendem Unmut betroffener Anwohner rechnen müssen. Per Gesetz will der Bund den Ländern die Kompetenz entziehen, für Windkraftanlagen eigene Abstandsregeln zu erlassen. Ausnahmen will die Ampelkoalition laut Medienberichten nur bei solchen Landesregelungen machen, die bereits existieren.

Fast wie einen Affront muss Habeck das Vorgehen der rot-schwarz-grünen Regierungskoalition in Brandenburg empfinden. Gerade noch rechtzeitig, bevor das Bundeskabinett eine Abstandsregelung für ganz Deutschland auf den Weg bringt, beschloss der märkische Landtag Mitte dieses Monats mit der Mehrheit der Regierungsfraktionen ein Landesgesetz, das für Windräder einen Mindestabstand von einem Kilometer zu einer Wohnbebauung festlegt.

Länder scheuen Ärger mit der Basis

Angekündigt hatten SPD, CDU und Grüne eine solche Regelung bereits 2019 im Koalitionsvertrag. Vor allem die brandenburgische CDU soll es gewesen sein, die noch auf eine Landesregelung gedrängt hat, bevor die Ampelkoalition in Berlin die Gestaltungsmöglichkeiten der Bundesländer beschneidet: „Der Bund will verhindern, dass die Länder mit 1000-Meter-Gesetzen die Windkraft-Ausbauziele des Bundes vereiteln können. Das mag für einige Länder auch zutreffen, aber nicht für das dünn besiedelte Brandenburg“, so Jan Redmann, Fraktionschef der CDU im Potsdamer Landtag. Seine Fraktionskollegin Nicole Walter-Mundt verwies zudem auf nötige Akzeptanz in der Bevölkerung: „Der weitere Ausbau der Windenergie geht nur dann, wenn ein Mindestabstand eingehalten wird.“

Brandenburg ist mit seiner Abstandsregelung im Last-Minute-Verfahren nur ein Nachzügler. Im CDU-geführten Nordrhein-Westfalen hat der Landtag bereits vergangenes Jahr für Windkraftanlagen einen grundsätzlichen Mindestabstand von einem Kilometer zu Wohnbebauungen beschlossen. Im Freistaat Bayern gilt sogar eine Regelung, der zufolge der Abstand eines Windrads zur nächsten Siedlung im Regelfall das Zehnfache der Bauhöhe des Windrads betragen muss. Aus Sicht Habecks ist diese Regelung das Haupthindernis für den Ausbau der Windkraft in Bayern.

Landes- contra Bundesgrüne

Bei Habecks Windkraftplänen stellt auch Thüringen ein Problem dar. Der Freistaat hat per Landesgesetz den Bau von Windkraftanlagen in Wäldern verboten. Bei dem Treffen auf Schloss Ettersburg bei Weimar rief Habeck Ende Mai den Freistaat Thüringen ganz direkt zu mehr Engagement beim Ausbau Erneuerbarer Energien auf. Als Argumente führte der Bundeswirtschaftsminister nicht nur an, Erneuerbare Energien würden mehr Unabhängigkeit von russischem Gas bedeuten. Habeck verwies auch auf neue Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung als Vorteile.

Bei den deutschen Herstellern von Windkraftanlagen ist bereits die gleiche Entwicklung zu beobachten wie einst in der hochsubventionierten Solarbranche: Schritt für Schritt geben hierzulande Hersteller auf, weil sie mit der preiswerteren Konkurrenz aus China nicht mithalten können. Zuletzt hatte der Windkraftanlagenbauer Nordex bekanntgegeben, das letzte deutsche Werk für Rotorblätter in Rostock zu schließen. Laut IG Metall waren im Jahr 2016 noch rund 160.000 Menschen in der deutschen Windindustrie beschäftigt, vier Jahre später waren es nur noch 100.000.

EUROPÄISCHE UNION

Steuergelder für Dragqueen-Kurse

Aus dem EU-Jugendprogramm fließen Hunderttausende Euro an Transvestiten-Seminare und LGBT-Lager

Das Programm „Erasmus+“ der Europäischen Union ist mit mehr als 26 Milliarden Euro für die laufende siebenjährige Haushaltsperiode ausgestattet. Viel Geld, mit dem Bildung, Ausbildung, Jugendprojekte und Sport finanziert werden sollen. Tausende und Abertausende Projekte werden gefördert. Wer aber genauer hinsieht, bemerkt, dass auch höchst fragwürdige Gruppen aus der LGBT- und Fetisch-Szene Steuergeld aus dem gewaltigen Fördertopf erhalten. LGBT ist eine aus dem englischen Sprachraum übernommene Abkürzung für „Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender“ (lesbisch, schwul, bisexuell und transgeschlechtliche).

Wie der deutsche Europaabgeordnete Nikolaus Fest (AfD) recherchiert hat, finanzierte die EU schon mehrere sogenannte Drag-Projekte mit insgesamt mehr als 220.000 Euro. Das Wort „Drag“ steht für „Dressed as a girl“ (angezogen wie ein Mädchen). Als „Dragqueen“ bezeichnen sich Transvestiten mit Perücken, die in sexuell betonter Frauenkleidung und stark geschminkt auftreten.

Den normalen Steuerzahler mag es verwundern, dass sein Geld über das EU-Programm letztlich auch an Projekte wie „Drag It Up“ in Berlin fließt. Fast 22.000 Euro bekam die Gruppe Critical Queer Solidarity, um beim „Drag It Up“-Seminar vorigen Herbst junge Leute in die Geheimnisse von Cross-Dressing und Transvestiten-Shows einzuweihen. Die 38 Teilnehmer aus Deutschland, Spanien, Griechenland, Slowenien, Polen und Rumänien sollten „Drag feiern und ausprobieren“, so die Veranstalter.

Die Europäische Kommission lobt den Workshop. Dieser helfe, „das Selbstbewusstsein von jungen queeren Leuten“ zu stärken. So sollten sie bei dem Seminar „Makeup und Perücken tragen, mit High-Heels laufen und andere Methoden, die traditionellen binären Gender-Rollen zu verwischen“, erlernen. Außerdem lernten die Seminarteilnehmer „die reiche und diverse Drag- und Queer-Szene in Berlin kennen“, heißt es auf der Internetseite von Erasmus+.

Die Liste von Erasmus-geförderten Drag- und LGBT-Projekten, die der EU-Parlamentarier Fest ermittelt hat, ist recht beachtlich. So kam die Gruppe Queer Matters in Berlin gleich zweimal in den Genuss von Fördergeld, einmal 14.028 Euro für das Seminar „Queer History Matters“ und dann noch einmal 15.435 Euro für „What's Masc?“. Bei letzterem Seminar ging es darum, „kreative queere Antworten auf toxische Maskulinität“ zu entwickeln. In Oldenburg bekam ein Jugendkulturarbeit-Verein 28.260 Euro für das Seminar „Trans-Youth“, das LGBT-Identitäten von Jugendlichen stärken sollte. Unter anderem organisierten sie dazu auch eine „Drag-Queen-Show“. 62.690 Euro Förderung war Eurasmus+ ein „Beyond Gender Sommercamp“ bei Göttingen mit 75 Teilnehmern „„trans*, inter*, nicht-binäre und gender-hinterfragende Jugendliche“, wert. Fast 40.000 Euro Steuergeld zahlte die EU-Kommission für das Projekt „EUROPE – identities under (trans) formation: GENDER*X“. Auch in Spanien und Slowenien förderte sie verschiedene Projekte mit „Drag“-Auftritten, etwa mit 24.597 Euro für die Gruppe „Dragtivism“ in Barcelona. Alle Projekte und Ausgaben werden fein säuberlich auf der Erasmus+-Seite dokumentiert.

Der EU-Abgeordnete Fest findet die Förderung gar nicht lustig. Die Drag-Seminare seien absurde „Lippenstift- und Spitzenunterwäsche-Kurse für Männer“, die nicht mit Steuergeld finanziert werden sollten, sagte er gegenüber der Plattform Breitbart London, die als erste über seine Recherchen berichtete. Fest bezeichnete die Förderung nicht nur als Steuergeldverschwendung, sondern klagte die EU auch an, sie unterstütze einen LGBT-Kulturkampf gegen traditionelle Geschlechterrollen. *Robert Mühlbauer*

KRIMINALITÄT

Fragwürdiger Datenschutz in der Kritik

Berlin: Jeden Tag zwei Attacken auf Homosexuelle – Doch die Täter bleiben meist im Dunkeln

VON NORMAN HANERT

Homosexuelle werden immer öfter Ziel von Hasskriminalität: Schwules Paar im Zentrum von Berlin *Foto: Mauritius*

Noch einen Tick bunter als im vergangenen Jahr waren in diesem Jahr die Flaggen, die anlässlich des Tags gegen Homophobie vor öffentlichen Gebäuden in Berlin gehisst wurden. Als ein „sichtbares Zeichen der Solidarität“ hatte die Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung angekündigt, erstmals zum 17. Mai die sogenannte Progressive Pride Flag zu zeigen. Dabei handelt es sich um die bekannte Regenbogenflagge der Schwulenbewegung, die als zusätzliche Farbtöne für „People of Color“ (Farbige) und Transsexuelle auch noch Schwarz, Braun, Hellblau, Rosa und Weiß trägt.

Mit Blick auf den Ukrainekrieg erläuterte Sozialsenatorin Lena Kreck (Linkspartei): „Die Unsichtbarkeit und auch die Diskriminierung queerer Menschen werden vor dem Hintergrund des Kriegsgeschehens einmal mehr deutlich.“ Dem steht laut der Senatorin eine große Hilfsbereitschaft gegenüber: „Das gilt für die Berliner Bevölkerung generell, aber auch insbesondere für die LSBTI-Community, denn sehr viele LSBTI-Geflüchtete sind privat untergekommen.“

Menschenjagd durch Neukölln

Fast zeitgleich, ebenfalls aus Anlass des Tags gegen Homophobie, hat die Opferberatungsstelle Maneo Zahlen vorgelegt, die eine andere Seite von Berlin zeigen. Auf den Straßen der sich gern weltoffen gebenden Millionenstadt kommt es im Schnitt jeden Tag zu zwei Übergriffen auf Homosexuelle. Insgesamt erfasste das Anti-Gewalt-Projekt Maneo im vergangenen Jahr 731 Fälle von Hasskriminalität, die sich gegen Schwule, Lesben oder Transsexuelle richteten.

Die Palette der Delikte reicht von Beleidigungen, Nötigungen und Bedrohungen bis hin zu gefährlichen Körperverletzungen. So wurde beispielsweise ein junger Tourist mit einer Regenbogenfahne im vergangenen Jahr nach dem Berliner Christopher Street Day von einem Mann von hinten angegriffen und getreten, zudem ist ihm mit der Faust ins Gesicht geschlagen worden. Der Tourist erlitt dabei einen dreifachen Kieferbruch. In der Neuköllner Karl-Marx-Straße war es im September 2020 zu einer Menschenjagd gekommen, bei der eine Gruppe junger Männer eine transsexuelle Person zunächst beschimpfte und bespuckte und anschließend mit einem herausgerissenen Verkehrsschild durch die Straße hetzte.

Wie bei Hasskriminalität üblich, übernahm der Polizeiliche Staatsschutz des Landeskriminalamts die Ermittlungen wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung. Die Suche nach Tatverdächtigen blieb allerdings wie in der Mehrzahl solcher Fälle ohne Erfolg.

Die Opferberatungsstelle geht davon aus, dass die meisten Taten überhaupt nicht in der Statistik auftauchen. „Das Dunkelfeld liegt unserer Einschätzung nach bei 80 bis 90 Prozent.“ In diesem Jahr ist eine realistische Einschätzung der Lage sogar noch schwieriger geworden als in der Vergangenheit. Maneo hat nämlich erstmals von der Polizei keine anonymisierten Eckdaten zu Tatzeiten, Tatorten und Ereignissen von Übergriffen mehr erhalten. Das Zurückhalten der anonymisierten Polizeidaten geht laut Berichten lokaler Medien auf den Datenschutzbeauftragten der Berliner Generalstaatsanwaltschaft zurück.

Dieser soll rechtliche Bedenken angemeldet haben, dass durch den Abgleich mit den von Hilfsvereinen gespeicherten Datensätzen die Daten nicht anonymisiert, sondern personenbezogen seien. Schon vor Maneo hatten andere Opferberatungsstellen berichtet, sie hätten auch zu antisemitischen Übergriffen keine Daten mehr erhalten.

„Religiöse und rechte Milieus“

Im Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses wies Maneo-Leiter Bastian Finke auf die Folgen hin, wenn der langjährige Austausch mit der Polizei beendet wird. In der Vergangenheit hätten die übermittelten Polizeiinformationen der Opferberatungsstelle geholfen, durch einen Abgleich Doppelerfassungen von Übergriffen zu verhindern. Folgerichtig kann die Opferberatung für das Jahr 2021 auch nicht verlässlich bewerten, ob es bei der Zahl der schwulenfeindlichen Übergriffe in Berlin im Vergleich zu 2020 nun einen Rückgang oder einen Anstieg gegeben hat.

Finke befürchtet zudem einen negativen Einfluss auf die Partnerschaft mit der Polizei und die Anzeigebereitschaft der Opfer, die sich über die Jahre verbessert hat. Als „sehr dürftig“ bezeichnet der Maneo-Leiter die Datenlage zu den Tätern, die hinter den Taten stehen. Tatsächlich gelingt es Polizei und Staatsanwaltschaft nur bei einem kleinen Teil der Übergriffe, Tatverdächtige zu ermitteln.

Güner Balci, Integrationsbeauftragte des stark von Immigration geprägten Bezirks Berlin-Neukölln, wies allerdings deutlich auf die besondere Rolle „von reaktionären religiösen und rechten Milieus“ hin, deren „Ablehnung und Hass gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensweisen immer wieder sehr ausgeprägt“ seien.

WAHLEN

Alles auf Anfang in Berlin?

Eine Wiederholung der Bundestagswahl in der Hauptstadt könnte für die Linkspartei herbe Folgen haben

Im vergangenen Herbst waren in Berlin sowohl die Bundestagswahl als auch die Wahl zum Landesparlament von zahlreichen Pannen in den Wahllokalen überschattet. Gut acht Monate nach dem Wahltag beschäftigen sich der Wahlprüfungsausschuss des Bundestages und der Berliner Verfassungsgerichtshof noch immer mit der Frage, ob die Wahlen in Berlin entweder in einzelnen Wahlkreisen oder sogar komplett wiederholt werden müssen.

Die Berliner Verfassungsrichter hatten der Landeswahlleiterin bis zum 23. Mai Zeit gegeben, Fragen zu beantworten und Zweifel an einem ordnungsgemäßen Ablauf der am 26. September vergangenen Jahres stattgefundenen Wahlen auszuräumen. Das große Informationsbedürfnis der Richter nährt inzwischen Spekulationen, dass die Prüfung zumindest auf eine Wiederholung der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus hinausläuft.

Von der Landeswahlleiterin hatte Berlins oberstes Gericht unter anderem im Original die Wahlniederschriften aller 2257 Wahllokale angefordert. In der Berliner Landespolitik wird dieser Schritt dahingehend gedeutet, dass die Richter eine flächendeckende Prüfung der Wahl vornehmen. Der Generalsekretär der Berliner CDU, Stefan Evers, bezeichnet eine Wahlwiederholung inzwischen als ein „realistisches Szenario“ und sagte, die Partei bereite sich darauf vor.

Die jüngsten Umfragen sprechen dafür, dass die Berliner Grünen als größte Gewinner aus einer Wiederholung der Berlin-Wahl hervorgehen würden. Infratest dimap hat am 23. März Umfrageergebnisse veröffentlicht, bei der die Partei mit 21 Prozent knapp vor der SPD mit 20 Prozent lag. Zulegen konnte auch die CDU, die bei der Umfrage gleichauf mit der SPD lag. Für die Linkspartei ermittelten die Demoskopen zwölf Prozent sowie für die FDP und die AfD je acht Prozent. Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) müsste sich auf der Grundlage dieser Werte darauf einstellen, dass die Grünen als Sieger aus einer erneuten Landtagswahl hervorgehen.

Entscheidendes Direktmandat

Berlins Verfassungsrichter und auch der Wahlprüfungsausschuss des Bundestages nehmen zudem noch immer den Ablauf der Bundestagswahl in der Hauptstadt unter die Lupe. Der Ausgang dieser Prüfung kann speziell für die Linkspartei drastische Folgen haben. Untersucht wird nämlich beispielsweise die Wahl im Bundestagswahlkreis 86. In diesem Wahlkreis in Berlin-Lichtenberg hatte Gesine Lötzsch eines von bundesweit drei Direktmandaten für die Linkspartei geholt. Obwohl die Partei an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, sicherten diese drei Direktmandate im vergangenen Herbst den Einzug in den Bundestag. Dementsprechend wichtig wäre es für die Linkspartei, bei einer Wahlwiederholung das Direktmandat zu bestätigen.

Im September 2021 hatte Lötzsch im Wahlkreis 25,8 Prozent errungen. Dies war ein deutlicher Vorsprung zur Zweitplatzierten, der SPD-Kandidatin Anja Sigrid Ingenbleek (19,6 Prozent). Seit dem Herbst steckt die Linkspartei allerdings in einem bundesweiten Abwärtsstrudel, sodass sie zuletzt bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und im Saarland den Einzug in die Parlamente verpasste. *N.H.*

KOLUMNE

Gefälscht

VON VERA LENGSFELD

Bekanntlich leitete die Fälschung der Kommunalwahlen im Mai 1989 in der DDR den Zerfall des Arbeiter- und Bauernstaates ein. Leider ist nicht zu hoffen, dass die Wahlfälschungen bei den Landtagswahlen in Berlin eine ähnliche Wirkung haben werden. Trotz des Wahlchaos, Ausgabe falscher Stimmzettel, ihr zeitweiliges Fehlen, frühzeitiges Schließen von Wahllokalen, blieb die Reaktion verhalten. Es gab einen kurzen Aufschrei in den Medien und jede Menge Einsprüche, das war's.

Nur einer gibt nicht auf: der ehemalige Abgeordnete und heutige Chef der neu gegründeten Good Governance Gewerkschaft (GGG) Marcel Luthe. Er streitet nach wie vor für die Aufarbeitung des Skandals. Dabei findet er immer neue Beweise für Wahlfälschung.

Aus einem von Luthe verschickten Wahlprotokoll geht hervor, dass im Wahllokal 20.512 in Friedrichshain-Kreuzberg für die Zweitstimme zum Abgeordnetenhaus die falschen Stimmzettel vorlagen – die für Charlottenburg-Wilmersdorf. Natürlich stehen auf diesem Zettel andere Kandidaten als für Friedrichshain-Kreuzberg. Wer also die Liste einer Partei ankreuzte, wählte die des Nachbarkreises. Der Wahlvorstand bemerkte den Fehler ziemlich früh. Das wurde dem Bezirkswahlamt gemeldet. Von dort kam die Weisung, mit den falschen Wahlzetteln fortzufahren. Nach etwa zwei Stunden kam die Anweisung, dass die „Charlottenburg-Wilmersdorf“-Wahlzettel ungültig seien. Bis dahin hatten 82 Personen diese Wahlzettel genutzt.

Fast jede fünfte Stimme in diesem Wahllokal wurde damit für ungültig erklärt! Kein Einzelfall, denn in sehr vielen Lokalen lagen falsche Stimmzettel aus. Wenn auch da die Stimmen später für ungültig erklärt wurden, potenziert sich der Fehler. Inzwischen wurden die ungültig gemachten Stimmen aber wieder gültig gemacht.

Die Berliner Bezirksämter sind zuständig für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl. Was die Behandlung der falschen Stimmzettel betrifft, hat das Bezirksamt entschieden, dass die Wahl weitergeführt wird, das heißt, Wähler und Öffentlichkeit über diesen Vorfall getäuscht werden.

Luthe, der bereits gegen die Wahl Einspruch erhoben hat, ist jetzt einen Schritt weiter gegangen. Er hat die Verantwortlichen im Bezirksamt wegen Wahlfälschung angezeigt.

MELDUNG

Corona-Betrug

Berlin – Nach Angaben von Innensenatorin Iris Spranger (SPD) ist mit Stand 2. Mai dieses Jahres durch Betrug im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie in Berlin ein Gesamtschaden von fast 142 Millionen Euro entstanden. Laut Spranger laufen derzeit etwa 10.000 Ermittlungsverfahren. Allein wegen betrügerischer Abrechnungen durch Betreiber von Corona-Testzentren laufen 379 Ermittlungsverfahren. Dabei geht es vor allem um Betrug um Tests, die abgerechnet wurden, obwohl sie nie durchgeführt wurden. Die Ermittler gehen von einem Schaden von mindestens 25 Millionen Euro allein durch solchen Abrechnungsbetrug aus. Rund 2400 Verfahren führt Berlins Polizei zudem wegen gefälschter Impfnachweise oder Atteste zu Maskenbefreiungen. *N.H.*

MELDUNGEN

Salvini warnt vor Afrikanern

Rom – Italiens früherer Innenminister Matteo Salvini warnt, dass ein Andauern des Krieges in der Ukraine eine chronische Nahrungsmittelknappheit verursachen werde, die wiederum 20 Millionen Afrikaner versuchen lassen könnte, nach Europa zu gelangen. Sollte bis Ende dieses Monats kein Waffenstillstand mit anschließendem Frieden erreicht sein, werde es zu einer neuen Migrationskrise kommen, so Salvini. Für den Fall, dass die Getreideproduktion der Ukraine weiter beeinträchtigt wird, sagte der Lega-Chef eine signifikante Hungerkrise auf dem afrikanischen Kontinent voraus, die für Italien zunächst zu einem humanitären, später zu einem sozialen und finanziellen Problem werde. Salvini warf den europäischen Ländern vor, durch Waffenlieferungen in die Region die Möglichkeit eines Friedens zunehmend in die Ferne rücken zu lassen. *N.H.*

Symbolfoto sorgt für Spott

London – Die Nachrichtenagentur Reuters hat einen Bericht über ukrainische Grenzschutzbeamte, die einen Einfall einer russischen Sabotage- und Aufklärungsgruppe in der nordöstlichen Region Sumy abgewehrt haben, mit einem Foto versehen, das in sozialen Netzwerken von vielen Nutzern mit Kritik und Spott kommentiert wurde. Mediennutzern war relativ schnell aufgefallen, dass die Nachrichtenagentur zur Illustration ein Bild verwendet hat, das offenbar keine ukrainischen Soldaten in einer Kampfsituation zeigt. Klar erkennbar war stattdessen eine Gruppe von Uniformierten, die keine echten Schusswaffen, sondern sogenannte Paintball-Waffen und auch die entsprechenden typischen Masken bei sich trugen. Nach zahlreichen Hinweisen von Mediennutzern erklärte Reuters, das Foto stelle Mitglieder der ukrainischen „Territorialverteidigungstruppe“ dar, die an einer „Trainingssimulation“ teilgenommen hätten. *N.H.*

Zwei Polen unter Verdacht

Belgrad – Laut Berichten serbischer Medien sind zwei polnische Staatsbürger in der Nähe der Rüstungsfabrik „Sloboda“ in der mittelserbischen Stadt Čačak festgenommen worden. Die Polen im Alter von 26 und 42 Jahren sollen die Zufahrtsstraßen zu der Munitionsfabrik gefilmt und Fotos von dem Werk gemacht haben. Den Berichten zufolge haben serbische Behörden den Verdacht, dass es sich bei den beiden polnischen Männern um Agenten handelt, die Informationen über die Anlage gesammelt haben. Serbische Geheimdienstler bewerteten die Entsendung von Agenten zur Auskundschaftung der Rüstungsfabrik als ein Zeichen, dass der entsprechende Nachrichtendienst bislang über keine guten Informationen über die Anlage verfügt. Der Sicherheitsexperte Miroslav Bjegovic sagte zu dem Vorfall, es bestehe kein Zweifel, dass die Ausforschung der Munitionsfabrik durch die festgenommenen Polen Vorbereitungen für einen Sabotageversuch waren. *N.H.*

FRANKREICH

Droht die Rückkehr der Cohabitation?

Aus den Parlamentswahlen im Juni könnte der Linkspopulist Jean-Luc Mélenchon als Sieger hervorgehen

VON BODO BOST

Seit 2000 finden in Frankreich die Parlamentswahlen immer nach den Präsidentschaftswahlen statt, um zu verhindern, dass es im Parlament eine Mehrheit gegen den Präsidenten gibt. Letztere hatte es seit den 1980er Jahren dreimal gegeben. Das behinderte oft die Zusammenarbeit zwischen dem vom Volk gewählten fast allmächtigen Präsidenten und dem ebenfalls vom Volk gewählten Parlament und zwang zu einer „Cohabitation“ (Zusammenleben) genannten Zusammenarbeit eines Präsidenten und eines Premierministers unterschiedlicher Lager, die oft mehr nolens volens erfolgte und mehr schlecht als recht funktionierte.

Dadurch, dass nun die Parlamentswahlen unmittelbar auf die Präsidentschaftswahlen folgen, schien die Notwendigkeit zur Cohabitation fortan ausgeschlossen. Und in der Tat ist bislang das jeweilige politische Lager des Präsidenten aus den kurz nach der Präsidentenwahl durchgeführten Parlamentswahl als Sieger hervorgegangen.

Antritt mit neuem Linksbündnis

Das könnte jedoch dieses Jahr anders sein, wenn man denn den Wahlprognosen glaubt. Bei den Präsidentschaftswahlen im vergangenen Monat April lagen im ersten Wahlgang die drei erfolgreichsten Kandidaten, Amtsinhaber Emmanuel Macron, Marine Le Pen und Jean-Luc Mélenchon, relativ dicht beisammen. Alle drei werden ihre Parteien oder Bewegungen in die Parlamentswahlen führen. Bei dem in Frankreich herrschendem Mehrheitswahlrecht, bei dem die beiden Erstplatzierten des ersten Wahlgangs in einen zweiten gegeneinander antreten, könnte Macrons Bewegung, die sich nach dessen Bestätigung im Präsidentenamt in „Renaissance“ umbenannt hat, die Mehrheit im Parlament verfehlen.

Nicht die Zweitplatzierte aus der Präsidentschaftswahl, Le Pen vom „Rassemblement National“ (RN, Nationale Versammlung), könnte ihm diese Mehrheit wegschnappen, sondern die Linkspopulisten um Mélenchon von „La France insoumise“ (LFI, Unbeugsames Frankreich). Dieser gelangte zwar vergangenen Monat nur auf den dritten Platz, es gelang ihm jedoch seitdem, ein neues Linksbündnis zu schmieden, das gemeinsam antreten wird. Diesem Bündnis gehören neben den Linkspopulisten um Mélenchon auch die Altkommunisten, die Grünen und die Sozialisten an.

Das Bündnis wird in jedem Wahlkreis nur einen Kandidaten aufstellen. In gut der Hälfte der fast 600 Wahlkreise wird Mélenchons LFI antreten, in den Übrigen die anderen drei Parteien aus dem Bündnis. Die Parti socialiste (PS, Sozialistische Partei), aus der Mélenchon und Macron einst hervorgegangen sind), wird deshalb in der neuen Nationalversammlung höchstens noch 90 Mitglieder haben, denn mehr dürfen laut der Bündnisvereinbarung gar nicht erst antreten.

Viele Analysten haben das neue Bündnis als Etikettenschwindel oder gar als Wählertäuschung bezeichnet, denn dem Linkspopulisten könnte es so gelingen, aus seiner Nischenpartei von einst drei Prozent zum Mehrheitsmacher der Regierung zu werden. Er hofft, dass er dieses Bündnis über den Wahltag hinausretten und sich von ihm auch zum Premierminister wählen lassen kann.

Lachender Dritter

Eines Sieges kann sich Mélenchon schon fast sicher sein, denn die beiden Konkurrenten Marcon und Le Pen werden im zweiten Wahlgang voraussichtlich keine Wahlempfehlung für den jeweils anderen geben, sodass die Wähler des jeweils unterlegenen Kandidaten zu den Nichtwählern abwandern und so Mélenchon zusätzliche Sitze einbringen werden.

Französische Parlamentswahlen waren bislang bekannt dafür, dass sie innerhalb von fünf Jahren zu komplett neuen Mehrheitsverhältnissen führen, sodass nur wenige Parlamentarier aus dem vorhergehenden Parlament, in der Regel nur ein Zehntel, ihre Sitze behalten. Dies führt immer zu einem langen Stillstand der Parlamentsarbeit, weil die unerfahrenen neuen Abgeordneten Zeit brauchen, um sich einzuarbeiten.

Sozialisten und Grüne folgten einst einem Pro-EU-Diskurs, während für Mélenchon die europäische Integration eine Missetat ist. Er will die französische Wirtschaft durch Protektionismus retten und fordert, nachdem Macron im letzten Jahr bereits die NATO als hirntot bezeichnet hat, gleich den Austritt Frankreichs aus dem Bündnis, und das während an der Ostflanke des Nordatlantikpaktes der erste europäische Krieg seit 1945 herrscht, sofern man denn die Balkankriege nicht mitzählt. Mélenchon war bis 2008 Mitglied der PS. Die Tatsache, dass diese sich nun bereit erklärt hat, in dem von Mélenchon geführten Bündnis mitzumachen, bestätigt ihren Niedergang. Die PS steht am Tiefpunkt. Mit Mélenchon könnte Frankreich einen Premierminister erhalten, der prorussisch eingestellt ist, der den russischen Einmarsch in die Ukraine nur zögerlich verurteilte und der auf der Seite der Regierung Venezuelas steht.

FOTO: ACTION PRESS

Könnten nach der Parlamentswahl als Premier und Präsident zusammenarbeiten müssen: Mélenchon und Macron (von links)

NAMIBIA

Neue große Erdöl- und Erdgaslagerstätten entdeckt

Windhoek reagiert auf die Entdeckung mit der Gründung eines ambitionierten Staatsfonds

In einer Zeit, in der sich viele westliche Länder auf die Suche nach alternativen Öl- und Gaslieferanten begeben, um ihre Abhängigkeit von Russland abzubauen, sind in Namibia neue große Erdöl- und Erdgaslagerstätten entdeckt worden. Nicht einmal vier Monate nach der Entdeckung wurde in der Hauptstadt Windhoek bereits die Gründung eines Staatsfonds durch Präsident Hage Geingob bekanntgegeben.

Der nach der Wüstenpflanze Welwitschia, die auch in den Wappen Namibias und der Stadt Swakopmund vorkommt, benannte Fonds erhielt eine erste Finanzspritze von 16,3 Millionen US-Dollar und soll 2,5 Prozent seines Portfolios vor Ort investieren, um die Finanzierungslücke bei der Infrastruktur des Landes zu schließen. Der Fonds wird einen Teil der Lizenzgebühren aus allen verkauften Bodenschätzen sowie einen Teil der Steuereinnahmen und der Gelder, welche die Regierung durch die Veräußerung ihrer Investitionsbeteiligungen einnimmt, verwalten.

Staatsfonds zur Verwaltung von Bodenschätzen gibt es in Afrika bislang nur in Angola, Botswana, Libyen und Nigeria. Nur Botswana ist nicht Mitglied der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC).

Jahrelang hatte man im Norden Namibias, im Okavango-Reservat und im Caprivi-Zipfel, vergeblich nach Öl gesucht und dabei sogar vor Naturschutzparks und Reservaten nicht Halt gemacht, was zu großen Protesten von Umweltverbänden geführt hat. Größere Lagerstätten hatte man allerdings nicht gefunden, nicht einmal für Fracking.

Ende Februar teilte dann überraschend TotalEnergies mit, dass im Venus-Projekt vor der Küste Namibias eine qualitativ hochwertige Öllagerstätte gefunden worden sei, die laut Reuters mehr als eine Milliarde Barrel Öläquivalent enthält. Der Öl-Gigant Royal Dutch Shell hatte bereits am 4. Februar offiziell einen Leichtöl- und Gasfund bekanntgegeben. Shell entdeckte dieses Öl und Gas neben dem Block von TotalEnergies, etwa 280 Kilometer vor der Küste Namibias. Die Brunnen liegen weniger als 100 Kilometer voneinander entfernt.

Die Venus-1X-Bohrung von TotalEnergies stieß auf Öl in einer Tiefe von 6296 Metern auf einer Schicht von mindestens 84 Metern „ölhaltigem Sandstein in einem Reservoir guter Qualität“. „Diese Entdeckung vor der Küste Namibias und die sehr vielversprechenden ersten Ergebnisse beweisen das Potential dieses Projekts im Oranje-Becken, auf dem TotalEnergies sowohl in Namibia als auch in Südafrika eine wichtige Position einnimmt“, sagte Kevin McLachlan, Senior Vice President of Exploration bei TotalEnergies.

Shell hatte erst im Dezember 2021 mit Bohrungen vor den südlichen Teilen der namibischen Küste begonnen. Shell besitzt 45 Prozent an der Offshore-Erdölexplorationslizenz. Das katarische Unternehmen Katar Petroleum ist ebenfalls mit 45 Prozent beteiligt, während der staatseigene namibische Konzern NamCor die restlichen zehn Prozent besitzt. Namibia war bislang nur für seine Diamanten-, Gold- und Uranvorkommen bekannt und hatte bereits seit 2009 die Einrichtung eines Staatsfonds erwogen. *Bob*

Rückgriff auf Bewährtes: Russische Autohersteller setzen auf einfache Technikkomponenten *Foto: imago/ITAR-TASS*

RUSSLAND

Die Sowjetunion kehrt in den Alltag der Russen zurück

Nach dem Rückzug fast aller westlichen Firmen: Vom Autobau bis zur Getränkeherstellung muss die Regierung für Ersatzprodukte sorgen

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Für viele Russen, vor allem in den luxusverwöhnten Städten Moskau und St. Petersburg, muss es ein Schock sein: Immer mehr westliche Firmen haben sich seit dem 24. Februar vom russischen Markt verabschiedet, die gewohnten Waren werden knapp und teuer. Fast alle Branchen sind von Importverboten und dem Weggang westlicher Firmen betroffen.

Nachdem der französische Autobauer Renault seine Anteile am russischen Konzern Avtovaz verkauft hat, droht dem Automarkt ein Rückschritt in sowjetische Zeiten. In der Moskauer Renaultfabrik sollen bald wieder Moskwitsch und Lada vom Band laufen. Allerdings werden diese Neuwagen dann ohne viel Schnickschnack auskommen müssen, sprich ohne Katalysator, ABS oder Airbags, denn es fehlen die benötigten Mikrochips.

Russland wird versuchen, einige seit Jahren brachliegende Wirtschaftszweige wiederzubeleben, etwa den Maschinenbau für die Öl- und Gasförderung, die Luftfahrt oder den Autobau. In den letzten 30 Jahren haben die Russen sich allerdings nicht um die Weiterentwicklung ihrer Produktionsstätten gekümmert, da es für sie aufgrund ihres Reichtums aus den Öl- und Gasverkäufen günstiger war, sich auf Importe hochwertiger Produkte aus dem Westen zu verlassen. Ebenso wie sich für den Westen der Verlass auf eine globalisierte Welt und kurzfristige Verfügbarkeiten rächt, bekommt Russland nun seine Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten zu spüren.

Abgetrennt von den bisherigen Lieferwegen, ist Russland gezwungen, sich auf die eigene Produktion der Vergangenheit zurückzubesinnen, was zu einer Primitivisierung der Produkte und zu technischem Rückschritt führen wird. Um etwa Flugzeuge vom Typ Tupolew auf den neuesten Stand der Technik zu bringen, wären mehrere Jahrzehnte Zeit und Zehntausende Spezialisten vonnöten.

Primitivisierung und Rückschritt

Inzwischen haben russische Unternehmer ausländische Waren unter Umgehung der Urheberrechte einfach kopiert. Aus Coca-Cola wurde „CoolCola“ oder „Komi-Cola“, aus Fanta „Fancy“ und aus Sprite „Street“. Die typischen Farben wurden beibehalten und die Logos ähneln denen der Originale. McDonalds soll angeblich zu „Onkel Wanja“ mit einem auf der Seite liegenden McDonalds-Logo werden. Teilweise wurden sogar die Inhaltsstoffe der Originale verwendet, die die West-Firmen in den Lagern zurückgelassen hatten.

Die Sanktionen treffen insbesondere die IT-Branche und den Bankensektor hart, was Auswirkungen auf alle anderen Bereiche hat. Die Banken arbeiten zu 80 Prozent mit importierter Digitaltechnik. Eine Umstellung auf heimische Anbieter stellt ein fast unlösbares Problem dar, da Ersatz für Microsoft und Co. erst entwickelt werden muss. Experten gehen davon aus, dass die Importsubstitution im IT-Bereich ein langer und teurer Weg wird. In den nächsten fünf bis zehn Jahren würden Milliarden Rubel nötig sein, um einen stufenweisen Umstieg zu ermöglichen.

Die digitale Infrastruktur ist völlig abhängig von ausländischen Ersatzteilen, Computer sind bereits Mangelware. Der jährliche Absatz von westlicher Digitaltechnik betrug bisher 7,5 Milliarden US-Dollar, der Verkauf aus heimischer Produktion etwa 500 Millionen Dollar. Der massenweise Weggang von IT-Spezialisten stellt eine besondere Herausforderung für die Zukunft der Branche dar. Fast alles, was heute in Russland hergestellt wird, hängt in der einen oder anderen Weise vom Weltmarkt ab, ob in der Medizin, bei Lebensmitteln, der Möbelbranche, dem Autobau oder dem Ölsektor. Die Folge ist, dass für den russischen Verbraucher alles teurer wird.

Hoffnungsträger Landwirtschaft

Da bereits die Hälfte der Agrartechnik in Russland hergestellt wird und sich seit 2013 die Produktion landwirtschaftlicher Geräte versechsfacht hat, setzt die Regierung große Hoffnung in die Landwirtschaft. Erste Erfolge zeigen sich bereits, wie das Beispiel des Königsberger Gebiets zeigt. In den vergangenen Jahren wurde die Agrarwirtschaft derart gefördert, dass das Gebiet sich inzwischen selbst versorgen kann und noch Kapazitäten für die Ausfuhr hat. Der Anteil der Agrartechnik aus russischer und weißrussischer Produktion, etwa bei Traktoren und Mähdreschern, liegt bei 70 Prozent. Der Einzelhandel sieht eine Chance für russische Hersteller. Bei gesundem Brot, pflanzlichem Ersatz für Fleisch und Milch, aber auch bei Gebäck und Tiefkühlkost könnten die Importe bald komplett ersetzt werden.

Was bleibt, sind Probleme bei der Beschaffung von Rohstoffen und der Einrichtung neuer Lieferketten. Alternative Absatzmärkte im Nahen Osten, am Persischen Golf und in Südostasien müssen noch erschlossen werden. Hierfür ist der Aufbau einer Infrastruktur vonnöten: Eisenbahnwege, Häfen und Röhren müssen erst noch gebaut beziehungsweise verlegt werden.

UKRAINEKRIEG

EU-Sanktionsgewinnler Hellas und Türkei

Athen und Istanbul wissen die Interessen ihrer Völker gegenüber Brüssel und Washington zu verteidigen

Die Weigerung der ungarischen Regierung, sich einem Boykott der EU gegen russisches Öl anzuschließen, hatte einen Blitzbesuch der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Budapest zur Folge. Wesentlich weniger beachtet wurde, dass auch Regierungsvertreter Griechenlands Vorbehalte gegen einen Ölboykott vorgebracht haben. Relativ geräuschlos, aber dafür effektiv ist es Griechenland gelungen, seine Interessen im Sanktionsregime der EU zu wahren.

Bereits am 8. April hatte die EU im Rahmen ihrer fünften Sanktionsrunde gegen Russland angekündigt, die Häfen der EU-Mitgliedsstaaten für Schiffe der russischen Handelsflotte zu sperren. Mit dieser Maßnahme wollte die EU insbesondere den Transport russischen Öls mit Schiffen aus EU-Staaten unterbinden.

Wie sich inzwischen gezeigt hat, ist es Russland dennoch gelungen, seine Ölexporte auf dem Seeweg auf dem bisherigen Niveau aufrechtzuerhalten. Dies liegt sehr stark an der Rolle griechischer Schiffsreeder. Nach Daten des Londoner Schifffahrt-Registers Lloyd's List verließen allein im April 190 Tanker russische Häfen. Davon standen 76 unter griechischer Flagge. Wie die Nachrichtenagentur Bloomberg berichtet, hat die EU inzwischen den Plan fallengelassen, den Transport russischen Öls mit Schiffen aus EU-Staaten zu verbieten.

Brüssels Rückzieher soll nicht zuletzt auf Bemühungen der griechischen Regierung unter Kyriakos Mitsotakis (Nea Dimokratia) zurückgehen. Laut griechischen Presseberichten hatten zuvor Vertreter der Reeder persönlich bei Mitsotakis gegen die EU-Pläne interveniert. Wie aus den Daten des Londoner Schiffsversicherers Lloyd's hervorgeht, ist es griechischen Reedern inzwischen sogar gelungen, ihren Anteil am russischen Öltransport gegenüber dem Vorjahr fast zu verdreifachen.

Der Türkei sicherte sich eine Ausnahmestellung im Sanktionsregime. Als einziges NATO-Land beteiligt sich Ankara generell nicht an den Sanktionen des Westens gegen Russland.

Besonders stark macht sich dies im Luftverkehr bemerkbar. Neben Dubai ist Istanbul derzeit für russische Fluglinien eine der letzten verbliebenen Drehscheiben mit internationalen Anbindungen. Im Gegensatz zu den EU-Staaten hält die Türkei ihren Luftraum für den Flugverkehr mit Russland weiterhin offen.

Der US-amerikanische Finanzjournalist Tom Luongo wies unlängst auf die Möglichkeit einer russisch-türkischen Symbiose im Finanzsektor hin. Da sei auf der einen Seite die Gazprombank, die hohe Exporterlöse in US-Dollar generiert. Und auf der anderen Seite die Türkei, die laut Bloomberg derzeit an Plänen arbeitet, ausländischen Investoren vier Prozent Zinsen in US-Dollar zu garantieren, wenn sie türkische Anleihen kaufen. Laut Luongo könnten der türkische Finanzbedarf und die hohen russischen Finanzreserven in einem Geschäft zum gegenseitigen Vorteil münden, bei der die Gazprombank ihre Euros und Dollars in der Türkei investiert und Garantiezinsen kassiert, während die Türkei an dringend benötigte Devisen kommt. *N.H.*

MELDUNGEN

Öl und Gas, aber nicht Uran

Brüssel – Während die EU derzeit über ein Öl- und Gas-Embargo gegen Russland diskutiert, das den Ukrainekrieg stoppen soll, ist der Boykott russischen Urans kein Thema. Denn dieses wird für die Produktion von Atomstrom benötigt, die umso größere Bedeutung erlangt, je weniger fossile Energieträger zur Verfügung stehen. Ohne russisches Uran könnten die Kernkraftwerke in Frankreich, Finnland, Bulgarien, Tschechien, Ungarn und der Slowakei auf Dauer nicht weiterarbeiten. Besonders groß ist die Abhängigkeit Frankreichs, dessen Atomkonzern Orano enge Kontakte zum russischen Unternehmen Rosatom unterhält. Das liefert einerseits angereichertes russisches Uran für die französischen Atommeiler und übernimmt andererseits zugleich auch noch die Entsorgung beziehungsweise Aufbereitung verbrauchter Brennstäbe in einer Fabrik im sibirischen Sewersk, was Frankreich außerordentlich entgegenkommt. *W.K.*

Senator gegen Ukraine-Hilfe

Washington – Im Alleingang hat der republikanische Senator Rand Paul am 12. Mai im US-Senat die Verabschiedung eines neuen Hilfspakets für die Ukraine im Wert von rund 40 Milliarden US-Dollar blockiert. Zur Begründung wies der Senator aus Kentucky darauf hin, dass es sich bei dem Hilfspaket bereits um die zweite Gesetzesvorlage zur Hilfe für die Ukraine in diesem Jahr handele. Bereits im März hatte der US-Kongress eine Finanzierung in Höhe von 13,6 Milliarden US-Dollar für die Ukraine beschlossen. Aus Sicht von Paul gelte es derzeit, inländische Prioritäten zu bewältigen, da die Inflation auf einem 40-Jahres-Hoch sei. „Mein Amtseid gilt der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika. Wir können die Ukraine nicht retten, indem wir die US-Wirtschaft dem Untergang preisgeben“, so Paul. Durch das Veto des Senators musste der Gesetzestext erneut dem Repräsentantenhaus vorgelegt werden. *N.H.*

Eurokurs sorgt für Inflation

Frankfurt/Main – Der französische Zentralbankchef François Villeroy de Galhau hat den Euro-Wechselkurs als einen wesentlichen Faktor für die „importierte Inflation“ bezeichnet. Villeroy de Galhau, der auch Mitglied des EZB-Rats ist, erklärte, „dass wir die Entwicklung des effektiven Wechselkurses, der ein wichtiger Faktor für die importierte Inflation ist, sorgfältig beobachten werden“. Weiter sagte der Banker: „Ein zu schwacher Euro würde unserem Ziel der Preisstabilität zuwiderlaufen.“ Der Euro hat in den vergangenen Monaten zum Dollar so deutlich an Wert verloren, dass viele Marktteilnehmer beim Wechselkurs bald eine Parität erwarten. Da viele Rohstoff- und Energieimporte in Dollar abgerechnet werden, verteuert ein schwacher Euro die Einfuhren. Die Teuerung in der Eurozone war im April auf ein Rekordhoch von 7,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr geklettert. *N.H.*

ANALYSE

Türkei contra NATO

NORMAN HANERT

„Was wir derzeit erleben, ist der Hirntod der NATO“. Gut drei Jahre nach diesem Befund des französischen Präsidenten Emmanuel Macron lebt das transatlantische Verteidigungsbündnis noch immer. Es ist sogar so attraktiv, dass Finnland und Schweden am 16. Mai offiziell einen Beitrittsantrag gestellt haben. Ob beide Länder tatsächlich in absehbarer Zeit Mitglieder des Nordatlantikpakts werden, ist aber keineswegs sicher. Der Gründungsvertrag der NATO macht die Aufnahme neuer Mitglieder von einem einstimmigen Beschluss aller Vertragsparteien abhängig.

Zwei Mitglieder des Nordatlantikpakts haben ihre Zustimmung von der Erfüllung von Forderungen abhängig gemacht. Kroatiens Staatspräsident Zoran Milanović fordert eine vorherige Änderung des Wahlgesetzes im benachbarten Bosnien-Herzegowina und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan eine vorherige Kooperation der beiden skandinavischen Kandidaten mit ihm in dem, was er „Kampf gegen den Terrorismus“ nennt. Es sei „inkonsequent“, so der Türke, dass Schweden und Finnland versuchten, der NATO beizutreten, wenn sie „Terroristen“ der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und der syrisch-kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) unterstützten.

Türkische Forderungen

Allerdings erklärte Erdoğans Berater Ibrahim Kalin, die Türkei habe die Türen für die Mitgliedschaft der Skandinavier nicht generell zugeschlagen. Ankaras Kalkulation scheint aufzugehen. Nach einem Telefonat mit dem türkischen Präsidenten twitterte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, die Sicherheitsbedenken aller Verbündeten müssten berücksichtigt und weiter diskutiert werden, um eine Lösung zu finden.

Erdoğans Wunschliste scheint indessen noch mehr zu umfassen als ein härteres Vorgehen gegen Kurdengruppen im Ausland. Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu wies nämlich bereits mehrmals auf Mitglieder des Nordatlantikpakts hin, die Exportbeschränkungen für Rüstungsgüter an die Türkei verhängt haben. Nach dem Einmarsch der türkischen Armee in Nordsyrien 2019 etwa kündigten Finnland, Schweden, Deutschland und andere EU-Länder an, vorerst keine Waffen mehr in die Türkei exportieren zu wollen. Seit sich das NATO-Mitglied Türkei für den Kauf des russischen S-400-Raketenabwehrsystems entschieden hat, liegt auch die Lieferung von US-amerikanischen Kampfjets des Typs Lockheed Martin F-35 „Lightning II“ an die Türkei auf Eis.

Mobbing statt Rauswurf?

Die Durchsetzung türkischer Interessen auf internationaler Bühne, die Erdoğan derzeit in aller Öffentlichkeit vorführt, hat eine jahrzehntelange Tradition. Die türkische Invasion Zyperns im Juli 1974 blieb für Ankara ebenso ohne einschneidende Konsequenzen wie die immer wieder auftauchenden Berichte über Folter in der Türkei, etwa nach dem Militärputsch von 1980.

Möglicherweise hat Erdoğan die türkische Sonderrolle innerhalb des Nordatlantikpakts aber nun so weit überreizt, dass selbst die Geduld der westlichen Führungsmacht USA am Ende ist. In einem bemerkenswerten Gastbeitrag für den US-Sender CNN hat David Andelman den Rauswurf der Türkei aus der NATO zum Thema gemacht. Dabei bezeichnete das Mitglied der einflussreichen Denkfabrik „Council on Foreign Relations“ den türkischen Präsidenten und Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orbán als „nützliche Freunde“ Putins, die einen Keil in die Linie des westlichen Bündnisses treiben.

Die Diskussion um einen Rauswurf der Türkei aus der NATO muss derzeit allerdings als reines Gedankenexperiment angesehen werden. Der Nordatlantikvertrag sieht nämlich den Ausschluss eines Mitgliedstaats nicht vor. Die Möglichkeit, dass ein NATO-Mitglied den Verbleib der Türkei im Militärbündnis beispielsweise von einem Verbot der extremistischen „Grauen Wölfe“ oder von einem Abzug türkischer Truppen aus Syrien oder Nordzypern abhängig macht, besteht damit nicht.

Als gangbaren Weg schlug Andelman in seinem CNN-Beitrag ein Herausdrängen der beiden Länder vor. Nach Ansicht Andelmans sollte Ungarn innerhalb der Europäischen Union und die Türkei im Nordatlantikpakt solange ignoriert werden, bis schließlich eine diplomatische Krise zu einem kompletten Rückzug der beiden Länder aus EU und NATO führt.

Schwierige Interessenlage: Altbundeskanzler Gerhard Schröder im Dienste ausländischer Unternehmen *Foto: pa*

KOMMENTAR

Der Fall Schröder

HANS HECKEL

Geht es nach der Union, sollte Altkanzler Gerhard Schröder auch noch sein Ruhegehalt verlieren, nachdem ihm ein Großteil seiner Privilegien bereits entzogen wurde. Im Zentrum der hitzigen Debatten steht die Frage, inwieweit Schröder „Putins Mann“ sei. In jedem Fall hat sich das Gerangel um den Ex-Regierungschef längst zu einer internationalen Blamage für Deutschland entwickelt.

Schröder war kaum aus dem aktiven Dienst eines Bundeskanzlers geschieden, als bereits Ende 2005 seine Tätigkeit für Gazprom begann. Zwar gab es schon damals heftige Kritik an dem „dreisten Seitenwechsel“, doch letztlich prallten die Anwürfe an Schröder ab, seine Aktivitäten für ausländische Konzerne gerieten mit den Jahren zur scheinbaren Normalität.

Doch genau das waren sie nie. Zwar ist dem Altkanzler zu glauben, dass er keines der in seiner Amtszeit angesammelten Dienstgeheimnisse jemals mit seinen russischen Partnern geteilt hat. Doch die guten Beziehungen und das Hintergrundwissen eines ehemaligen deutschen Regierungschefs blieben ihm natürlich erhalten. Und genau darauf dürften es Gazprom und Co. abgesehen haben.

Aber das ist nicht entscheidend. Aus deuscher Sicht ging es von Anfang an ums Prinzip: Ist es überhaupt akzeptabel, dass

> Ein Kanzler a.D. sollte grundsätzlich nicht fürs Ausland tätig sein

ein deutscher Bundeskanzler a.D. in den Dienst des Auslands tritt? Gazprom und Rosneft sind schon wegen ihrer Größe, ihres Tätigkeitsfeldes und ihrer engen Anbindung an den Kreml nicht einfach Privatfirmen. Beide fungieren als strategische Instrumente der russischen Regierungspolitik. Und selbst wenn Schröder, wie er beteuert, stets Deutschlands Interesse im Blick gehabt haben mag – die Konzerne blieben Werkzeuge einer ausländischen Macht.

Dabei ist es in der grundsätzlichen Bewertung unerheblich, um welche Macht es sich konkret handelt. Sogar engste Verbündete werden bisweilen zu Konkurrenten. Der Interessenkonflikt ist immanent und muss nicht erst in einem so heftigen Zerwürfnis zutage treten wie jetzt im Verhältnis zwischen Berlin und Moskau.

Das üppige Ruhegehalt eines Kanzlers a.D. drückt zudem nicht bloß die Anerkennung seines fortdauernden Status' aus. Es soll ihn auch jeder finanziellen Notwendigkeit entheben, sich im Ruhestand für irgendetwas zu verdingen.

Schröders Aktivitäten für Gazprom und ähnliche Konzerne gerieten also nicht erst in jüngster Zeit zum Sündenfall. Sie waren es von Anfang an. Es ging seit Ende 2005 um die Fragen des Stils und der unteilbaren nationalen Interessen. Dass ein britischer Premier, ein französischer oder US-amerikanischer Präsident je für ausländische Konzerne aktiv geworden wäre wie Schröder es tat, ist daher nicht von ungefähr kaum vorstellbar.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

PORTRÄT

Der letzte Merkelianer

Überraschen konnte die Entscheidung nicht wirklich. Am Montag verkündete der Christdemokrat **Daniel Günther**, seit 2017 schleswig-holsteinischer Ministerpräsident und zuletzt strahlender Sieger der Landtagswahl vom 8. Mai, die Grünen zur Bildung der künftigen Landesregierung einladen zu wollen – und damit zugleich der FDP einen Korb zu geben.

Seit Betreten der großen politischen Bühne gilt der 1973 geborene Günther vielen sowohl innerhalb seiner Partei als auch in der veröffentlichten Meinung als Musterexponent jener von Altkanzlerin Angela Merkel umgeprägten CDU, die inhaltlich so flexibel ist, dass sie je nach Wahlergebnis Koalitionen bilden kann, um weiter die Geschicke des Landes lenken zu können.

Anders als bei Merkel, die in den vergangenen Jahren eine Wahlniederlage nach der anderen einstecken musste, scheint dieser Ansatz bei Günther aufzugehen. Immerhin konnte er bei der jüngsten Landtagswahl gegenüber 2017 um 11,4 Prozentpunkte zulegen.

Schon äußerten Kritiker des neuen CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz, dass dessen Ziel, die Kursänderungen der Ära Merkel rückgängig zu machen, ein Irrweg

FOTO: IMAGO / KIRCHNER MEDIA

Abkehr von traditionellen Inhalten und bewährten Partnern der CDU: Ministerpräsident Daniel Günther

sei und die CDU stattdessen mit den Grünen „Fortschrittskoalitionen“ oder „Zukunftskoalitionen“ eingehen müsse.

Doch Vorsicht ist geboten. Denn wer sich die Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen im Detail ansieht, kann schnell erkennen, dass die Zuwächse der CDU vor allem FDP-Wählern zu verdanken sind, die früher ihr Kreuz bei der Union gesetzt hatten und zwischendurch zu den Liberalen abgewandert waren, weil sie von der Entwicklung der CDU unter Merkel enttäuscht waren. Für diese Wähler muss es geradezu bizarr erscheinen, dass sie nun anstatt eines schwarz-gelben Bündnisses, das eine stabile Mehrheit hätte, eine schwarz-grüne Regierung bekommen.

Man darf vermuten, dass sie diese Erfahrung bei künftigen Wahlentscheidungen berücksichtigen – und die Ergebnisse für Daniel Günther dann etwas weniger strahlend sein werden. *René Nehring*

Vom Glücksritter zum Bestsellerautor

Vor 150 Jahren starb Friedrich Gerstäcker – Seine Abenteuerromane aus der Neuen Welt waren später Vorbild für Karl May

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Ab dem frühen 19. Jahrhundert drangen Scharen von reisefreudigen Pionieren und Glücksrittern aus der Alten in die Neue Welt vor. Einer von ihnen war der am 10. Mai 1816 in Hamburg geborene Schriftsteller Friedrich Wilhelm Christian Gerstäcker. Er führte von 1837 bis 1843 ein abenteuerliches Leben in Nordamerika und machte später noch vier Weltreisen.

Seine Erlebnisse verarbeitete er in 44 Romanen und zahlreichen Reisebildern, die er großenteils in der Zeitschrift „Gartenlaube“ veröffentlichte. Bestseller wie „Die Regulatoren in Arkansas“ und „Die Flußpiraten des Mississippi“ wurden ins Englische übersetzt und sind noch heute viel gelesene Abenteuerklassiker.

Während der Vorbereitungen für eine große Asienreise starb Friedrich Gerstäcker am 31. Mai 1872 in Braunschweig. Schon kurz darauf war der gefeierte Buchautor weitgehend vergessen. Eine weniger wirklichkeitsnahe, zur Kolportage tendierende Gattung von Abenteuerromanen setzte sich durch. Gerstäckers für Erwachsene geschriebene Romane und Erzählungen erhielten ersatzweise den Rang von Jugendbuchklassikern. So stiftete die Stadt Braunschweig 1947 den inzwischen renommierten, zweijährlich verliehenen Gerstäcker-Preis für Jugendbuchautoren.

Der Biograf Thomas Ostwald charakterisierte den äußerst produktiven Autor als unruhigen Geist, der es nie lange an einem Ort aushielt: „War er irgendwo, fühlte er sich kurze Zeit wohl, wollte aber weiter, wollte mehr sehen, mehr erleben.“

Seine lebhafte Phantasie, angeregt durch den Defoes-Klassiker „Robinson Crusoe“ und die „Lederstrumpf“-Erzählungen von James Fenimore Cooper, weckten in ihm den Wunsch nach einem unabhängigen Leben. Er wollte nach Nordamerika auswandern. Zuvor absolvierte er noch auf Bitten seiner Mutter eine landwirtschaftliche Ausbildung auf dem Rittergut Doeben bei Grimma als Vorbereitung für den Beruf eines Farmers.

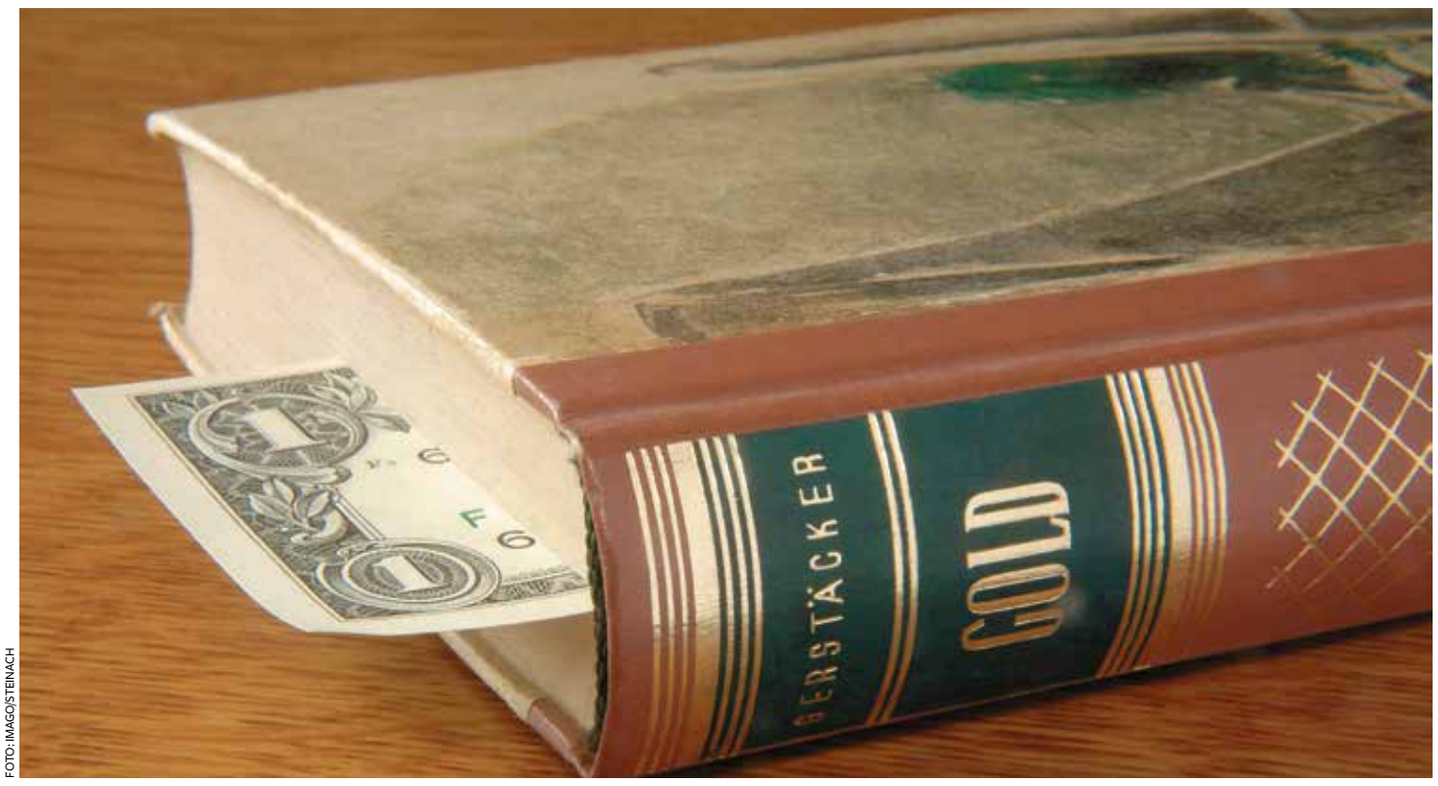


FOTO: IMAGO/STEINACH

Eine Lektüre, die jeden Dollar wert ist: Eine Ausgabe von Gerstäckers Roman „Gold“ über den kalifornischen Goldrausch

In New York angekommen, wurde der junge Mann um seine Habseligkeiten gebracht. Sein Mut war dadurch nicht gebrochen. Er zog weiter, arbeitete als Heizer auf Dampfbooten, war Farmersknecht, Silberschmied, Papierschachtelfabrikant, Schokoladenhersteller, Zimmermann und Koch. In seinem 1844 erschienenen, romanhaft gestalteten Reisebericht „Streif- und Jagdzüge durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika“ berichtete er: „Ich durchquerte die ganzen Vereinigten Staaten quer durch von Kanada bis Texas zu Fuß, arbeitete unterwegs, wo mir das Geld ausging, und blieb endlich in Arkansas, wo ich ganz und allein von der Jagd lebte, bis ich dort halb verwilderte.“

Ein Gerstäcker-Tag in Arkansas

Mehrfach geriet er in Lebensgefahr durch hohes Fieber, Regen, Schnee, Kälte, Jagdunfälle und Verletzungen durch Angriffe von Raubkatzen und Bären. Zurück in der Zivilisation, arbeitete er in Louisiana in einem Hotel und verdiente sich das Geld für eine Schiffspassage von New Orleans nach Bremen.

Seinen Unterhalt bestritt er durch Übersetzungen aus dem Englischen, dann durch eigene Erzählungen, die er in verschiedenen Zeitschriften veröffentlichte. Der Durchbruch gelang ihm 1846 mit den „Regulatoren von Arkansas“. Die Handlung dreht sich um Viehdiebstahl, Versagen der örtlichen Justiz und Lynchmorde, typische Themen der späteren Wildwestfilme. Die Schilderungen der Geschehnisse vor einem lokalgeschichtlichen Hintergrund zeichnen sich durch scharfe Beobachtungen und Gesellschaftskritik aus.

Auch im US-Bundesstaat Arkansas würdigte man den kulturhistorischen Wert dieser Darstellungen. 1957 wurde Gerstäcker posthum zum Ehrenbürger ernannt und seit 1986 gilt der 10. Mai im US-Bundesstaat Arkansas als „Friedrich Gerstäcker Day“.

1845 hatte der Weltenbummler geheiratet und war von Dresden nach Leipzig umgezogen. Dennoch brach er 1849 erneut auf. Der Goldrausch lockte ihn nach Kalifornien, aber er erkannte schnell die geringe Aussicht der Goldsucher auf reiche Ausbeute. Lieber frönte er wieder seiner Jagdlust. Er bestieg einen Walfänger mit Kurs auf Hawaii. Über Tahiti, die von den Europäern als Südseeparadies gerühmte Insel, führte seine Route weiter nach Südostaustralien. Mit einem selbst gebauten Boot folgte er zuerst mit einem Gefährten, die meiste Zeit aber allein einem Flusslauf durch die Wildnis, insgesamt 600 Meilen ohne Weg und Markierungen. Über Java kehrte er 1852 zurück und ließ sich in Gotha nieder.

Rundlicher Literat: Gerstäcker in einer Fotografie *Foto: Mauritius*

Mit eiserner Disziplin arbeitete er täglich acht Stunden an seinem Schreibtisch und schrieb weiter Romane, Erzählungen und Berichte. In den 1850er Jahren war Gerstäcker einer der meist gelesenen Abenteuer- und Reiseschriftsteller. In seinem Freundeskreis war er als Gerechtigkeits- und Wahrheitsfanatiker bekannt, dem Liebedienerei, Standesunterschiede und Bedientenberufe zutiefst zuwider waren. Gleichwohl zog er 1854 in das Schloss Rosenau, wo er dauerhafter Gast seines Gönners Herzog Ernst II. von Coburg war. 1862 nahm er an einer Reise des Herzogs nach Ägypten und Eritrea teil.

Über seine letzte große Reise 1867/68 schrieb er das dreibändige Werk „Neue Reisen durch die Vereinigten Staaten, Mexiko, Ecuador, Westindien, Venezuela“. Zuletzt lebte er wieder in Braunschweig, wo er seine Jugendjahre verbracht hatte, und nahm als Kriegsberichterstatter am Deutsch-Französischen Krieg teil.

Später bediente sich Karl May ungeniert an Gerstäckers packenden Schilderungen. Seine Sattelhelden des wilden Westens und der edle Indianer Winnetou sind Gerstäckers meisterlichen Charakterdarstellungen von Originalen nachempfunden, denen Letzterer selbst begegnet war. Ebenso verwendete Karl May auch dessen Landschaftsbeschreibungen und übernahm mit den häufig eingestreuten Erzählungen der Jagdgefährten aus früheren Zeiten ein typisches Gestaltungsmittel aus Gerstäckers Romanen. Kurz vor seinem Tod hatte dieser selbst noch eine 44-bändige Gesamtausgabe seiner Werke für den Verlag von H. Costenoble Jena eingerichtet. In seinem Sterbeort Braunschweig gab es bis 2016 noch ein Gerstäcker-Museum, das man aber bei einem virtuellen Rundgang im Internet weiterhin erleben kann: www.thomasregnat.de/gerstaecker/0101.html

BAROCKFEST

Mit Feuerwerk und Halleluja

„100 Jahre Händel-Festspiele in Halle“ – Die Geburtsstadt des Barockkomponisten lädt zur Jubelparty

Die Verehrer der Musik Georg Friedrich Händels kommen in diesen Tagen kaum zum Verschnaufen. Kaum sind die Internationalen Händel-Festspiele Göttingen zu Ende gegangen (die *PAZ* berichtete), fängt das nächste Händel-Fest an. Vom 27. Mai bis 12. Juni finden die Händel-Festspiele in Halle, der Geburtsstadt des Barockkomponisten, statt.

Es handelt sich dabei um eine Jubiläumsveranstaltung. Denn vor genau 100 Jahren gab es dort das erste Musikfest zu Ehren Händels. Und so eröffnet man die diesjährigen Festspiele mit „Orlando“, der 1922 als erste Händel-Oper in Halle den Abschluss des „Hallischen Händelfestes“ bildete. Zahlreiche weitere Opern, Oratorien und Konzerte machen die 17 Festivaltage zum Reiseziel für die Freunde barocker Musik.

Abgerundet wird das Programm durch innovative und spannende Veranstaltungen, die alle musikalischen Grenzen von E(rnst) und U(nterhaltung) sprengen. Viele bekannte Barockstars, darunter auch etliche Händel-Preisträger vergangener Jahre, werden musikalisch das Jubiläum in Halle mitfeiern.

67 Haupt- und zahlreiche Begleitveranstaltungen in Halle und der Region sollen den traditionsreichen Festspielen wieder ein ebenso abwechslungsreiches wie hochkarätig besetztes Programm garantieren. So erwartet das Publikum die Neuinszenierung der Oper „Orlando“, die von dem Briten Walter Sutcliffe inszeniert und von seinem Landsmann Christian Curnyn dirigiert wird, das virtuose Pasticcio „Caio Fabbricio“, das im historischen Goethe-Theater Bad Lauchstädt die erste Wiederaufführung in der Neuzeit erleben wird. Daneben ist mit „Fernando, Re di Castiglia“ sogar eine Uraufführung zu hören.

Wie der „Orlando“ sind auch zahlreiche Konzerte und Oratorien im Festspielkalender dramaturgisch von den Aufführungen des Jahres 1922 inspiriert, wobei die teilweise speziell für diesen Anlass rekonstruierten Programme nicht nur an den originalen Orten stattfinden, sondern auch dieselben Klangkörper oder deren heutige Nachfolger als Partner mit ins Boot geholt wurden. Eine Rarität präsentiert dabei das Ensemble Divino Sospiro aus Portugal, das Händels „Messias“ in der Fassung von Wolfgang Amadeus Mozart vorstellt.

FOTO: THOMAS_ZIEGLER

Händel-Aufführung im Dom zu Halle

Dass Händels Musik auch im 21. Jahrhundert nichts von ihrer Faszination und Anziehungskraft verloren hat, zeigen begleitend dazu Projekte wie das beliebte „Bridges to Classics“-Open Air sowie Begegnungen mit der Jazz-Szene oder ein Poetry-Slam. Bis heute ist Händels Musik auch jenseits von Oper und Oratorium präsent. Daneben blickt das Händel-Haus in Halle mit „Feuerwerk und Halleluja“ auf die wechselvolle Geschichte der Händel-Festspiele zurück. Die nach den beiden Händel-Klassikern betitelte Ausstellung läuft bis zum 8. Januar 2023. *H. Tews*

● **Programm und Karten** im Internet unter www.haendelhaus.de/de/hfs-31, Kartenhotline (0345) 50090103

● MELDUNG

Märchenhafter Orient

Cottbus – Auf Schloss Branitz sind die herausragendsten und bekanntesten Zimmer des Hauses nach fünfjähriger Restaurierung jetzt fast wieder so zu sehen, wie sie Fürst Pückler zwischen 1851 und 1865 nach seinen persönlichen Anweisungen ausstatten ließ. Inspirationen für die opulenten Wand- und Deckengestaltungen sammelte der Fürst während seiner Orientreise, die ihn von 1834 bis 1840 unter anderem über Algerien, Tunesien, Griechenland und Ägypten bis nach Nubien, den heutigen Sudan, führte. Von dieser Reise brachte er etliche Souvenirs mit, die bis heute eine beeindruckende und vielfältige Sammlung bilden. Darunter vier Kanopen, die zur gesonderten Bestattung der Eingeweide dienten, verschiedene Uschebtis, Verstorbene verkörpernde Statuetten, kleine Keramikgefäße und Gesteinsfragmente. (Geöffnet Dienstag bis Sonntag von 11 bis 18 Uhr.) *H. Sch.*

VILMA DEGISCHER

Sie spielte die Sophie

Wie Romy Schneider (siehe Seite 9) wurde auch Vilma Degischer durch die Sissi-Trilogie berühmt. Während Schneider die vorletzte österreichische Kaiserin Elisabeth spielte, mimte sie die Erzherzogin Sophie (siehe Seite 11).

Wie Sophie starb auch Degischer im Mai, zwar nicht erst am 28., sondern bereits am 3. des Wonnemonats, aber dafür mit 1992 120 Jahre später. Wie Sophie verstarb auch Degischer in Österreich, und zwar in Baden bei Wien. Im Gegensatz zur Erzherzogin war sie jedoch keine aus Bayern Zugezogene, sondern eine gebürtige Österreicherin. Am 17. November 1911 kam sie in Wien zur Welt.

Die Tochter eines Departementchefs und Hofrats hieß mit bürgerlichem Namen Wilhelmine Anna Maria Degischer. Nach dem Besuch von Volksschule und Gymnasium wollte sie Tänzerin werden und ließ sich in Ausdruckstanz und klassischem Ballett ausbilden. Dann zog sie es allerdings doch vor, Schauspielerin zu werden, und besuchte das Wiener Max-Reinhardt-Seminar.

Nach der Ausbildung trat sie auf den Reinhardt-Bühnen in Wien und Berlin sowie auf den Salzburger Festspielen auf. Ab 1935 war sie in ihrer Geburtsstadt am Deutschen Volkstheater engagiert. Und von 1939 bis zu ihrem Tode gehörte sie zum Ensemble des Theaters in der Josefstadt, dessen Doyenne sie schließlich wurde.

FOTO: IMAGO/UNITED ARCHIVES

Degischer (l.) und Schneider in „Sissi. Die junge Kaiserin“

1939 begann eine langfristige Partnerschaft Degischers nicht nur mit dem Theater in der Josefstadt, sondern auch mit dem Kollegen und Landsmann Hermann Thimig. In jenem Jahr heirateten beide. Aus der Ehe gingen die Töchter Hedwig und Johanna, genannt Hannerl, hervor.

Wenn Degischer auch primär Theaterschauspielerin war, so hatte sie doch bereits 1931 ihr Leinwanddebüt gegeben in „Die große Liebe“. Es folgten diverse Filme wie 1948 „Das andere Leben“ und 1954 „Der Komödiant von Wien“, bis Ernst Marischka 1955 Marie Blank-Eismanns Roman „Sissi. Der Schicksalweg einer Kaiserin“ verfilmte und Degischer für die Rolle der bösen Schwiegermutter als Widerpart der guten und schönen Titel- und Hauptfigur wählte. „Sissi“ war an den Kinokassen derart erfolgreich, dass in den beiden Folgejahren die Fortsetzungen „Sissi. Die junge Kaiserin“ und „Sissi. Schicksalsjahre einer Kaiserin“ mit selber Stammbesetzung folgten.

Unter der Regie von Marischka spielte die Kammerschauspielerin dann noch einmal 1958 für die gleichnamige Verfilmung von Franz Werfels Roman „Der veruntreute Himmel“. Und mit Schneider stand sie 1963 ein weiteres Mal vor der Kamera für das US-amerikanische Filmdrama „Der Kardinal“. „Onkel Toms Hütte“ von 1965 und „Die Strauß-Dynastie“ von 1991 waren weitere Stationen ihrer Filmkarriere. *Manuel Ruoff*

FOTO: PA

Kostete die Nähe zu ihr oder zu ihm Edward den Thron? Der Ex-König (M.) mit seiner Ehefrau und Adolf Hitler 1937 in Deutschland

EDWARD VIII.

Der britische König, der abdankte

Vor einem halben Jahrhundert starb der Onkel und Vorvorgänger der aktuellen Queen Elizabeth II.

VON HEINRICH PRINZ VON HANNOVER

Innerhalb seiner Familie, der sogenannten Firma, hörte er auf den Rufnamen David. Edward Albert Christian George Andrew Patrick David war der Erstgeborene von fünf Jungen und einem Mädchen des Königs von Großbritannien George V. und dessen Ehefrau, der deutschen Prinzessin Mary von Teck aus Württemberg. Am 23. Juni 1894 kam der Onkel der aktuellen Queen Elizabeth II. in der White Lodge am Richmond Park bei London zur Welt. Die Jugendjahre verbrachte David mit seinen Geschwistern im York Cottage, einem Landhaus auf dem Gelände der königlichen Residenz Sandringham in der englischen Grafschaft Norfolk. Die Mutter war keine herzenswarme oder schmusende Mutter. Auf ihre Kinder wirkte sie streng und distanziert. Der Vater litt unter Verdauungsstörungen, rauchte exzessiv und soll grob und aufbrausend im Umgang mit der Familie gewesen sein.

Mit der Thronbesteigung des Vaters als George V. übersiedelte die Familie 1910 in den Buckingham Palace nach London. Vier Jahre später erlebte der junge Prince of Wales, wie in Europa die Lichter ausgingen und der Erste Weltkrieg entbrannte. Der Deutsche Kaiser Wilhelm II. und König George V. – beide waren Enkel von Königin Victoria – verstanden nur langsam, wie tief der Hass zwischen den beiden Nationen wirklich war. Ende Oktober 1914 verärgerte der Kaiser seinen Stab, weil er sich mit britischen Kriegsgefangenen liebenswürdig auf Englisch unterhielt. George V. verbot seinem dritten Sohn und Wilhelms II. Patensohn Henry Kadetten des Eton College zu einem Lager mit deutschen Kriegsgefangenen zu begleiten, weil der König es für geschmacklos hielt, deutsche Gefangene hinter Stacheldraht zu beschauen.

Edward war seit 1911 Angehöriger der Royal Navy. Im Ersten Weltkrieg bekam er auf sein Bitten hin ein kleines Kommando als Offizier an der Westfront bei den Grenadier Guards. Er sollte sich aber als designierter Thronfolger aus direkter Gefahr für Leib und Leben heraushalten. Einmal geriet er in einen deutschen Artillerieangriff. Von da an diente er nicht mehr an der Hauptkampflinie. Trotzdem bekam er 1916 das Military Cross verliehen. 1918 unternahm er als erster Kronprinz einen militärischen Flug. Den Pilotenschein erwarb er nach seinem jüngeren Bruder Albert, der innerhalb der Familie Bertie genannt wurde.

Mit zunehmender Dauer nahm der Krieg von beiden Seiten immer schrecklichere Züge an. Daraufhin genehmigte König George V. 1917 nolens volens einen Erlass des britischen Kronrats, dass sein Haus und seine Familie „als das Haus und die Familie von Windsor bezeichnet und genannt werden“. Das englische Königshaus trennte sich offiziell von seinem deutschen Familiennamen „Sachsen-Coburg und Gotha“ und ersetzte ihn durch „Windsor“ – nach dem gleichnamigen Schloss westlich von London. Sämtliche deutsche Nachkommen Königin Victorias, die britische Staatsbürger waren und britische Titel trugen, mussten diese aufgeben.

Liebling der Medien und Frauen

In der Zwischenkriegszeit erfreute sich der Prince of Wales in der Öffentlichkeit und in der Presse ausgesprochen großer Beliebtheit. Frauen fühlten sich zu ihm hingezogen. Er sah gut aus, war charmant, umgänglich und redegewandt. Er wirkte energiegeladen und kompetent, unkompliziert, modern und menschenfreundlich.

Aus seinem nahen Umfeld erfuhr man aber auch Gegenteiliges: Er sei neurotisch, trinke zu viel Alkohol, mache einen unglücklichen Eindruck und wirke furchtbar verlebt.

Nach einigen unbedeutenden Affären, die kaum in die Öffentlichkeit gerieten, lernte Edward 1931 seine nächste – und letzte – Geliebte kennen, die keine Kompromisse duldete, Wallis Simpson. Die 1896 in Baltimore geborene US-Amerikanerin war eher als mondän denn als schön zu bezeichnen. Sie war die zweite Ehefrau des New Yorker Geschäftsmann Ernest Simpson, der nach England gekommen war, um einen Firmenableger seines Vaters in London zu übernehmen. In höfischen Kreisen war die Liaison ein offenes Geheimnis.

Noch vor deren „Machtergreifung“ in Deutschland, im Jahre 1932, bemerkte König George V., dass Edward mit den Nationalsozialisten sympathisierte. Eine geplante Reise des Prince of Wales zu der Hochzeit seiner Cousine Prinzessin Sibylla, der späteren Mutter des aktuellen schwedischen Königs Carl XVI. Gustaf, nach Coburg wurde ihm verboten, da der Vater der Braut, Herzog Carl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha, Propaganda für den Nationalsozialismus machte. Bis zum Sommer 1935 hatte sich Edward in seinen Ansichten so weit von der offiziellen Deutschlandpolitik der Londoner Regierung entfernt, dass das Foreign Office genau darauf zu achten begann, welche Reaktionen er mit seinen Reden auslöste.

Im Januar 1936 erfuhr die britische Öffentlichkeit, dass König George V. im Sterben lag. Am Tag nach dem Tod des Königs bekam der britische Botschafter in Berlin Besuch von einem Vertreter des exilierten Deutschen Kaisers aus Doorn, der dem Botschafter die Bitte unterbreiten ließ, dass ein offizieller Vertreter seiner Person an der Beisetzung des Königs teilnehmen dürfe. Der neue König begrüßte den Vorschlag und regte an, der vormalige Kronprinz Wilhelm möge dem Katafalk durch die Straßen von London folgen. Doch die englische Regierung wies Edward VIII. beharrlich darauf hin, die Anwesenheit des vormaligen Kronprinzen könnte missverstanden werden, und so wurden die Hohenzollern durch den Kaiserenkel Prinz Friedrich vertreten, einem Englandfreund, der sich später auf der Insel niederließ.

Nach Edwards Thronbesteigung verfestigte sich seine Beziehung zu Wallis Simpson. Im August 1936 machte der neue König – dessen Krönung im Mai 1937 stattfinden sollte – auf Schloss Balmoral mit seiner Geliebten Ferien. Simpson bezog die Suite, die zuvor Edwards Mutter, Königin Mary, regelmäßig bewohnt hatte. Im Oktober 1936 reichte Simpson ihre zweite Scheidung ein und war damit frei, ein drittes Mal zu heiraten. Im November teilte König Edward VIII. seiner Familie und dem Premierminister mit, dass er gedenke, Simpson zu heiraten.

Grundsätzlich war eine nicht standesgemäße Ehe möglich. Sie hätte Simpson zwar nicht den Status einer Königin eingeräumt, aber doch die Position einer Ehefrau. Dazu hätte es damals allerdings einer Gesetzesänderung bedurft. Die Regierung riet davon ab und die Kirche, deren Oberhaupt der König war, verweigerte ihre Zustimmung, weil Simpson bereits zwei Mal geschieden war. Für diesen Fall hatte Edward VIII. seinen Thronverzicht angekündigt. Er machte seine Ankündigung wahr. Am 10. Dezember 1936 unterschrieb der König die Abdankungsurkunde. Die Regierungszeit seines Vaters und Vorgängers hatte ein Vierteljahrhundert umfasst, seine eigene mit elf Monaten und 21 Tagen kein Jahr. Ihm folgte auf dem Thron sein nächstjüngerer Bruder Albert als George VI. Als König verlieh der ihm den Titel eines Herzogs von Windsor.

Edward hatte gehofft, dass seine Brüder ihm bei seiner Hochzeit mit Simpson zur Seite stehen würden. Bei der Trauung in Candé bei Nantes in Frankreich am 4. Juni 1937 war jedoch kein Mitglied des Königshauses zugegen.

Auch nach seiner Abdankung zeigte der Windsor Interesse für das Dritte Reich. Im Oktober 1937 war das frischvermählte Herzogspaar zu Gast bei Adolf Hitler auf dem Obersalzberg. Das Foreign Office befasste sich mit Sorge damit, während die britische Öffentlichkeit davon kaum Notiz nahm. In Regierungskreisen suchte man für den Ex-König und seine Frau ein Aufgabenfeld, um den weiteren Lebensweg des jungvermählten Paares in die gewünschte Richtung zu lenken.

Spionage für Deutschland?

Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurden die beiden mit dem von Lord Louis Mountbatten kommandierten Flottillenführer „Kelly“ nach Großbritannien gebracht. Im Range eines Generalmajors kehrte er nach Frankreich zurück, um dort die mit England verbündeten französischen und belgischen Truppen zu inspizieren. Inwieweit der Herzog dort für die deutsche Spionage tätig gewesen ist, ist bislang im Dunkeln geblieben. Es wird gemutmaßt, dass er Geheimnisse an das Deutsche Reich verraten habe.

Noch vor Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Edward auf Vorschlag des Premierministers Winston Churchill zum Gouverneur der britischen Kronkolonie Bahamas ernannt. Doch das Leben auf der fernen Inselgruppe erfüllte die beiden Windsors nicht, und so kehrten sie 1945 nach Europa zurück.

Von nun an lebten sie als Privatiers vornehmlich in Paris. Als Glamour-Paar bereisten sie die Welt und waren außerhalb Englands gern gesehene Gäste hochrangiger Staatsrepräsentanten, obwohl der Herzog und die Herzogin niemals wieder ein offizielles Amt ausfüllten. Zur königlichen Familie in England hatten sie zeitlebens ein gespanntes und von Gerüchten geprägtes Verhältnis.

Im Alter von 77 Jahren starb der Herzog von Windsor, wie andere Mitglieder seiner Familie ein starker Raucher, am 28. Mai 1972 in Paris an Kehlkopfkrebs. Sein Leichnam wurde nach Windsor Castle überführt. Wallis Simpson, die Herzogin von Windsor, überlebte Edward um 14 Jahre. Sie starb 1986 im Alter von 89 Jahren und wurde an der Seite ihres Mannes auf dem Königlichen Friedhof bei Windsor bestattet. Die Ehe blieb kinderlos.

● **Heinrich Prinz von Hannover**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, ist ein Urenkel Kaiser Wilhelms II. Er arbeitet als Verleger in Göttingen.

OPERATION MILLENNIUM

Als die Tausend-Bomber-Angriffe begannen

Vor 80 Jahre schickte „Bomber Harris“ 1047 Maschinen nach Köln

VON BJÖRN SCHUMACHER

Strategische Bombenabwürfe auf feindliches Hinterland häuften sich bereits im Ersten Weltkrieg. Frankreich, Deutschland und Großbritannien setzten Zeppelin-Luftschiffe und zweimotorige Flugzeuge ein. Von kriegsentscheidender Bedeutung war das allerdings noch weit entfernt. Winston Churchill, ab 1917 Rüstungsminister im Kabinett des liberalen Premiers David Lloyd George, entwickelte nichtsdestotrotz die Vision eines vernichtenden „Tausend-Bomber-Angriffs“ auf Berlin im Jahre 1919, falls die Feindseligkeiten bis dahin nicht beendet sein sollten.

Als späterer Luftfahrtminister wirkte Churchill maßgebend am Aufbau der Royal Air Force (RAF) mit. Sie bombardierte ab 1920 aufständische Kolonialvölker, vor allem im heutigen Irak. Als Leiter einer Staffel dort eingesetzter „Transport-Flugzeuge“ erwarb Arthur Harris das Vertrauen seines Ressortministers. „Araber und Kurden lernen nun“, schrieb er im Hochgefühl ethnischer Überlegenheit, „dass innerhalb von 45 Minuten ein ganzes Dorf ausgelöscht und ein Drittel der Bewohner getötet oder verwundet werden können.“

1925 rüstete Churchill, selbsternannter „Soldier of Christ“, auch verbal auf: „Die Schrecken von 1919 blieben in den Archiven vergraben, aber ihre Idee lebt weiter. Der Tod steht in Bereitschaft, gehorsam, abwartend, die Menschen in Massen niederzumähen, bereit, wenn man ihn ruft, die Zivilisation ohne Hoffnung auf Wiederaufbau zu Staub zu zerstampfen. Er wartet nur auf den Einsatzbefehl. Vielleicht wird es sich darum handeln, Frauen und Kinder oder die Zivilbevölkerung überhaupt zu töten.“

Barbarisch und sinnlos

Auch wenn ein „Tausend-Bomber-Angriff“ jahrzehntelang unrealistisch war, blieb der Begriff als Metapher für den totalen Luftkrieg virulent. Kräftig Fahrt nahm diese strategische Option auf, als Churchill nach zehnjähriger politischer Abstinenz ein Comeback als Marineminister feierte und Monate später, am 10. Mai 1940, in Doppelfunktion zum Premier- und Kriegsminister ernannt wurde. Am 14. Februar 1942 verkündete Charles Portal, Stabschef der RAF, die „Area Bombing Directive“ (Anweisung zum Flächenbombardement); unmittelbar danach übernahm Luftmarschall Arthur „Bomber“ Harris die Befehlsgewalt über dessen strategisches Bomberkommando.

Tausend-Bomber-Angriffe waren nur noch eine Frage der Zeit. Die Briten glaubten, kompakte Luftschläge mit hohem Brandbombenanteil würden die Durchhaltemoral deutscher Zivilisten, speziell der Industriearbeiter, und in der Konsequenz die Kampfmoral deutscher Soldaten brechen. Je länger der anfliegende „Bomberstrom“, so die Kalkulation ihrer Luftkriegsexperten, desto hilfloser die deutschen Abfangjäger und Flak-Stellungen. Hinzu kam der mit dem Begriff „Tausend Bomber“ verknüpfte Propagandaeffekt.

Anstelle von Berlin nahm Harris das näher gelegene Hamburg ins Visier eines solchen Luftschlags. Als sich dort die Wetterturbulenzen häuften, rückte Köln auf den ersten Rang seiner Zielliste. Unter dem Codenamen „Operation Millennium“ nahmen 1047 Maschinen in der Nacht vom 30. auf den 31. Mai 1942 Kurs auf die Stadt am Rhein. Nur 485 gehörten der regulären Flotte des Bomber Command an, mehrheitlich zweimotorige Vickers Wellington mit geringer Bombenlast. Den Rest musste Harris unter britischen Trainingsstaffeln „zusammenkratzen“.

890 dieser Maschinen erreichten die Kölner Innenstadt und warfen 1455 Tonnen Bomben ab, überwiegend Brandbomben. 1700 von 2500 entfachten Bränden stufte die Feuerwehr als „groß“ ein. 41.640 Wohneinheiten wurden beschädigt oder komplett zerstört, aber nur eine Flak-Stellung als einziges militärisches Objekt. 469 Menschen fanden den Tod, 5027 wurden verwundet und 45.132 obdachlos. Dank intensiver Löschtätigkeit und der Weitläufigkeit betroffener Straßenzüge brach im Zielgebiet kein Feuersturm aus.

> Dass die Dimension des strategischen Luftkriegs ab 1940 völlig ausgeblendet wird erstaunt umso mehr, als Angriffe russischer Streitkräfte auf ukrainische Zivilisten – durchaus zu Recht – heftige Empörung und die Forderung nach völkerstrafrechtlichen Sanktionen auslösen

Zwei weitere Tausend-Bomber-Angriffe trafen im Juni 1942 Essen und Bremen. Danach verzichtete die RAF vorläufig auf dieses strategische Instrument.

Ab Frühjahr 1943 gewann die RAF durch verbesserte Radar- und Zielfindungssysteme, schwere viermotorige Langstreckenbomber sowie ausgeklügelte Spreng- und Brandbombenmischungen an Schlagkraft. Ein erster Feuersturm wurde in der Nacht vom 29. auf den 30. Mai 1943 in Wuppertal-Barmen erzeugt; 3400 Menschen starben.

Vier Wochen vor der mehrtägigen Operation Gomorrha mit dem apokalyptischen Feuersturmangriff auf Hamburg ereilte Köln ein Albtraum beim sogenannten Peter-und-Paul-Angriff in der Nacht vom 28. auf den 29. Juni 1943. 540 (nach anderen Quellen 608) britische Flieger verwandelten die Rheinmetropole in ein Inferno und töteten 4377 Zivilisten. Insgesamt wurde Köln 262 Mal aus der Luft attackiert, mehr als jede andere Stadt. Über 20.000 Bombentote markieren eine Bilanz des Schreckens.

Unbefriedigende Aufarbeitung

Unbefriedigend ist die Aufarbeitung dieses Area Bombing im politischen und ethischen Diskurs. Kaum ein Jurist prüft die Frage, ob die Alliierten gegen ungeschriebenes Kriegsvölkergewohnheitsrecht oder die Artikel 23 b und g, 25 sowie 27 der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs (Haager Landkriegsordnung, 1907) verstoßen haben. Die Dimension des strategischen Luftkriegs ab 1940 wird völlig ausgeblendet. Das alles erstaunt umso mehr, als Angriffe russischer Streitkräfte auf ukrainische Zivilisten – durchaus zu Recht – heftige Empörung und die Forderung nach völkerstrafrechtlichen Sanktionen auslösen.

Was britische und US-amerikanische Luftstreitkräfte im Deutschen Reich, weiteren europäischen Ländern und zuletzt in Japan angerichtet haben, bleibt ein Zivilisationsbruch, der sich weder mit deutscher noch japanischer Kriegsschuld oder der NS-Tyrannei rechtfertigen lässt. Hinzu kommt, dass der prognostizierte Demoralisierungseffekt ausblieb und Flächenangriffe deutlich weniger Ertrag brachten als Bombenabwürfe auf militärische Ziele. „Barbarisch, aber sinnvoll“, nannte Militärhistoriker Richard Overy das britische Area Bombing. Barbarisch und sinnlos wäre ehrlicher gewesen.

● **Dr. Björn Schumacher** ist Jurist und Publizist mit den Schwerpunkten Völkerrecht, neuere Geschichte sowie Rechts- und Staatsphilosophie.

Foto des „Manchester Daily Express“ von Bomber-Besatzungen der RAF mit der Originalbeschreibung: „Men who helped to make history over Cologne in the early hours of May 31, 1942“ *Foto: Ullstein*

SOPHIE FRIEDERIKE

Der „einzige Mann am Hof“

Vor 40 Jahren starb Romy Schneider (siehe Seite 21). Wenn sie später auch mit der Rolle der „schönsten Monarchin der Welt“ fremdelte und unter dem damit verbundenen Image litt, so verdankt sie doch ihren Durchbruch vor allem der Sissi-Trilogie. Dort hat die Haupt- und Titelfigur eine Gegenspielerin in der gestrengen Tante und Schwiegermama, dargestellt durch Vilma Degischer.

Manches über diese Erzherzogin Sophie ist richtig dargestellt und insofern lehrreich, sollte man sich also getrost merken. Beispielsweise trennte die beiden Frauen tatsächlich ein diametrales Verhältnis zu den Ungarn. Gemein hatten die beiden hingegen ihre Herkunft aus Bayern. So wurde die Erzherzogin als Wittelsbacher Prinzessin Sophie Friederike Dorothea Wilhelmine von Bayern am 27. Januar 1805 in München geboren. Ihr Vater war Bayerns König Maximilian I. Joseph, sie selbst über ihre Schwestern Elisabeth Ludovika und Ludovika Wilhelmine Schwägerin sowohl von Preußens König Friedrich Wilhelm IV. als auch von Elisabeths Vater, Herzog Max Joseph in Bayern.

FOTO: SCHÖNHEITENGALERIE

Vor 150 Jahren gestorben: Sophie

Über ihren Vater war sie eine Halbschwester von König Ludwig I., der sie von Joseph Stieler für seine Schönheitengalerie in Schloss Nymphenburg malen ließ. Neben Schönheit und Herkunft bildete eine weitere Gemeinsamkeit mit ihrer berühmteren Schwiegertochter, dass auch ihre Eltern sich persönlich um ihre Kinder kümmerten und die Erziehung freiheitlich war, was in Sophies Falle das Anhalten zur Disziplin allerdings nicht ausschloss.

Wenn die Erziehungsmethoden der Eltern auch modern gewesen sein mögen, so betrieb Sophies Vater doch eine konventionelle Heiratspolitik und begrüßte die Absicht des österreichischen Kaisers Franz I., dessen zweiten Sohn Franz Karl mit seiner Tochter zu vermählen.

Sie war von der ersten Begegnung mit ihrem Zukünftigen weniger begeistert. Dass sie nach der Hochzeit im Jahre 1824 in der Heimat ihres Gemahls als „einziger Mann am Hof“ bezeichnet wurde, sagt nicht nur etwas über ihren Gatten Franz Karl und dessen älteren Bruder Ferdinand, der 1835 als Ferdinand I. Nachfolger des gemeinsamen Vaters wurde, aus.

Als Folge der 48er Revolution verzichtete Ferdinand auf die Regierung. Nicht zuletzt Sophie sorgte dafür, dass es auch ihr Mann tat, sodass ihr gemeinsamer Ältester als Franz Joseph neuer Kaiser wurde.

Ungeachtet dieses Einsatzes für ihren Erstgeborenen gilt als ihr Lieblingssohn ihr zweiter, Ferdinand Maximilian. Dessen Erschießung in Mexiko 1867 folgte ihr Rückzug aus der Politik und fünf Jahre später, am 28. Mai 1872, ihr Tod in Wien. *Manuel Ruoff*

Multi-Unternehmer Elon Musk will noch dieses Jahr auftankbare Raketen ins All bringen: Musks Raumfahrtstützpunkt in Boca Chica, Texas *Foto: imago/VWPics*

RAUMFAHRT

Der nächste Sprung ins All steht bevor

Schneller, größer, weiter: Mit revolutionären Neuentwicklungen planen gleich mehrere Akteure, die Grenzen des bislang Möglichen zu überwinden

VON WOLFGANG KAUFMANN

Ohne die gewaltige Trägerrakete Saturn V hätten die USA niemals Menschen auf den Mond schicken können. Allerdings fanden nur 13 Starts des 3000 Tonnen schweren Kolosses statt, bevor dessen Bau 1973 eingestellt wurde. Seitdem vermochte es kein Weltraumtransportsystem, mehr als 100 Tonnen Nutzlast ins All zu hieven: Das Space Shuttle der USA brachte es hier lediglich auf 24,5 Tonnen und die stärkste für den Dauereinsatz taugliche sowjetische beziehungsweise russische Trägerrakete Proton-M auf 21 Tonnen. Ebenso liegt die Kapazität des momentan leistungsstärksten Trägers Falcon Heavy des privaten US-amerikanischen Herstellers SpaceX, dessen Erstflug 2018 erfolgte, bei maximal 64 Tonnen.

Doch nun stehen gleich zwei Anwärter auf die Nachfolge der Saturn V bereit: die Schwerlastrakete Space Launch System (SLS) der US-Raumfahrtbehörde NASA mit bis zu 130 Tonnen Nutzlast und das Starship-Super-Heavy-Tandem von SpaceX, dessen Nutzlast gleichfalls bei 100 bis 150 Tonnen liegen soll.

Der erste SLS-Start ist schon für diesen Sommer im Rahmen der Mission Artemis 1 geplant. Deren Ziel besteht darin, das Raumschiff Orion auf einen unbemannten Testflug zum Mond zu schicken, bevor dann im Mai 2024 bei Artemis 2 die erste Reise von Menschen zu unserem Erdtrabanten seit Dezember 1972 ansteht, allerdings noch ohne die Oberfläche zu betreten. Die Landung auf dem Mond bleibt nämlich den Astronauten der Mission Artemis 3 irgendwann im Jahre 2025 oder 2026 vorbehalten.

Konkurrenz lobt Elon Musks Projekt

Zu den sonstigen Einsatzmöglichkeiten des SLS gehört der Start innovativer Raumsonden für die Erkundung der noch wenig erforschten äußeren Bereiche unseres Sonnensystems mit einer bis zu zwölfmal höheren Masse als die bisher Entsandten. Hierunter fallen beispielsweise Neptune Odyssey, die 2033 starten und neben dem blauen Riesenplaneten Neptun auch dessen Mond Triton erkunden soll, Enceladus Orbilander zur Suche nach Leben im Wasserozean des sechstgrößten Saturnmondes und Persephone, die nach ihrem Abflug im Jahre 2031 bis 2058 über den Pluto hinaus in den Kuipergürtel vorstoßen könnte.

Allerdings zeigen sich am letztgenannten Beispiel auch schon die Grenzen des SLS. Diese liegen neben den enormen Kosten für jeden einzelnen Start der „Einwegrakete“ von über vier Milliarden US-Dollar in dem Fehlen einer Möglichkeit, die Sonden im All aufzutanken, was deren Geschwindigkeit stark limitiert.

Dahingegen ist das Raumschiff der Firma SpaceX von Elon Musk, dessen Erstflug ebenfalls noch dieses Jahr erfolgen soll, sehr viel kostengünstiger, weil mehrfach wiederverwendbar – und die Fähigkeit zum Nachfüllen des beim Start verbrauchten Treibstoffs in der Erdumlaufbahn vermittels entsprechender Tankschiffe gehört ebenfalls zu den Vorteilen dieser Konstruktion. Das Nachtanken im Orbit führt zu einer fünfmal höheren effektiven Leistung im Vergleich zum noch weitgehend konventionell aufgebauten SLS.

Deshalb überbieten sich viele Fachleute inzwischen in Lobeshymnen auf die Schwerlastrakete von SpaceX. So schwärmt Jennifer Heldman vom Ames Research Center der NASA, an dem Raumfahrt-Grundlagenforschung betrieben wird: „Starship ist nicht nur eine schrittweise Veränderung. Es ist ein Paradigmenwechsel.“ Beispielsweise eröffnet sich nun die reale Möglichkeit der Entsendung von Menschen zum Mars. Als weitere, vollkommen revolutionäre Mission, die wohl nur mit Musks Starship möglich wäre, gilt das Unternehmen Interstellar Probe.

Blick 2000 Jahre in die Zukunft

Seit rund 60.000 Jahren rast unser Sonnensystem durch die Lokale Interstellare Wolke (LIC), die aus Gas und Staub besteht, aber ansonsten in einer relativ leeren Region der Milchstraße liegt. In etwa 2000 Jahren dürfte sich das aber ändern. „Wir haben keine Ahnung, was daraufhin passieren wird“, geben Experten wie Pontus Brandt vom Johns Hopkins University Applied Physics Laboratory (APL) in Laurel (Maryland) ganz offen zu. Unter Umständen drohen dann auch der Erde beziehungsweise der Menschheit Gefahren größeren Ausmaßes.

Deshalb haben die Wissenschaftler des APL den Vorschlag gemacht, 2026 eine Sonde namens Interstellar Probe in die Tiefen des Weltalls zu entsenden. Diese müsste den Raum erkunden, der in der Flugbahn des Sonnensystems liegt, und dazu mit bislang nie erreichter Anfangsgeschwindigkeit die Erdbahn verlassen. Jedoch würde es selbst dann noch mehrere Generationen dauern, bis der freie interstellare Raum jenseits der LIC erreicht wäre. Ein ähnlich ehrgeiziges Unternehmen plant die Nationale Raumfahrtbehörde Chinas (CNSA) mit Interstellar Express. Ebenso will das Büro für bemannte Raumfahrt der Volksrepublik (CMSA) Flüge zum Mond und zum Mars durchführen – einschließlich der Einrichtung von Forschungsstationen dort. Dazu kommt der Aufbau eines in der Erdumlaufbahn befindlichen Orbitalen Sonnenkraftwerkes namens Zhuri.

Zur Durchführung all dieser Missionen entwickelt die China Aerospace Science and Technology Corporation (CASC) derzeit die superschwere Rakete Changzheng Jiuhao (Langer Marsch) 9, die letztlich bis zu 200 Tonnen Nutzlast tragen soll und deren Basisversion erstmals 2028 vom Kosmodrom Wenchang auf der Insel Hainan abheben könnte.

SÜDAFRIKA

Am Kap eskaliert die Wut auf illegale Einwanderer

Immer mehr Schwarzafrikaner drängen in den ehemaligen Apartheid-Staat – Einheimische haben „Bürgerwehren“ gebildet

Die Republik Südafrika hat sich nach dem Ende der Apartheid immer mehr zu einem Einwanderungsland für Menschen aus dem Raum südlich der Sahara entwickelt. Mittlerweile sind bereits über sieben Prozent der Bewohner des Landes Immigranten – wobei die Dunkelziffer, die dieser Zahl hinzuzurechnen ist, erheblich sein dürfte.

In dieser Entwicklung sieht die Mehrzahl der Angehörigen der sogenannten Regenbogennation ein gravierendes Problem: 62 Prozent der alteingesessenen Südafrikaner bewerten die Zuwanderer aus Schwarzafrika als Belastung für die Gesellschaft, weil sie für mehr Arbeitslosigkeit und Kriminalität sorgten. Hieraus resultieren zunehmend schwerere Gewaltausbrüche gegen Immigranten sowie die Gründung von ausländerfeindlichen Bürgerwehren. Von denen macht aktuell besonders eine von sich reden, nämlich die „Operation Dudula“. Die Gruppe entstand Mitte 2020 im Johannesburger Township Soweto und steht unter der Führung des charismatischen ehemaligen Piloten Nhlanhla „Lux“ Dlamini Mohlauli, der seine Gefolgsleute gerne mit markigen Sätzen aufstachelt wie: „Wir haben keine Angst vor dem Krieg.“

Das Zulu-Wort „Dudula“ steht dabei für „schieben“ beziehungsweise „zurückdrängen“ und zeigt unmissverständlich an, was das Ziel der Gruppierung ist: die notfalls gewaltsame Vertreibung aller Ausländer ohne legalen Aufenthaltsstatus, weil diese für Drogenhandel und Prostitution verantwortlich seien oder den einheimischen Arbeitskräften und Kleinunternehmern auf unlautere Weise Konkurrenz machten.

ANC-Regierung gerät in Bedrängnis

Erste gezielte Angriffe auf Immigranten fanden bereits statt und führten in den vergangenen acht Monaten wiederholt zu schweren Krawallen mit Verletzten und Toten. Mohlauli polemisiert allerdings nicht nur gegen Einwanderer, sondern ebenso gegen den seit 1994 regierenden African National Congress (ANC), welcher als der Hauptverantwortliche für die ökonomische Misere Südafrikas gilt: Die Mitglieder der „Operation Dudula“ sollten nicht nur die „illegalen Ausländer rausschmeißen“, sondern auch den ANC, der keinen Finger für die in Armut lebenden autochthonen Südafrikaner rühre. Daraufhin revanchierte sich der ANC-Vorsitzende und amtierende Staatspräsident Cyril Ramaphosa, dessen Vermögen auf 450 Millionen US-Dollar geschätzt wird, mit dem Vorwurf, die Angehörigen der Bürgerwehr „Operation Dudula“ würden genau wie „die Apartheid-Unterdrücker“ handeln.

Anders sah hingegen die Reaktion der Oppositionsparteien auf die Forderungen Mohlaulis und seiner Anhänger aus. So unterstützt die eher rechtsgerichtete Patriotic Alliance nun die Bestrebungen hinsichtlich einer Abschiebung aller Immigranten ohne Papiere, während die linksradikalen Economic Freedom Fighters sogar selbst Razzien in Unternehmen durchgeführt haben, um nach illegalen Beschäftigten zu suchen.

Bei einer offiziellen Arbeitslosenquote von 35 Prozent und einer realen von wahrscheinlich fast 50 Prozent stoßen solche Aktionen in der Bevölkerung auf deutlich mehr Sympathien als der Versuch der ANC-Führer, die drängenden Probleme Südafrikas kleinzureden und sich weiterhin persönlich zu bereichern. *W.K.*

Das Ostpreußenblatt

Preußische Allgemeine Zeitung | Gegründet 1950 | Nr. 21 · 27. Mai 2022

ALLENSTEIN

Gedenken an getötete Kinder

Am polnischen Nationalfeiertag wurden am „Galgen“ 60 Todesanzeigen aufgestellt

VON DAWID KAZANSKI

In Allenstein wurde am diesjährigen Nationalfeiertag aus Anlass der Verabschiedung der polnischen Verfassung vom 3. Mai ein besonderes Zeichen gesetzt. Kurz nach den offiziellen Feierlichkeiten wurde der sogenannte Marsch der Erinnerung an die von der russischen Armee getöteten ukrainischen Kinder veranstaltet, der auf das sogenannte Denkmal der Dankbarkeit für die Rote Armee zusteuerte. Der von Aktivisten der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit veranstaltete Umzug sollte Solidarität mit der ukrainischen Gesellschaft zum Ausdruck bringen, deren Kinder täglich in den Kampfhandlungen sterben.

Ausdruck des russischen Imperialismus

Der Marsch startete vom Konsulatsplatz in Richtung Dunikowski-Platz, wo seit 68 Jahren das sozialistische Denkmal steht, das der Volksmund „Galgen“ nennt. Das Denkmal der Dankbarkeit für die Rote Armee beschäftigt die Einwohner von Allenstein schon seit Jahren. Seit dem 24. Februar erinnert es umso mehr daran, was der russische Imperialismus war und in den Augen vieler Polen noch heute bedeutet. Die Tage des Denkmals scheinen gezählt, ebenso wie seine spöttische Botschaft, ein Ausdruck der Verachtung für die Ostpreußen, die 1945 von sowjetischen Soldaten ermordet, ausgeraubt und vergewaltigt wurden. Jedoch, es ist nicht so leicht, das Monument loszuwerden.

Am „Galgen“ wurde ein Appell des Gedenkens verlesen. Danach brachte man Holztafeln mit den Todesanzeigen der im Ukrainekrieg getöteten Kinder an. Auf ihnen standen die Namen und das Alter der Kinder: Der achtjährige Viktor fiel den Russen in Charkow zum Opfer und die vierjährige Daryna wurde in Kiew getötet. Neben ihrem steht das Namensschild des elfjährigen Jaroslaw, der in Sumy umgekommen ist. Die Leben der siebenjährigen Warwara aus Charkiw, der fünfjährigen Daria aus Hostomel und der dreijährigen Nadiya aus Sumy wurden ebenfalls ausgelöscht. Es ist schwer, alle Namen auf den Tafeln zu nennen, da mehr als 60 angebracht wurden.

Junges Leben, vom Krieg ausgelöscht: Namensschilder vor dem Denkmal der Dankbarkeit für die Rote Armee in Allenstein

FOTO: D.K.

„Alle, die dieses Denkmal, diese sowjetische Ausgeburt verteidigen, haben Blut an ihren Händen“, sagte Jerzy Szmit, der Vorsitzende der Allensteiner Abteilung der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit, und blickte bedeutungsvoll auf das Relikt des vergangenen Regimes. Der Abgeordnete Wojciech Kossakowski pflichtete Szmit bei: „Als Mitglieder von Recht und Gerechtigkeit haben wir die Entfernung dieses Denkmals aus dem Zentrum von Allenstein gefordert und werden dies auch weiterhin tun.“

Der „Galgen“ sorgt seit Jahren für Kontroversen, die sich nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine noch verschärft haben. Einige Aktivisten fordern, das Denkmal aus dem Stadtzentrum zu entfernen, andere, es zu belassen. Anhänger der konservativen Regierungspartei warfen dem Stadtpräsidenten Piotr Grzymowicz wiederholt vor, dass die Sondierungsgespräche mit Stadtbewohnern über das umstrittene Monument nur Augenwischerei seien.

Mehrheit ist für den Erhalt des Denkmals

Inzwischen wurden die Ergebnisse einer Meinungsumfrage zum weiteren Schicksal des Xawery-Dunikowski-Denkmals veröffentlicht, die das renommierte Institut für Markt- und Sozialforschung (IBRiS) zwischen dem 19. und 28. April bei einer repräsentativen Stichprobe von 1.000 erwachsenen Stadtbewohnern durchführte. Die meisten Befragten (46 Prozent) wollen, dass das Denkmal an seinem jetzigen Standort bleibt. Von diesen geben 24 Prozent an, dass detaillierte Informationen über die verbrecherischen Aktivitäten der Roten Armee in Ostpreußen aufgenommen werden müssten, und 16 Prozent möchten den Namen und die ideologische Botschaft ändern und auf die Opfer totalitärer Systeme – Faschismus und Kommunismus – ausrichten. Sechs Prozent der Befragten meinten, das Denkmal solle unverändert bleiben.

Die Umfrage zeigt auch, dass 30 Prozent der Befragten eine Verlegung des Denkmals außerhalb von Allenstein und 13 Prozent eine Versetzung auf den Kriegsfriedhof in der Militär-Chaussee wünschen. Elf Prozent der Befragten haben keine Meinung zur Zukunft des Denkmals. „Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Einwohner sehr geteilter Meinung über die Zukunft des Denkmals sind“, sagte Grzymowicz. „Es ist keine leichte Entscheidung für mich, insbesondere in der Situation, in der wir uns im Zusammenhang mit der russischen Aggression gegen die Ukraine befinden.“ Es sei daran erinnert, dass der Stadtpräsident zuvor mit Architekten, Historikern und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen zusammentraf, deren Meinungen zur Frage des Denkmals ebenfalls gespalten sind.ww

KÖNIGSBERG

Westliche Sanktionen treffen auch den Kneiphof

Wegen Exportverboten nach Russland müssen geplante Verschönerungsarbeiten verschoben werden

Der Kneiphof, heute Kant-Insel genannt, auf der sich der Königsberger Dom befindet, ist ein beliebter Aufenthaltsort der Königsberger und die meistbesuchte Touristenattraktion. Der Dom wurde zwar um die letzte Jahrtausendwende vollständig restauriert, doch seine Umgebung wurde nur sporadisch verbessert.

Vor zwei Jahren begann eine systematische Landschaftsgestaltung, die die gesamte Insel umfasst. Für die erste Phase der Verschönerungen im Jahr 2020 nahm die Stadt umgerechnet gut zwei Millionen Euro in die Hand. Mit diesem Geld wurden die Fassade des Doms neu beleuchtet, die farbige Beleuchtung von Skulpturen und Bäumen vervollständigt, Pflastersteine ausgetauscht und neue Fußwege angelegt.

Weitere drei Millionen Euro waren aus dem regionalen Haushalt für die weitere Verbesserung der Insel bereitgestellt worden. Diese Mittel sollten für die Inselpromenade, die Instandsetzung und den Bau neuer Versorgungseinrichtungen und -netze, die Einrichtung von Spielplätzen und Fahrradwegen sowie für den Bau einer Aussichtsplattform an der südlichen Promenade der Insel und den Bau neuer touristischer Infrastruktureinrichtungen verwendet werden.

Beliebtes Ziel: Der Königsberger Dom auf der Kneiphof-Insel *Foto: J.T.*

Die neuen Wirtschaftssanktionen haben diese Pläne jedoch zunichte gemacht. Vor Kurzem wurde beschlossen, das Projekt zur Verschönerung des Kneiphofs anzupassen, weil die fehlenden Baumaterialien und Ausrüstungen aus Importen berücksichtigt werden müssen. Die Entwurfsunterlagen werden nun geändert, bevor die Landschaftsbauarbeiten fortgesetzt werden können. Die Kosten für diese Änderungen belaufen sich auf rund 40.000 Euro. Diese Mittel müssen aufgebracht werden, um Ersatz für die benötigten Baumaterialien und die technische Ausrüstung zu besorgen. Außerdem müssen die technischen und archäologischen Gutachten neu erstellt werden. Es wird erwartet, dass die Änderungen noch vor Ende dieses Jahres vorgenommen werden, sodass sich der Zeitplan für die zweite Phase der Verschönerung der Insel verzögert.

Jurij Tschernyschew

MELDUNGEN

Duma wurde umbenannt

Königsberg – Das Regionalparlament in Königsberg hat zwei erwähnenswerte Beschlüsse gefasst: Die Regionalgouverneure können zum dritten Mal in Folge für das Amt des Spitzenbeamten kandidieren, was derzeit nicht möglich ist, und die lokalen Gesetzgeber bestimmen, wie viele Amtszeiten ein Gouverneur absolvieren kann. Der zweite Beschluss betrifft die Umbenennung der Regionalduma. Die Abgeordneten beschlossen, dass die Duma nur in Moskau sein könne und ein Regionalparlament „Gesetzgebende Versammlung“ genannt werden solle. Der derzeitige Vorsitzende der „Gesetzgebenden Versammlung des Kaliningrader Gebiets“, Andrej Kropotkin, sagte, dass für die Änderung der Beschilderung und die Neuausstellung von Dokumenten keine zusätzlichen Kosten anfallen würden. Die Anzahl der Ausschüsse und Abgeordneten bleibt vorerst unverändert. Das Königsberger Regionalparlament hat 40 Mitglieder. Es besteht aus fünf Fraktionen: Einiges Russland, Kommunistische Partei, Liberaldemokratische Partei Russlands, Gerechtes Russland und Partei der Rentner. *J.T.*

Heimlicher Widerstand

Königsberg – Unbekannte haben die Siegessäule auf dem Hansaplatz im Zentrum Königsbergs mit dem Schriftzug „Kein Krieg“ in großen weißen Lettern besprüht. Diese Nachricht mit Foto verbreitete der im Exil lebende Chefredakteur der oppositionellen Zeitung „Novye Koljossa“, Igor Rudnikow, via Facebook. Der regimekritische Journalist und ehemalige Stadtratsabgeordnete von Königsberg ist ein Opfer des Putin-Regimes. Von 2017 bis 2019 saß er aufgrund fingierter Anschuldigungen in Untersuchungshaft und verließ Russland nach seiner Entlassung (Die *PAZ* berichtete, Folge 25 vom 21. Juni 2019). Aus dem Ausland beobachtet er die Ereignisse in seiner Heimat. Rudnikow ist überzeugt, dass es neben dem einen Mutigen, der die Siegessäule mit der Anti-Kriegs-Parole bemalt hat, viele weitere gibt, die Putins „militärische Spezialoperation“ in der Ukraine ablehnen, es aber nicht wagen, dies öffentlich zu bekennen. *MRK*

Schleuse weiter in Betrieb

Guschienen – Die Schleuse Guzianka, die den Guschiener See mit dem Beldahnsee verbindet, wurde vor mehr als 100 Jahren in Betrieb genommen, und sie ist bis heute im Einsatz. Die Länge der Kammer beträgt 44 Meter, die Breite 7,50 Meter. Die Hubhöhe beträgt je nach Höhe des Wasserstandes bis zu zwei Meter. 2020 wurde die neue Schleuse Guzianka II in Betrieb genommen, durch die sich die Zeit des Schleusens deutlich verkürzt hat. Die alte Schleuse wird von Seglern aus der Nachbarschaft weiterhin genutzt, die zum Beldahnsee, dem Großen Guschiener See, dem Niedersee oder dem Rosch-See fahren wollen. *PAZ*

Wir gratulieren …

ZUM 101. GEBURTSTAG

Marks, **Helmut**, aus Treuburg, am 30. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Braun, **Else**, geb. **Rehfeld**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 30. Mai
Hoff, **Inge**, geb. **Baumgärtner**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 29. Mai
Wirschun, **Käthe**, geb. **Seller**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 30. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Borowski, **Edith**, geb. **Pauliks**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. Mai
Fromme, **Erika**, geb. **Marquard**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 31. Mai
Hartmann, **Edeltraud**, geb. **Lietke**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 29. Mai
Milz, **Sieglinde**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 31. Mai
Stimmel, **Renate**, geb. **Burghardt**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 29. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Breidenbach, **Erna**, geb. **Skorzenski**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 31. Mai
Fesenbeckh, **Lieselotte**, geb. **Kosziak**, aus Großgarten, Kreis Angerburg, am 30. Mai
Köring, **Elisabeth**, geb. **Romoth**, aus Treuburg, am 27. Mai
Rössel, **Edith**, geb. **Donner**, Kreis Ebenrode, am 1. Juni
Schröder, **Fritz**, aus Garbseiden, Kreis Fischhausen, am 27. Mai
Stabbert, **Erna**, geb. **Jebramzik**, aus Glinken, Kreis Lyck, am 28. Mai
Till, **Eva**, geb. **Hartmann**, aus Wehlau, am 29. Mai
Wegner, **Helga**, geb. **Stolzenwald**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 29. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Klein, **Ursula**, aus Richau, Kreis Wehlau, am 31. Mai
Losch, **Erika**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 27. Mai
Pucknat, **Waldemar**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 1. Juni
Rückemann, **Ruth**, geb. **Lottermoser**, aus Finkenschlucht, Kreis Ebenrode, am 31. Mai
Schulz, **Eva**, geb. **Schröter**, aus Neidenburg, am 1. Juni
Sehnwitz, **Dora**, geb. **Priebe**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bluhm, **Siegfried**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 29. Mai
Bruse, **Erika**, geb. **Bredow**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Cziesso, **Hilde**, geb. **Daduna**, aus Loien, Kreis Lyck, am 2. Juni
Gentek, **Anneliese**, geb. **Jakob**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 27. Mai
Heuer, **Liesbeth**, geb. **Franz**, aus Georgsfelde, Kreis Lyck, am 2. Juni
Kremp, **Helmut**, aus Stehlau, Kreis Ebenrode, am 30. Mai
Kullak, **Else**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 2. Juni
Priebe, **Gerda**, geb. **Sych**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 27. Mai
Riedel, **Gerda**, geb. **Beyer**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 29. Mai
Westphal, **Walburga**, geb. **Malies**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 82, am 2. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Graschtat, **Herbert**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 2. Juni
Hölker, **Irmgard**, geb. **Baginski**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 28. Mai
Kohn, **Charlotte**, geb. **Klemusch**, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 31. Mai
Penczek, **Karl-Heinz**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 28. Mai
Sonntag, **Günter**, aus Lyck, Bismarckstraße 56, am 28. Mai
Toffel, **Gerhard**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 30. Mai
Thurau, **Ursula**, geb. **Kirsch**, aus Freiwalde, Kreis Mohrungen, am 29. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Böttcher, **Kurt**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 29. Mai
Bulda, **Gerda**, geb. **Pyko**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 2. Juni
Doebler, **Gertrud**, geb. **Pinnow**, aus Wehlau, am 2. Juni
Freundlieb, **Margarete**, geb. **Joswig**, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 2. Juni
Grahn, **Helmut**, aus Polkehnen, Kreis Mohrungen, am 30. Mai
Knoll, **Edith**, geb. **Krause**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 27. Mai
Lemke, **Kurt**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 28. Mai
Missonnier, **Irmgard**, geb. **Bromberg**, aus Neidenburg, am 27. Mai
Tobe, **Fritz**, aus Wehlau, am 27. Mai
Winczencz, **Käthe**, geb. **Warias**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 29. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Frank, **Alfred Kurt**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 30. Mai
Friedrich, **Heinz**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 31. Mai
Krause, **Egbert**, aus Ortelsburg, am 31. Mai
Robitzki, **Kurt**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 2. Juni
Rossol, **Gerda**, geb. **Braasch**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 2. Juni
Utesch, **Hildegard**, geb. **Melzer**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Buy, **Frans du**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 31. Mai
Flöß, **Siegfried**, aus Treuburg, am 27. Mai
Gebhardt, **Frieda**, geb. **Kuizcinski**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 31. Mai
Gritzka, **Günter**, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 30. Mai
Haase, **Peter**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 28. Mai
Hardt, **Erika**, geb. **Chaberny**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 28. Mai
Hoffmann, **Alfred**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. Juni
Kappner, **Lisbeth**, geb. **Andres**, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 28. Mai
Nowozin, **Käthe**, geb. **Ceranski**, aus Fröhlichswalde, Kreis Ortelsburg und aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 28. Mai
Preuss, **Herbert**, aus Taabern, Kreis Mohrungen, am 31. Mai
Römstedt, **Edeltraud**, geb. **Lange**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 1. Juni
Schnurpfeil, **Else**, geb. **Stallbaum**, aus Norgau, Kreis Fischhausen, am 31. Mai
Siegmund, **Richard**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 29. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Augustin, **Siegfried**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 30. Mai
Benisch, **Elfriede**, geb. **Schulz**, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 1. Juni
Berger, **Johanna**, geb. **Brock**, aus Groß Notisten, Kreis Lötzen, am 28. Mai
Drescher, **Heinz**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 29. Mai
Ennulat, **Evelyn**, geb. **Madeyka**, aus Lyck, H. - Göring-Straße 4, am 2. Juni
Gand, **Werner**, aus Groß Hermenau, Kreis Mohrungen, am 27. Mai
Hillebrandt, **Edith**, geb. **Napiwotski**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 27. Mai
Ignaciuk, **Alfreda**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 27. Mai
Ignee, **Gretel**, geb. **Preuk**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 28. Mai
Kliß, **Ingrid**, geb. **Malinka**, aus Schwarzberge, Kreis Lyck, am 31. Mai
Laudien, **Helene**, geb. **Fröbus**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 2. Juni
Marten, **Ursula**, geb. **Passargus**, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 28. Mai
Mundry, **Helga**, geb. **Wichmann**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juni
Mundt, **Ilse**, geb. **Bendzko**, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 1. Juni
Pflanz, **Renate**, geb. **Golenia**, aus Treuburg, am 1. Juni
Pukallus, **Helmut**, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, am 29. Mai
Schild, **Siegfried**, aus Neidenburg, am 27. Mai
Schipper, **Siegfried**, aus Lötzen, am 29. Mai
Vieten, **Waltraud**, geb. **Karschau**, aus Georgenswalde, Kreis Fischhausen, am 31. Mai
Wiedenhöft, **Irmgard**, geb. **Nogga**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 1. Juni
Wisniewska, **Irena**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 27. Mai
Eifler, **Hans**, aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, am 26. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Aretz, **Hildegard**, geb. **Laska**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. Juni
Beilicke, **Ingelore**, geb. **Dahm**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 28. Mai
Bleyer, **Heinrich**, aus Adelshof, Kreis Elchniederung, am 31. Mai
Bögler-Reimann, **Helga**, geb. **Gloss**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 2. Juni
Donder, **Inge**, geb. **Geißler**, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 1. Juni
Eggert, **Herta**, geb. **Schlemminger**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 27. Mai
Ewald, **Claus**, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 27. Mai
Gritto, **Helmut**, aus Wilmsdorf, Kreis Wehlau, am 27. Mai
Hoppe, **Gertraud Irene**, geb. **Plogsties**, aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, am 28. Mai
Jaeckel, **Helga**, geb. **Neumann**, aus Neukuhren und Cranz, Kreis Samland, am 30. Mai
Jotzo, **Werner**, aus Funken, Kreis Lötzen, am 27. Mai
Katzinski, **Erika**, aus Treuburg, am 27. Mai
Klingsporn, **Renate**, geb. **Rock**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 29. Mai
Kloess, **Werner**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 28. Mai
Köhler, **Dorothea**, geb. **Hoelge**, aus Lyck, am 29. Mai
Lambrecht, **Rosemarie**, geb. **Drescher**, aus Imten, Kreis Wehlau, am 2. Juni
Panziera, **Ilse**, geb. **Kahlau**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 1. Juni
Plackties, **Klaus**, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 30. Mai
Pucknus, **Lothar**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 1. Juni
Robak, **Lieselotte**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 30. Mai
Scheler, **Irmgard**, geb. **Lasarzewski**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 31. Mai
Siegmund, **Karl-Heinz**, aus Lyck, am 28. Mai
Stelljes, **Elsbeth**, geb. **Krause**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 1. Juni
Wegner, **Christel**, geb. **Bolz**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Wengoborski, **Karl-Heinz**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 29. Mai
Wulf, **Elisabeth**, geb. **Meyer**, aus Struben, Kreis Neidenburg, am 27. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Babst, **Erhard**, aus Oschekau, Kreis Neidenburg, am 2. Juni
Grünke, **Dr. Udo**, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 2. Juni
Idzun-Ditz, **Erna**, geb. **Idzun**, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 27. Mai
Lesch, **Renate**, geb. **Lundschien**, aus Düßnen, Kreis Elchniederung, am 2. Juni
Romeike, **Manfred**, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Schulz, **Helga**, geb. **Kalkenings**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Schumann, **Ursula**, geb. **Dietrich**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 2. Juni
Sontopski, **Horst**, aus Großalbrechtsort, Kreis Ortelsburg, am 27. Mai
Tobe, **Klaus**, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 1. Juni
Weidemann, **Helga**, geb. **Lehmann**, aus Knäblacken, Kreis Wehlau, am 28. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Schierz, **Rosita**, geb. **Gera**, aus Treuburg, am 31. Mai
Zander, **Heinz**, aus Goldbach, Kreis Mohrungen, am 27. Mai

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 23/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 23/2022 (Erstverkaufstag 10. Juni) **bis spätestens Dienstag, den 31. Mai**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Ostpreußisches Landesmuseum

Rückkehr des Elchs, Vortrag von Kornelia Dobiáš, Mittwoch, 1. Juni, 18.30 Uhr, Eintritt: 4,- Euro, Anmeldung per E-Mail: info@ol-lg.de, oder Telefon (04131) 759950.

Jahrhundertelang war der Elch im Gebiet des heutigen Deutschlands verschwunden. Nachstellungen und Beeinträchtigung seiner bevorzugten Lebensräume waren dafür verantwortlich. Die Referentin vom Landeskompetenzzentrum Forst Brandenburg in Eberswalde, führt seit 2013 ein passives Monitoring zur Einwanderung der Elche in Brandenburg durch. Sie wird einen Überblick über das Geschehen, die Dynamik und die Probleme geben, die mit der Rückkehr der Elche verbunden sind.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre **Unterstützung** in Anspruch zu nehmen.
Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

11. Juni: Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg
25. Juni: Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Hohenstein (Ostpreußen)
1. bis 3. Juli: 8. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)
23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin
7. bis 9. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Treffen

Oldenburg – Mittwoch, 8. Juni, 15 Uhr, Stadthotel, Oldenburg-Eversten: Lebensbilder: Ostpreußen als Vertriebene in Oldenburg, in Vorträgen von Gisela Borchers: Hans Fleischer, Installateurmeister aus Königsberg, Oberbürgermeister von Oldenburg, Elfi Hoppe, Schauspielerin aus Labiau, Ostpreußen, Otto Springer, Entsorgungsunternehmen aus Gerdauen, Ostpreußen. Teilnehmer müssen sich bei mir anmelden unter Telefon (0441) 2047676.

Bericht

Oldenburg – Einen vorsichtigen Neuanfang wagte die Landsmannschaft der Ostpreußen und Westpreußen in Oldenburg mit einem gemütlichen Kaffee-Nachmittag in dem Ausflugslokal Hotel Wöbken vor den Toren Oldenburgs. Weil es für einen Halbtagesausflug nicht mehr reicht, haben wir diese zwanglose Zusammenkunft gewählt, die jeder auch ohne Auto per öffentlichem Bus erreichen kann. Wir waren 14 Personen und bestes Sommerwetter ließ uns Kaffee, Tee und Kuchen bei Klönschnack und Schabbern mit den Nachbarn und dem Gegenüber genießen. *Gisela Borchers*

FOTO: ECKARD JAGALLA

Delegierten- und Kulturtagung der Landesgruppe NRW: neugewählte und ehemalige Vorstandsmitglieder

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende**: Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin**: Elke Ruhnke, **Geschäftsstelle**: Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail**: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet**: Ostpreussen-NRW.de

Bericht

Landesgruppe – Endlich konnte am 7. Mai wieder eine Delegierten- und Kulturtagung der Landesgruppe NRW in Oberhausen stattfinden. Corona hatte die treuen Gäste vom „Haus Union“ zwei Jahre lang ferngehalten; lediglich Vorstandssitzungen waren möglich, und am 23. Oktober 2021 gab es eine erste Zusammenkunft, auf der Menno von Aden die „Reichsstraße 1 rückwärts von Eydtkuhnen bis zur Weichsel“ vorstellte. Nun freuten sich die Landsleute über das Wiedersehen.

Die Neuwahl des Vorstandes - dringend notwendig nach einer langen Zeit mit einem Notvorstand – leitete Alfred Nehrenheim mit langjähriger Erfahrung. Klaus-Arno Lemke wurde zum 1. Vorsitzenden gewählt, seine Stellvertreter sind Bärbel Beutner und Arno Schumacher. Elke Ruhnke stellte sich als Schriftführerin zur Verfügung.

Es war gelungen, Hans Heckel als Referenten zu gewinnen. In der brisanten momentanen Situation erhoffte man sich von ihm hilfreiche Erklärungen. Die Landsleute wurden nicht enttäuscht. Heckel benannte konkret die furchtbaren Auswirkungen des Ukraine-Konfliktes, um dann sachlich die Vorgeschichte und die Ursachen zu analysieren.

Angesichts der Schrecken des Ukraine-Krieges, so der Referent, entstehen Pauschalurteile über die Russen, die Völkerhass, Rassismus und diffamierende Aussagen über einen „barbarischen Nationalcharakter“ mit sich bringen. Dagegen verwahrte sich Heckel nachdrücklich. Einen „Nationalcharakter“ gebe es ebenso wenig wie eine dadurch bedingte Zwangsläufigkeit der Geschichte. Sehr deutlich vertrat er den Standpunkt, Putin müsse „gestoppt“ werden, da sonst weitere Angriffe folgen würden und ein gefährliches „Vorbild“ für den Bruch des Völkerrechts und gewaltsame Annexionen entstehen könnte. Auch die Furcht der Deutschen vor einem Dritten Weltkrieg, der aus mehreren Gründen eintreten kann, sprach Heckel an. Doch nachdrücklich wies er darauf hin, dass trotz aller Enttäuschungen (man hatte den Kalten Krieg für überwunden gehalten) und trotz der fragwürdigen Propaganda von beiden Seiten für Europa eine Zukunft ohne Russland nicht möglich sei.

Verständlich, dass sich dem eine lebhafte Aussprache anschloss. Besonders die Frage, wie Putin denn gestoppt werden und wie es danach mit der Ukraine und mit Russland weitergehen solle, bewegte die Landsleute. Heckel antwortete darauf schlicht, dass man das nicht voraussagen könne, dass Deutschland aber einen eigenen Standpunkt finden müsse und nicht nur auf Bündnisstrukturen und auf sein Angebot von finanzieller Hilfe setzen dürfe. In einer globalisierten und technisch vernetzten Welt wird das schwierig sein. Doch die Besinnung auf die preußischen Tugenden und auf das Erbe Kants könnte auch hier von Nutzen sein.

So wiesen die Landsleute, die aus dem Königsberger Gebiet stammen und seit nunmehr drei Jahrzehnten in ihrer Heimat enge Verbindungen zu den Russen dort aufgebaut haben, auf ihr Schicksal hin. Reisen in das Königsberger Gebiet sind nicht möglich, die russischen Freunde dort leiden unter den Sanktionen, die deutschen „Aktiven“ sind plötzlich nicht mehr die „Brückenbauer“, sondern die „Naiven“ oder gar die „Putinversteher“. Aber sie werden als „sture Ostpreußen“ an ihren bisherigen Zielen und Freundschaften festhalten.

Bärbel Beutner

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Vertreterversammlung

Landesgruppe – Sonntag, 19. Juni, 10 Uhr, „Haus der Heimat“, Kiel: Vertreterversammlung der Landesgruppe Schleswig-Holstein.

Auf seiner Vorstandssitzung am 7. Mai hat der Vorstand folgendes 20 Punkte-Programm beschlossen. Nach der Begrüßung, Grußworten von Gästen und Totenehrung folgt der Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden. Alsdann werden die Vereinsregularien wie Kassenbericht und Haushaltsplan abgehandelt und die Entlastung des Vorstandes beantragt. Ein ganz wichtiger Tagesordnungspunkt ist die Satzungsänderung, für die zunächst in einer Synopse die bestehende Satzung der Änderung gegenübergestellt und diskutiert werden wird. Eine Beschlussfassung ist für die nächste Sitzung vorgesehen. Die Satzungsänderung wurde von dem stellvertretenden Vorsitzenden Dieter Wenskat ausgearbeitet. Als Berater stand ihm Michael Weber von der OG Flensburg zur Seite.

Nach diesem offiziellen Teil folgt der kulturelle Teil. Den ersten Vortrag hält Stephan Ehmke vom Verband der Heimatvertriebenen Kreis Kiel e. V. (VDH) und gleichzeitig Hausherr unserer Begegnungsstätte zum Thema: „Deutsche Kolonialpolitik – Verbrechen oder Erfolgsgeschichte“ – eine Buchbesprechung. Danach Mittagspause. Den zweiten Vortrag hält Manfred Lietzow, Vorsitzender der OMV Ostholstein zum Thema: „Burgen und Schlösser im Hirschberger Tal, Niederschlesien“, die er selbst bereist hat. Nach der Kaffeepause wird Dieter Wenskat einen Film über seine Reise durch das nördliche Ostpreußen zeigen und kommentieren. Er wird auch eine weitere Reise nach Ostpreußen vorstellen.

Mit einer Aussprache und dem Ostpreußenlied wird die Veranstaltung dann ausklingen.

Hans-Albert Eckloff

Historisches Seminar

Helmstedt – Man kann sich bezüglich der regionalen Lage kaum einen besseren Platz als Helmstedt an der Grenze zwischen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt suchen, wenn man Brücken bauen will zwischen Mittel- und Ostmittel-Europa. Helmstedt, an der früheren innerdeutschen Grenze zwischen zwei an Waffen starrenden Systemen nicht nur gelegen, sondern zur Totalüberwachung des Ost-West-Verkehrs immer stärker aufgerüstet, zeigt heute in seinem „Zonengrenz-Museum Helmstedt“ die ganze Brutalität des Kalten Krieges, der fast 40 Jahre dem Heißen Krieg folgte. Wenn heute die im Dezember 2011 mit dem Europäischen Kulturerbe-Siegel der Europäischen Union ausgezeichnete „Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn“ besucht werden kann, können wir mit Dankbarkeit feststellen, dass die ehemalige hochgesicherte Grenze von ihrem Schrecken fast alles verlor, bis auf die schreckliche Erinnerung. Mögen wir die Hoffnung nicht verlieren und alles dafür tun, dass neue schreckliche Grenzen und heiße Kriege ebenso eingedämmt und schnellstens befriedet werden.

Der Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Sebastian Husen, lud mit seiner Referentin Hanna Frahm mit einem hochkarätigen, spannungsgeladenen und abwechslungsreichen Programm nach Helmstedt zum Thema „Ostpreußen: Landschaft – Geschichte – Kultur“ ein.

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Dem „Deutschen Verein MEMEL“ – Kressin/Elbert sich gegen das Unrecht aufgelehnt zu haben, allerhöchste Bewunderung.

Eine bloße innere, stille Empörung bewirkt nichts, wenn ihr nicht Taten folgen. In heutiger Zeit ist es üblich, zu allem zu schweigen.

Zeitgenossen ziehen es vor, belieben es hinter den Umständen der Zeit sich zu verstecken.

Im Namen all der vielen Sprachlosen:

Johann-Willy Matzpreiksch

ANZEIGE

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-R

Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket

Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

Der Spannungsbogen startete mit einer ungewöhnlichen Perspektive, dem „Konstrukt Heimat“, wie es sich in Musik und Brauchtum im Nachkriegsdeutschland zeigt (Josephina Strößner), wandert einfühlsam mit Jörn Pekrul auf den Spuren des deutschen Baumeisters und Architekten Friedrich Heitmann in Königsberg und führt in die unendlichen Weiten der ostpreußischen Wälder, ihren einsamen Försterhütten, Auen, Wiesen und Seen, an denen Forstmeister Hubert Geiger die still eingekehrten Zuschauer und -hörer teilhaben lässt.

Der Nostalgie entgegnend, lässt der Sprecherzieher Lienhard Hinz in seiner Sprechwerkstatt Geist, Körper und Seele der zwischenzeitlich im Rondell auf- und zueinander blickenden fast 40 Teilnehmer aus fast allen Altersklassen aktiv werden durch bewusste Lippen- und Zungenaussprache der Vokale und stimmhaften Konsonanten unserer deutschen Sprache. Höhepunkt ist das Vortragen ostpreußischer Gedichte durch die gerade erlernten Sprechtechniken, die gepaart mit heimatlicher Inbrunst ihre Authentizität zum einmaligen Erlebnis machen.

Nicht lexikografisch, sondern mit in der Familie aufgeschnappten Geschichtchen von Marjellchen und Lorbass, entreißt Siegmund R. Fröhlich die Masurische Sprache dem Verschwinden hinter dem unbarmherzigen Mantel der Geschichte. Nach der nächtlichen zima-Schlittenfahrt (=Winter) vom Bahnhof zur großelterlichen gospodarka (Hof), immer den furchterregenden zjilk (=Wolf) im Nacken, begrüßt endlich seine batscha (Großmutter) ihren Enkel mit einem köstlichen Nachtmahl.

Ännchen von Tharau, wer kennt es nicht? Gleichwohl zeigt Wolfgang Brandes mit den mäandernden Verzweigungen seiner Lied-Geschichte, welchen Reichtum an Sprache, Melodie und vor allem Liebe sowohl die „Anke van Tharaw öß“ als auch bis heute bleibt, völkerverbindend und brückenbauend.

Das Bauen von Brücken über Sprach-, Regional-, Kultur- und Religionsbarrieren gelingt mit grenzüberschreitenden, inter- und transdisziplinären Projekten, so wie es Sabine Grabowski mittels des von ihr initiierten deutsch-polnischen Projektes „Im Rücken der Geschichte – Verlorene Dörfer in Masuren“ und dem projektbegleitenden Doku-Film zeigt. Von der Natur bereits wiedereingehüllte Gräber rufen die aktiven Schüler und Studenten ebenso wie die Teilnehmer des Historischen Seminars zur historischen Wahrheitssuche auf, zu Vergebung und Versöhnung, damit die reiche Kulturlandschaft Ostpreußen eines Tages UNESCO-Kulturerbe würde und alle Kriegstreiber in ihre Schranken weist.

In diesem Sinne verlieh der Landesgruppenvorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. in Schleswig-Holstein, Edmund Ferner, Träger des Bundesverdienstkreuzes, Urkunde „für Treue und Bekenntnis zur ostpreußischen Heimat“ und Verdienstabzeichen im Auftrag des Sprechers der LO an Günter H. Hertel, dem Verfasser dieses Berichtes und Sprecher der Stadtvertreterversammlung der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. „Meine Seele summt den Ton“ noch heute. „Vergiss des Tages Streit“ möchte man laut gen Osten schreien. *Günter H. Hertel*

In Helmstedt: Ehrender, Edmund Ferner (l.), und Geehrter, Günter H. Hertel (r.) *Foto: privat*

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM Fl) e.V.

Bericht – Am 5. Mai begrüßte unser Vorsitzender Hans Legies die recht zahlreich erschienen Mitglieder zum alljährlichen Spargelessen.

Zunächst jedoch gab er noch einige Hinweise zu den nächsten Veranstaltungen. Mittwoch, 15. Juni: Ausflugsfahrt durch Angeln, Dienstag, 12. Juli: Ausflug zum Museum Warde bei Esbjerg DK „Dänemark und seine deutschen Flüchtlinge“, veranstaltet durch die Landsmannschaft Pommern. Donnerstag, 11. August: Orgelkonzert in der Kirche Adelby. Sonnabend, 13. August und 8. Oktober: Veranstaltungen der Pommerschen LM Neumünster.

Er berichtete über unser erkranktes Mitgliedes Winfried Brandes, dem wir erfolgreiche Genesung wünschen, gab einen Kurzbericht zu den Vorbereitungen für die Jubiläumsveranstaltung „70 Jahre Stein des Ostens“, in Flensburg und ermunterte die Mitglieder, Vorschläge für das Jahresprogramm 2023 zu machen. *Michael Weber*

Niedersachsen

Nachwuchspreis Heimatvertriebene

Pressemitteilung der Landesbeauftragten Editha Westmann

Biographiearbeit mit einer hundertjährigen Ostpreußin, Schicksale heimatvertriebener Prominenter im Kreis Vechta, ein vertriebenes ostdeutsches Diakonissen-Mutterhaus in der Bundesrepublik, Lebenswege heimatvertriebener junger Frauen in Ostniedersachsen: Themen, die den Nachwuchs reizen. Insgesamt sieben Protagonisten sind am Donnerstagabend im Festsaal des Alten Rathauses Hannover von der Landesbeauftragten Editha Westmann für ihre Arbeiten geehrt worden.

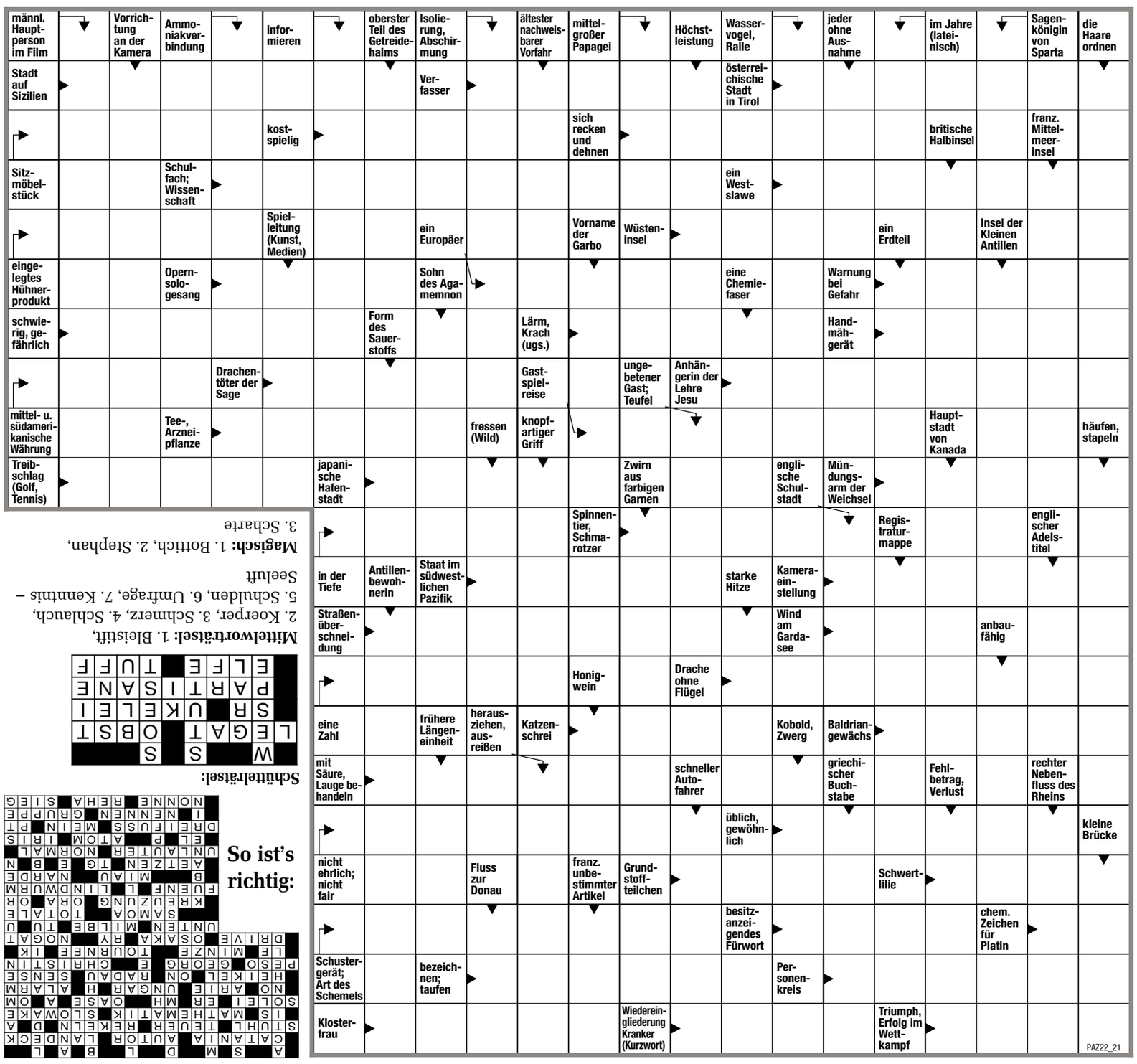
Der Nachwuchspreis war von der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler im Frühjahr 2021 erstmalig ausgelobt worden. Junge Niedersachsen, die sich in Schule, Ausbildung, Studium oder Freizeit mit der Geschichte der deutschen Heimatvertriebenen beispielhaft auseinandersetzen, konnten für diesen Preis vorgeschlagen werden. Eigenbewerbungen waren ebenfalls zulässig. Weit gefasste Vergabekriterien ermöglichten es der fünfköpfigen Jury, auch Leistungen aus dem ehrenamtlichen und privaten Bereich zu würdigen.

Die preisgekrönten Arbeiten spiegeln diese Vielfalt wider: Ein Förderpreis für wissenschaftliche Essays geht an vier Studentinnen der Universität Vechta, ein weiterer Förderpreis an einen 22-jährigen Oldenburger für die technisch-künstlerische Ausführung eines Dokumentarfilms. Weil manche Leistungen mit objektiven Kriterien nicht zu vergleichen waren, stand am Ende die Entscheidung für zwei Hauptpreise. Einen der beiden erhält eine Absolventin der Universität Göttingen für ihre Masterarbeit, den anderen eine junge Grundschullehrerin aus Stade für ihr Berichten von einer Freundschaft zu einer 80 Jahre älteren Frau.

„Als wir den Preis ausgelobt haben, konnte niemand ahnen, dass das Thema zum Zeitpunkt der Verleihung durch den Krieg in der Ukraine von einer unfassbar schockierenden Aktualität begleitet werden sollte“, so Westmann. „Der Verlust der Heimat hat schon vor über 75 Jahren Millionen Menschen schwer traumatisiert. Für junge Leute ist es heute eine enorme Herausforderung, sich dem Thema ‚Heimatvertriebene‘ zu nähern. Es kann erhellend sein, es kann tiefe Emotionen hervorrufen, es kann eine Gratwanderung sein. Unsere Preisträger haben sich auf sehr unterschiedliche Weise mit dem Thema befasst und sowohl die Jury als auch mich tief beeindruckt“, betonte die Landesbeauftragte.

Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Rätsel



Magisch: 1. Bottich, 2. Stephan, 3. Scharte

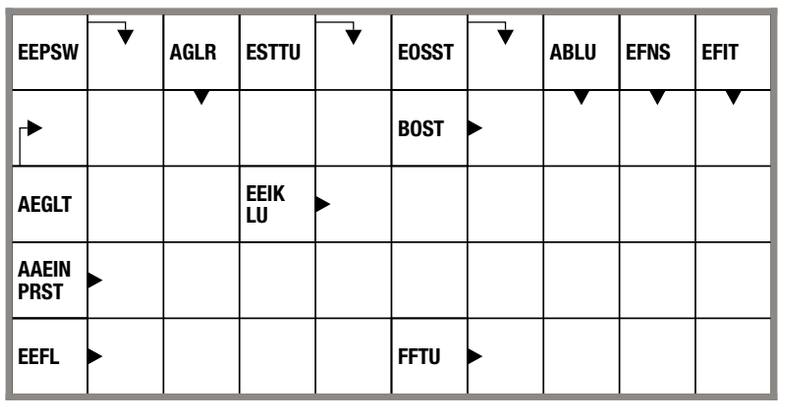
Mittelworträtsel: 1. Bleistift, 2. Koerper, 3. Schmerz, 4. Schlauch, 5. Schulden, 6. Umfrage, 7. Kenntnis – Seeluft

Schüttelrätsel:

So ist's richtig:

Schüttelrätsel

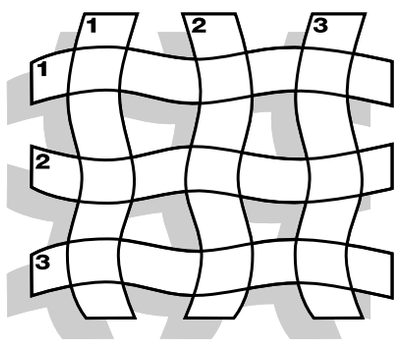
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).



Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für Reizklima (Meer).

1	DRUCK		MINE
2	FEST		BAU
3	KOPF		MITTEL
4	WASSER		BOOT
5	SPIEL		FREI
6	BLITZ		WERT
7	DETAIL		REICH



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Zuber, großes Holzgefäß
2 König und Patron Ungarns
3 Kerbe, Einschnitt

Heimatkreisgemeinschaften

Johannisburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Vorstands- und Kreistagssitzung

Sarstedt – Freitag, 10. Juni, 10 Uhr: Vorstands- und Kreistagssitzung mit TOP Haushalt und Perspektiven.

Hauptkreistreffen

Dortmund – Sonntag, 4. September: Hauptkreistreffen.

Nachruf

Wir sind betroffen und traurig, Antonie Woyzechowski, ist am Ostersonntag friedlich eingeschlafen. Antonie Woyzechowski war viele, viele Jahre ein treues und aktives Mitglied unserer Kreisgemeinschaft, bis zuletzt. Woyzechowski konnte mit ihrer ausstrahlenden Persönlichkeit viele Menschen zusammenführen und die Heimatgebiete als Leitbild voranstellen. Über Jahrzehnte unterstützte sie mit Ehemann Günter und Tochter Manuela weitreichend und nachhaltig unsere Kreisgemeinschaft. Wir alle danken dafür von Herzen. Unsere Anteilnahme gilt Ehemann Günter und Tochter Manuela mit Mathias.

Vorstand, Kreistag und alle Mitglieder

PAZ wirkt!

Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. **Geschäftsstelle:** Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgo-ev@t-online.de; **Sprechstunde:** Mo. 14-17 Uhr, Do. 14–17 Uhr

Neuer Veranstaltungsort

Hamm – Sonntag, 12. Juni, ab 10 Uhr, Kreuzkamphalle, Vereinsheim des Schützenvereins Braam-Ostwennemar, nur wenige Fahrminuten von der ehemaligen Halle entfernt, Kreuzkamp 2, 59071 Hamm Braam-Ostwennemar: Regionaltreffen der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e. V. mit folgendem Programm:

10 Uhr: Saalöffnung für alle Teilnehmer, 12 Uhr: Eröffnung und Begrüßung, Totenehrung, Grußworte, Ansprache des Kreisvertreters, gemeinsames Singen des Ostpreußenliedes und der Nationalhymne, Schlusswort des Kreisvertreters, anschließend: geselliges Beisammensein.

Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Bruderhilfe ausgezahlt

Auch wenn man in diesen Wochen nicht viel über die Kreisgemeinschaften lesen kann, so können wir melden, dass wir in unserer Heimat vor Ort im südlichen Teil unseres Kreises Preußisch Eylau in Landsberg die von der Landsmannschaft Ostpreußen zur Verfügung gestellte Bruderhilfe mit einer Aufstockung durch die Kreisgemeinschaft auszahlen konnten.

In Landsberg: Evelyn v. Borries (l.) und Gerda Westerkowsky (r.) zahlen die Bruderhilfe aus *Foto: Evelyn v. Borries*

Wir fuhren wie gewohnt ohne weitere Komplikationen zusammen mit dem Vorstandsmitglied Gerda Westerkowsky in unsere Heimat. Die Fahrt verlief wie immer ohne Kontrollen. Wir haben an einem vorher bekannt gegebenen Datum die Bruderhilfe an die noch deutschstämmigen Rentner, die im südlichen Bereich unseres Kreises leben, ausgezahlt.

Trotz des zurzeit herrschenden Krieges in der Ukraine war wie immer alles ruhig, und auch von dem dortigen Flüchtlingsaufkommen haben wir nichts bemerkt.

Allerdings erzählten uns die Vertreter der Gemeinde aus Landsberg, dass gerade in unserem Kreisgebiet viele Familien aus der Ukraine angekommen sind, da dort bereits eine größere Anzahl Ukrainer seit vielen Jahren leben. Weiterhin befindet sich in der Nähe von Landsberg eine Schule für Kinder aus der Ukraine.

Da noch überall in den Urlaubsgebieten in der Republik Polen keine Hochsaison herrscht, waren auch die Orte Lötzen und Nikolaiken in Masuren noch nicht von Touristen überfüllt und trotz des überall herrschenden schönen Wetters kaum Segelboote auf den Seen zu sehen.

Wir können also immer noch all unseren Landsleuten raten, nach Ostpreußen auch in diesem Jahr wieder zu reisen, um sich dort zu erholen. Die Preise haben wohl etwas angezogen, sind aber nicht so stark gestiegen wie im Westen. Und das Autofahren, sprich die Kosten für den Kraftstoff und auch die Hotelkosten sind bei Weitem nicht so stark erhöht worden, wie man glauben könnte.

Evelyn v. Borries und Gerda Westerkowsky

Aufruf

1945: Flucht über die Ostsee

Der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge bittet um Mithilfe

Mit zunehmender Sorge beobachtet der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. die Situation in der Ostsee, wo die Wracks von Schiffen, die 1945 in den letzten Kriegsmonaten versenkt wurden, nun durch Schatzsucher, Wracktaucher und Hobbyforscher heimgesucht werden. Viele dieser Wracks sind deutsche Seekriegsgräber und stehen unter internationalem Schutz – von einer Totenruhe unter Wasser kann aber keine Rede sein. Vielmehr werden die Toten unter Wasser von Tauchern auf der Suche nach Souvenirs ausgeplündert.

Die in den Wracks liegenden Seekriegstoten sind zumeist verwundete Soldaten und zivile Flüchtlinge aus Ostpreußen. Bekannt sind die Versenkungen der Wilhelm Gustloff, der Goya oder Steuben, doch insgesamt wurden innerhalb weniger Monate Hunderte von Schiffen und Booten versenkt. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge plante für dieses Jahr in Hamburg, am Internationalen Seegerichtshof, eine internationale Konferenz aller Ostseeanrainerstaaten, um den Schutz der Seekriegsgräber zukünftig zu verstärken. Aufgrund des Krieges in Osteuropa wird diese Konferenz nun verschoben. Sie können jedoch unter Umständen zum Gelingen der Tagung beitragen.

Wir besitzen Zahlen, Daten, Fakten und Beweise, doch etwas fehlt uns noch. Es ist uns wichtig, bei dieser Konferenz den Teilnehmern vor Augen zu führen, dass es bei jedem Seekriegstoten auch eine moralische, eine menschliche Komponente abseits von Zahlen und Fakten gibt. Hinter jedem Namen verbirgt sich ein Schicksal, steht eine Familie. Wir brauchen diese Informationen, wir brauchen diese Geschichten. Bitte unterstützen Sie den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

Haben Sie Angehörige auf See verloren? Waren Sie oder Ihre Verwandten Zeuge einer Versenkung? Dann schreiben Sie mir bitte; idealerweise direkt als E-Mail an: Christian.Luebcke@volksbund.de oder per Post an den Landesverband Hamburg, Brauhausstraße 17, 22041 Hamburg.

VOLKSBUND
Gemeinsam für den Frieden.

Auf nach Wolfsburg!

Ostpreußen aus allen Teilen Deutschlands und aus der Heimat werden am 11. Juni im CongressPark Wolfsburg zum Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen erwartet. Die Besucher können sich auf ein reichhaltiges und kurzweiliges Programm freuen.

Das Ostpreußentreffen beginnt mit einer Kranzniederlegung am Mahnmal für die deutschen Heimatvertriebenen auf dem Klieversberg. Der nur wenige Gehminuten von dem CongressPark errichtete 14 Meter hohe Obelisk gehört zu den beeindruckendsten Denkmälern für die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung im gesamten Bundesgebiet.

Ab 10 Uhr beginnt das musikalische Vorprogramm mit der Siebenbürger Blaskapelle Wolfsburg. Es folgt die Festveranstaltung, die traditionell mit dem Glockengeläut des Königsberger Domes und dem stimmungsvollen Einmarsch der Fahnen der ostpreußischen Kreise eröffnet wird. Das geistliche Wort übernimmt der aus Nidden gebürtige Pfarrer Manfred Schekahn und für die heimatverbliebenen Ostpreußen wird Heinrich Hoch, der Vorsitzende der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen, das Wort ergreifen. Höhepunkt des Vormittags ist die Ansprache des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat. Eine zweistündige Mittagspause schließt sich an, die zur kulinarischen Stärkung einlädt und Gelegenheit bietet, sich die Stände und Ausstellungen der Kreisgemeinschaften sowie der Aussteller im Foyer anzuschauen.

Der Nachmittag steht ganz im Zeichen der ostpreußischen Kultur. Auftreten werden auch die Volkstanzgruppe Saga aus Bartenstein, der Chor Heide aus Heydekrug, eine Gesangsgruppe des Hermann-Sudermann-Gymnasiums aus Memel und der bekannte Heimatsänger BernStein, der durch das Programm führt.

Es gibt also viele Gründe, nach Wolfsburg zu kommen und der Öffentlichkeit gegenüber zu dokumentieren, dass die Ostpreußen auch 77 Jahre nach Flucht und Vertreibung eine vitale Gemeinschaft sind.

Karten können im Vorverkauf zum Preis von 10 Euro (Versand zusätzlich 1 Euro) bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0, E-Mail: selke@ostpreussen.de und an der **Tageskasse** in Wolfsburg erworben werden. Aktuell gibt es seitens der Behörden oder durch den Veranstalter keine Corona-Auflagen.

ANZEIGE

BILDARCHIV OSTPREUSSEN

Ostpreußen in hunderttausend Bildern

Vor 18 Jahren begann die Erstellung der umfassendsten Bilddatenbank der ehemaligen deutschen Ostprovinz

Im Jahr 2004 ergriff der gebürtige Tilsiter Manfred Schwarz die Initiative und errichtete mit Unterstützung einzelner ostpreußischer Kreisgemeinschaften und der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) ein zentrales Bildarchiv für Ostpreußen im Internet. Mit hohem persönlichem Einsatz sprach er in der Folgezeit Privatleute, Kreisgemeinschaften und Einrichtungen an, um Bilder für das Bildarchiv Ostpreußen zu gewinnen. Für seinen Einsatz zeichnet die LO Manfred Schwarz, Thomas Mack und das ehrenamtliche Mitarbeiterteam im Rahmen des diesjährigen Ostpreußentreffens in Wolfsburg mit ihrem Kulturpreis aus. Die *PAZ* sprach mit dem Laureaten.

Eydtkau, Kreis Ebenrode: Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr 1933 *Foto: Bildarchiv Ostpreußen*

Herr Schwarz, wie ist die Idee entstanden, ein Bildarchiv Ostpreußen ins Leben zu rufen?
Bei der Frage, wie die Provinz Ostpreußen und deren Kultur im gesellschaftlichen Bewusstsein über Generationen hinweg verankert werden kann, ist eine der Antworten: Über Bilder. Bilder üben bekanntermaßen eine besondere Strahlkraft aus. Wir leben in einer Welt der Bilder. Um die Erinnerung an Ostpreußen wachzuhalten und auch zukünftig Menschen für diesen Teil Deutschlands zu interessieren, eignen sich Bilder besonders gut. Es muss demnach eine unserer vordringlichen Aufgaben sein, Bilddokumente zum Thema Ostpreußen nicht nur in verstaubten Kellern aufzubewahren, sondern aller Welt zugänglich zu machen. Archive - und insbesondere Bildarchive - sind unser Gedächtnis. Sie sichern den Fortbestand der erhalten gebliebenen Dokumente für Heimatfreunde, Ostpreußeninteressierte und -forschende.

Wie ist das Bildarchiv Ostpreußen konzipiert?
Das Bildarchiv Ostpreußen ist weit mehr als eine Bildergalerie. Moderne EDV-Methoden ermöglichen die systematische Erfassung, Dokumentation, Verortung, Katalogisierung und Langzeitsicherung der Bildbestände. Effiziente Suchverfahren steigern die Auffindbarkeit. Über das Internet hat jedermann einen bequemen Zugang zu den Materialien und zu den Mitarbeitern des Archivs. Die Erfahrung der letzten Jahre lehrt, dass Anwender weltweit miteinander über die Bilder kommunizieren und sich vernetzen. Die gesamte EDV wurde von Thomas Mack, Mitarbeiter der Technischen Universität Braunschweig, in 16-jähriger ehrenamtlicher Arbeit entwickelt. Damit sind die wichtigsten Ziele des Bildarchiv Ostpreußen umrissen. Weitere Merkmale sind: ein zentrales und umfassendes Archiv (weltweit erste Anlaufstelle für Bilder aus Ostpreußen); zurzeit 133.000 Bilder, 6.200 Karten, 14.700 dokumentierte Orte, 5200 dokumentierte Straßen, 2400 dokumentierte Gebiete, 2600 Themen, 7100 Textdokumente.

Wer kann das Bildarchiv wie nutzen?
Das Bildarchiv Ostpreußen ist im Internet unter *www.bildarchiv-ostpreussen.de* frei zugänglich. Es basiert auf dem Plattformgedanken und damit auf dem Prinzip „Geben und Nehmen“. Unter Beachtung der Urheberrechte können alle Bilder bestellt werden. Die Nutzung des Archivs soll Anwender dazu anregen, eigene Bilder aus privaten Beständen dem Archiv zur Reproduktion und Sicherung zur Verfügung zu stellen.

Wie wurde das Bildarchiv zusammengetragen? Gibt es Unterstützung seitens öffentlicher Träger/Institutionen?
Als Auftraggeber hat die Landsmannschaft Ostpreußen zum Aufbau des Bildarchivs Ostpreußen maßgeblich beigetragen. Unterstützung erfährt es durch die Heimatkreisgemeinschaften, das Ostpreußische Landesmuseum Lüneburg, das Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen, europäische Osteuropa-Institute, die Deutsche Fotothek, das Deutsche Dokumentationszentrum für Kunstgeschichte, aber auch durch öffentliche und private Sammlungen, private Bildeinsender und Heimatforscher.

Gibt es auch Kooperationen mit heutigen Bewohnern oder Archiven Ostpreußens?
Das Bildarchiv Ostpreußen arbeitet mit polnischen, russischen und litauischen Partnern zusammen, zum Beispiel beim Aufbau lokaler Archive und Museen.

Welche Suchmöglichkeiten bietet das Bildarchiv?
Das umfangreiche Datenbanksystem ermöglicht neben einer einfachen Volltextsuche komplexe Suchabfragen durch Kombination verschiedenster Kriterien, wie das Suchen von Bildern über Navigation in Karten (Geotagging), die Suche mit Bildern (Ähnlichkeitssuche) auf Basis künstlicher Intelligenz. Diese Suche wurde dem Bildarchiv Ostpreußen von der „Visual Recognition Group der Czech Technical Group (CTU)“ zur Verfügung gestellt.

Wie organisieren und finanzieren Sie die Pflege und Erweiterung der Datenbanken?
Die laufenden Kosten trägt die Landsmannschaft Ostpreußen. Die umfangreichen Arbeiten zur Digitalisierung und Dokumentation der Bilder werden von einer Gruppe Ehrenamtlicher geleistet. Insbesondere für die Auswertung der umfangreichen Ostpreußen-Literatur sind zusätzliche Mitarbeiter herzlich willkommen.

Das Gespräch führte Manuela Rosenthal-Kappi

● **Ostpreußentreffen** Das Bildarchiv Ostpreußen wird auf dem Treffen der Ostpreußen in Wolfsburg mit einem eigenen Stand vertreten sein. Nutzen Sie die Gelegenheit zu einem Kennenlernen. Für den Fall, dass Sie selbst Zugang zu Bildern aus dem alten Ostpreußen haben, wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie diese mitbringen und Kontakt mit uns aufnehmen: Dr. Manfred Schwarz, Am Schützenplatz 5, D-38459 Bahrdorf, Telefon +49-5358-313, project management: www.bildarchiv-ostpreussen.de, mailto: manfred.schwarz@bildarchiv-ostpreussen.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Ukrainekrieg offenbart in Polen historische Doppelzüngigkeit

Ein Dokumentarfilm kratzt am Narrativ eines Aufstandes der Oberschlesier vor 100 Jahren

„Plebiszit mit Folgen. Das turbulente Jahr 1921 in Oberschlesien“, heißt ein Film, der dieser Tage Premiere hatte und den der Verband der deutschen sozialkulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) in Auftrag gegeben hat. Dass die Produktion ein Jahr nach dem 100. Gedenkjahr der Volksabstimmung in Oberschlesien erschien, ist dem Film eher zugutegekommen. Außerhalb des Trubels von Staatsakten, die sich im rotweißem Meer polnischer Fahnen abspielten, kam die Premiere im Museum des Oppelner Landes (Muzeum Śląska Opolskiego) an einem Montag um 14 Uhr leise daher. Dennoch verbreitete sich der Film umso schneller und lauter in den elektronischen Medien.

Der Film fängt mit der Szene eines Dialoges zwischen Mutter und Tochter an. Die Mutter beweint ihre gefallenen Söhne, die Tochter bangt um ihren Ehemann, der gegen die Polen kämpft. Zudem erschwert die mitten im Dorf gezogene Grenze ihr Leben. Die junge Frau muss mehrmals täglich über die Grenze, um ihre Kühe zu melken und das Feld zu bestellen. Solche Bilder haben in Zeiten des Krieges in Osteuropa eine besonders starke Aussage.

> „Dieser Aufstand wurde militärisch mit vollem Einverständnis des polnischen Verteidigungsministeriums ... konspirativ vorbereitet.“
>
> **Ryszard Kczmarek**
> Kattowitzer Historiker

Wie soll es weitergehen? Oberschlesien 1921. Szene aus dem Film „Plebiszit mit Folgen“ *Foto: VdG Media*

„Angesichts des Krieges im Osten, den wir einhellig verurteilen, wirkt die Verherrlichung einer militärischen Lösung als Reaktion auf die friedliche Volksabstimmung wie eine Doppelzüngigkeit“, so Bernard Gaida, Vorsitzender des VdG. Er spielt dabei auf die Ereignisse nach dem Plebiszit an, den sogenannten Dritten Polnischen Aufstand, der wie der Kattowitzer Historiker Ryszard Kaczmarek im Film sagt, „nicht als Aufstand, sondern als militärischer Einsatz der polnischen Armee geplant war“, der eine Grenzverschiebung erzwingen sollte. „Dieser Aufstand wurde militärisch mit vollem Einverständnis des polnischen Verteidigungsministeriums und des polnischen Regierungschefs Wincenty Witos konspirativ vorbereitet“, unterstreicht Kaczmarek.

Diese Sicht widerspricht der in Polen gängigen Erzählung von der nationalen Auflehnung der Oberschlesier gegen die Deutschen. Gaida nennt es: „angeordnetes historisches Gedächtnis“ und will mit dem Film ein Gleichgewicht schaffen. Protagonisten äußern sich auf Polnisch mit deutschen Untertiteln, umgekehrt werden Aussagen in deutscher Sprache polnisch untertitelt.

Außer dem Professor Kaczmarek kommen im Film Waldemar Gielzok, Chef der Deutschen Bildungsgesellschaft in Oppeln, einer Organisation der Deutschen Minderheit, und der Berliner Historiker oberschlesischer Abstammung Matthias Lempart zu Wort.

Widerspruch zur polnischen Sicht

Für alle drei ist die Volksabstimmung von 1921 ein durch und durch demokratischer Akt gewesen. Auch Gaida sieht im Plebiszit einen Sieg der Demokratie, denn „zum ersten Mal in der Geschichte wurden die Bewohner danach gefragt, in welchem Staat sie leben möchten: Ob im neu geschaffenen Polen oder in der Weimarer Republik“. An der Volksabstimmung hatten 98 Prozent der Stimmberechtigten oder 1.19 Millionen Menschen teilgenommen. 40,3 Prozent stimmten für den Anschluss an Polen, 59,7 Prozent für den Verbleib bei Deutschland.

Der 27-minütige Film, der unter VdG-Media auf Youtube abgerufen werden kann, löst „eine wichtige Akzentverschiebung aus Sicht der Gegenwart“ aus, so Gaida, denn die Oberschlesier „entschieden mehrheitlich für die Zugehörigkeit zu Deutschland und dennoch wählte die polnische Seite gegen ihren Willen eine militärische Lösung und Blutvergießen“. *Chris W. Wagner*

VERGESSENE TECHNIK

Zeitbälle – einst wichtig für die Navigation

Swinemünde, Stettin und Danzig-Neufahrwasser verfügten damals an der Ostsee über diese Technik – einzig Danzig blieb

VON BRIGITTE STRAMM

Im Laufe der Zeit gab es immer wieder technische Errungenschaften, die sich dann überlebten, weil sie durch eine weiterführende Technik ersetzt wurden. Dazu zählt auch der Zeitball, das war seinerzeit eine Signaleinrichtung zum Abgleich der Schiffsuhren.

Der erste in Cuxhaven

Ein Zeitball ist ein weithin sichtbarer Signalball, der es den Seeleuten erlaubte, ihre Schiffschronometer zu synchronisieren. Die genaue Kenntnis der Uhrzeit war notwendig, um die exakte Position eines Schiffes, genauer gesagt den Längengrad, auf See zu bestimmen. Auf Vorschlag des britischen Kapitäns Robert Wauchope hatte man 1829 in Portsmouth den ersten Zeitball getestet. Der bekannteste und heute noch existierende Zeitball in Greenwich (Observatorium) folgte dann im Jahre 1833. Der erste deutsche Zeitball wurde 1875 in Cuxhaven von Hugo Lentz errichtet, nachdem 1853 beschlossen wurde, in allen wichtigen Handelshäfen im Deutschen Reich solche Anlagen einzurichten.

Der Wasserbauinspektor Bernhard Hugo Lentz, * 29. November 1828 in Hamburg; † 4. November 1903 in Ritzebüttel, damals Leiter der Hafenbauverwaltung im Amt Ritzebüttel/Cuxhaven, konstruierte einen auf einer 16 m hohen Zeitballsäule befindlichen 8 m hohen Zeitballapparat. Es war ein von einer Stange geführter Ball, bestehend aus über ein Eisengerippe gespanntes geöltes Segeltuch, von 1,5 m Durchmesser, der wurde täglich um 12 h MEZ., bzw. 1 h nach Greenwich-Zeit 3 m tief fallen gelassen. Die elektrische Auslösung wurde im Telegraphenamt, dem sogenannten Efeuhaus in der heutigen Poststraße, ab 1879 bei der Alten Liebe, durch eine Pendel-Normaluhr betätigt, die über eine eigene Posttelegrafenleitung mit der Uhr der Sternwarte in Hamburg-Bergedorf im 2-3-Tage-Rhytmus verglichen und mittels elektrischer Signale justiert wurde. Zehn Minuten vor jedem Signal zog man den Ball auf halbe, 3 Minuten vor der Zeit auf ganze Höhe. Bei Störungen wurde ein kleiner roter Ball zur halben Höhe des Gerüstes gezogen.

Weitere Zeitbälle standen in den Häfen von Wilhelmshaven, Bremerhaven, Bremen, Hamburg, Kiel, Swinemünde und Danzig-Neufahrwasser.

Den Zeitball von Swinemünde kann man noch auf alten Postkarten finden.

FOTO: SAMMLUNG HÜLSE

Zeitballsäule in Swinemünde – Der Zeitball war zunächst auf dem 1879 erbauten Lotsen-Wartthurm installiert. Dieser ersetzte die 1831 gebaute, baufällige Lotsenwarte. Da ebenfalls 1879 die Zeitballsäule errichtet wurde, wurde der Zeitball hier in Betrieb genommen

Auch befand sich einer auf dem Nordturm des Regierungsgebäudes in Stettin.

Der Zeitball auf dem Leuchtturm im Hafen von Danzig-Neufahrwasser [Nowy Port], der im übrigen immer noch als einer der schönsten an der Ostseeküste gilt, wurde 1876 erstmalig im Bereich der Ostsee auf einem Holzturm installiert, dann 1894 auf der Spitze des neu erbauten Leuchtturms. Der Turm leistete bis 1984 seinen Dienst und ging dann in Privatbesitz über. Seit 2004 wurde der Leuchtturm wieder für die Öffentlichkeit freigegeben. In seinem Inneren kann man gut erhaltene historische Apparaturen sowie eine faszinierende Ausstellung über Leuchttürme anschauen. Seit 2008 ist hier wieder die alte Zeitball-Technik zu bewundern. Man erfährt auch die interessante deutsch-polnische Geschichte des Besitzers, der den Leuchtturm nebst Zeitball zu neuem Leben erweckt hat. Der alte Leuchtturm von Danzig-Neufahrwasser wurde leider 2012 abgerissen. Er wurde 1842/1843 am Ende der Hafenmole an der Hafeneinfahrt erbaut.

Zeitbälle gab es aber nicht nur in den Häfen, sie wurden auch errichtet um den Bürgern die exakte Zeit anzuzeigen oder einfach nur als Attraktion. Uhrmacher hatten z.B. Zeitbälle auf ihren Häusern oder auch im Schaufenster ihres Ladens. Daher gab es sie auch in Berlin, Dessau, Jena und Nürnberg.

Es gab ungefähr 360 Zeitballstationen in ca. 260 Orten weltweit, aber nicht zeitgleich, 1908 waren es z.B. 254. Mit der Erfindung des Funkverkehrs wurden sie überflüssig. Heute existieren noch etwa 40 Zeitballstationen, aber keine in Deutschland.

FOTO: SAMMLUNG HÜLSE

In den 1920er Jahren wurden die meisten Zeitbälle rückgebaut, nachdem ab 1907 Zeitzeichensender eingesetzt wurden. Interessant: In New York wurde zu Silvester 1907 am Wolkenkratzer One Times Square, der Times Square Ball installiert, der seitdem alljährlich eine Minute vor dem Jahreswechsel mit einem Countdown an einem Fahnenmast herabgelassen wird. Diese traditionelle Ball Drop genannte Zeremonie zählt zu den Höhepunkten der US-amerikanischen Silvesterfeierlichkeiten und wird mittlerweile weltweit übertragen. Sie basiert auf der Idee des Zeitballs.

● **Info** Der Sammler Klaus Hülse betreibt seit 20 Jahren eine überaus interessante WEB-Seite mit Abbildungen und Angaben von Leuchttürmen, Zeitbällen, Zeitkanonen usw., weltweit. Das Anschauen lohnt. www.leuchtturm-welt.net

VOR 200 JAHREN

Astronom aus Burg Stargard sorgte für Schlagzeilen

Christian Karl Ludwig Rümker wirkte an den Sternwarten in Sydney und Hamburg – er erhielt zahlreiche Ehrungen

Christian Karl Ludwig Rümker stammte aus Burg Stargard, hatte ein turbulentes Leben und erlangte an verschiedenen Hauptwirkungsstätten in Norddeutschland und Australien vor allem als Astronom internationale Bekanntheit.

Zahlreiche Ehrungen

Der 22. Mai 1822 sorgte bei ihm für einen Höhepunkt. Er übernahm die neue Sternwarte bei Sydney in Australien, war bei der Himmelsbeobachtung dort in der Folge überaus erfolgreich. Weitere Ehrungen folgten. Das reichte von der Berufung in internationale Akademien sowie Wissenschafts-Gesellschaften und Goldmedaillen des Königreiches Hannover sowie der Astronomischen Gesellschaft in London über die Ehrendoktorwürde der Universität Greifswald bis zur Berücksichtigung in der Eingangshalle des berühmten Hamburger Rathauses, wo ihm inmitten anderer Hamburger Berühmtheiten eine Ehrensäule mit Porträt-Medaillon gewidmet ist. Dagegen ist er inzwischen in seiner eigentlichen Heimatregion nur noch wenigen Historikern ein Begriff.

Karl Rümker wurde am 18. Mai 1788 in Burg Stargard geboren. Er war das jüngste von fünf Kindern. Die Eltern waren die Neubrandenburger Apothekertochter Dorothea Maria Siemerling und Justus Friedrich Rümker, der nach erster Advokatentätigkeit in Neubrandenburg nun als Gerichtsverwalter in Burg Stargard fungierte.

Karl absolvierte nach erster heimischer Beschulung das Berliner Gymnasium zum Grauen Kloster, schloss dann die Berliner Bauakademie mit dem Titel eines „Bauconducteurs“ ab und wirkte kurze Zeit in Hamburg als Mathematiklehrer. 1809 heuerte der junge Mann voller Abenteuerlust als Seemann an. Rümker befuhr mit Schiffen der Ostindischen Compagnie die Weltmeere, wechselte dann zur britischen Marine mit Kriegsteilnahme gegen Frankreich und stieg zum Seeoffizier auf, den besonders die Navigation interessierte. Nach seinem Abschied aus der Marine und Rückkehr nach Hamburg wirkte der nunmehr erfahrene Navigator als Lehrer an der Navigationsschule der Hansestadt. Dann aber folgte er nach mehreren Jahren dem Ruf von Thomas Brisbane, den er aus dem Dienst in der britischen Marine kannte. Der Brite ging von England nach Australien, wurde dort Gouverneur von New South Wales und ließ sofort an seinem Amtssitz Parramatta die erste Sternwarte auf dem Kontinent erbauen. Rümker wurde der erste Leiter, beobachtete den Himmel, sorgte für die zweite Wiederentdeckung eines Kometen nach dem Halleyschen Kometen und erlangte mit seinen Aufzeichnungen sowie Entdeckungen erste internationale Bekanntheit.

Stargard in Australien

Gouverneur Brisbane war begeistert und überließ dem Deutschen 4000 Quadratkilometer Land, das er nach seinem Geburtsort benannte. Als er für die Fertigstellung eines „umfangreichen Sternekatalogs für den südlichen Himmel“ 1829 zur Beschaffung neuer Instrumente nach London reiste, wurde er in Intrigen der „Royal Astronomical Society“ verwickelt, an die wohl auch sein bisheriger Gönner Brisbane beteiligt war.

Das bewog Rümker zum Wechsel nach Hamburg, wo er sofort die Leitung der Sternwarte übertragen bekam und zusätzlich auch wieder die Navigationsschule übernahm. Er steigerte die Schülerzahl der Schule binnen weniger Jahre von 60 auf 250, vermittelte den Seeleuten gründliche Navigationskenntnisse und erfreute sich damit größter Wertschätzung. Dazu sorgte er als Chef der Hamburger Sternwarte mit seinen Beobachtungen und einem neuartigen Katalogprojekt mit 12 000 Sternpositionen für internationales Aufsehen.

Rümker stand mit anderen bekannten Astronomen im Gedankenaustausch, wurde in zahlreiche internationale Fachgremien berufen und erhielt immer wieder Auszeichnungen. Doch trotz der wachsenden Unterstützung durch seine Frau und durch seinen Sohn aus einer früheren außerehelichen Beziehung wuchs ihm das auferlegte Arbeitspensum über den Kopf. Rümker schwächelte, stürzte 1854 von einer Beobachtungsleiter und zog sich nachwirkende Gelenkverletzungen zu. Er musste sich stark einschränken, übergab 1857 die Hamburger Sternwarte in die Hände seines Sohnes George und wechselte mit seiner Frau zur besseren Heilung in den Süden nach Lissabon. Dort erreichte ihn die Nachricht von der Berufung in die Deutsche Akademie der Naturforscher „Leopoldina“, eine späte Genugtuung. Doch auch das südliche Klima brachte keine Gesundung. Rümker starb am 21. Dezember 1862 im fernen Lissabon. Außer seiner Witwe und seinem Sohn hinterließ er ein beachtliches Lebenswerk mit vielen Erkenntnissen, die er in zahlreichen Schriften wie dem „Handbuch der Schifffahrtskunde“ mit Seemanns-Karten veröffentlicht hatte.

Martin Stolzenau

● **Info** Literatur: George F. J. Bregman: Christian Carl Ludwig Rümker. Australias first Government Astronomer. Royal Australian Historical Society. 1960 – J. Schramm: Sterne über Hamburg. Die Geschichte der Astronomie in Hamburg. Hamburg 2010

„Werden christliche Grundsätze völlig vergessen?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„Dank für diesen Beitrag, der sich von vielen zurzeit wohltuend abhebt“

Karl Gläser, Berlin
zum Thema: Szenarien am Rande des Abgrunds (Nr. 19)

Ausgabe Nr. 21

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

HUMANES GEBOT DER STUNDE

ZU: SZENARIEN AM RANDE DES ABGRUNDS (NR. 19)

Leider stirbt die Generation, deren Leitspruch „Nie wieder Krieg“ aus leidvollen Erfahrungen gezogen wurde, jetzt unweigerlich aus. Obwohl die Vernichtungskraft moderner Waffen sicher noch größer ist als damals und das Beklagen von Opfern und Vernichtung zum alltäglichen Ton gehört, wird ein Krieg mit Worten, Taten, Sanktionen, Waffenlieferungen, Waffenausbildungen und Medienpropaganda befeuert. Werden christliche Grundsätze (Liebe deine Feinde; halte die zweite Wange hin, wenn du auf eine geschlagen wirst) völlig vergessen? Gerade die Besinnung auf christliches Handeln könnte in dieser furchtbaren Situation diplomatische Brücken bauen. Diplomatische Gespräche mit einer politischen Lösung sind das humane Gebot der Stunde.

Immerhin lassen Sie mit General a. D. Kujat jemanden mahnend zu Wort kommen, der mit 80 Jahren fast noch zur Erlebnisgeneration gehört und die verheerende Wirkung von Waffen kennt, und Sie haben den erhellenden Leserbrief von Dr. Daum abgedruckt, der wie zwei andere Leserbriefe Zusammenhänge schafft. Sicherlich sollen dadurch die Handlungen Russlands nicht entschuldigt oder verharmlost werden, allerdings kommt die Mitschuld und Mitverantwortung des Westens wie bei der NATO-Osterweiterung ins Spiel.

Laut Fischers Weltalmanach 2019 besteht der Krieg in der Ukraine seit 2014, und eine Befriedung durch die Minsker Abkommen wurde nie durchgesetzt. Dementsprechend ist der völkerrechtswidrige russische Einmarsch die furchtbare Eskalation eines bestehenden Krieges. Emotionale Ausbrüche sind angesichts schrecklicher Bilder und Kriegsgeschehnisse verständlich, aber nicht hilfreich, genauso wenig wie Vorverurteilungen und Konsequenzen daraus.

Zweimal wurde einem Antrag Russlands zur unabhängigen Untersuchung der schrecklichen Geschehnisse in Butscha im UN-Sicherheitsrat abgelehnt. Es scheint mit den Urteilen und Konsequenzen des Westens ein wenig wie eine ärztliche Therapie ohne vorherige Diagnose zu sein. Um den daraus folgenden Abbruch jeglicher Wirtschaftsbeziehungen mit Russland ohne Rücksicht auf eigene, gewaltige Nachteile zu vollziehen, will man sich anderen Despoten (Katar, Saudi-Arabien) fast ohne Bedingungen andienen und bedingungslos die Interessen der USA (will Russland schwächen) verfolgen, die wie andernorts erwähnt vielfach das Völkerrecht (Irak, Libyen, Afghanistan) gebrochen haben, was niemals zu Verurteilungen oder gar Sanktionen geführt hatte.

Ein anderer sinniger Spruch ist, dass man in Europa einen dauerhaften Frieden nicht gegen Russland, sondern nur mit Russland erreichen kann. Man hat jedoch den Gesprächsfaden mit Russland abreißen lassen, immer mehr Sanktionen und Ausschlüsse können keinen Weg in eine diplomatische Lösung bahnen. Diese scheint jedoch dringend geboten, wenn man weitere Zerstörung und Blutvergießen vermeiden will.

In diesem Krieg kann es keinen strahlenden Sieger geben, höchstens lachende Dritte wie die USA oder China, viele Opfer und eine unkontrollierte Ausweitung. Es sollte Verhandlungen ohne Vorbedingungen geben, in denen alle Seiten zu Wort kommen und ihre Interessenlage darlegen. Dabei hätten neutrale Staaten eine wertvolle Vermittlerrolle einnehmen können und nicht voreilig ihre Neutralität aufgeben sollen. Diplomatie, nicht Waffen können einen tragfähigen Frieden schaffen. Wie schreibt Brigadegeneral a. D. Dr. Erich Vad: „Jede militärische Lösung führt in die Katastrophe!“

Dr. med. Bernhard Sturn, Kitzingen

HUNGERKATASTROPHE DROHT

ZU: GETREIDE VERNICHTET (NR. 19)

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine könnte in der Dritten Welt eine Hungerkatastrophe auslösen. Die Ukraine ist die Kornkammer der Welt und exportiert hauptsächlich Weizen in Regionen außerhalb Europas in Länder, die auf diese Getreidelieferungen dringend angewiesen sind.

Russland hat jedoch die großen Häfen, in denen das Getreide normalerweise verschifft wird, blockiert. Dieser menschenverachtende Akt gehört zur Kriegstaktik des russischen Präsidenten. Hinzu kommt, dass das russische Militär Felder in der Ukraine bombardiert und in großen Mengen Getreide aus den Silos stiehlt.

In Europa kommen auf jeden Bürger statistisch betrachtet durchschnittlich 80 Kilogramm Fleisch pro Jahr. Menschen, die bewusst auf Fleisch verzichten, sind mit eingerechnet, sodass die Zahl bei den Fleischverbrauchern tatsächlich um einiges höher ist (wobei der Fleischkonsum durch die gestiegene Anzahl von Haustieren auf den durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauch der Bürger mit berücksichtigt werden muss, d. Red.).

Zum Vergleich: In Indien liegt der jährliche durchschnittliche Verbrauch bei zehn Kilogramm. Dies soll kein Appell zum Fleischverzicht sein. Ich selbst möchte auf Fleisch nicht verzichten. Aber wie so häufig im Leben ist die Menge und die Qualität entscheidend.

Fleisch ist hierzulande zur billigen Ramschware verkommen. Dies ist eine grobe Missachtung der Kreatur Tier. Dabei wäre es den Fleischerzeugern lieber, wenn sie für ihr auf nachhaltige Weise produziertes Produkt einen fairen Preis erhalten würden, anstatt den erforderlichen Gewinn über die Menge generieren zu müssen. Rund 60 Prozent des Gesamtverbrauchs an Getreide wird hierzulande an Tiere verfüttert. Das sind nahezu 30 Millionen Tonnen. Getreide, das den Menschen in der Dritten Welt für deren wichtigstes Nahrungsmittel, Brot, fehlt.

Wir im wohlhabenden Westen könnten ohne Weiteres auf Alternativen zum Fleisch umsteigen. Die Auswahl an Lebensmitteln ist groß, die Verfügbarkeit hoch. Diesen Luxus besitzen die Menschen in den ärmeren Ländern beim Getreide nicht. *Alfred Kastner, Weiden*

DIE ERSTE IM KLUB 27

ZU: ALEXANDRA – EINE LEGENDÄRE SÄNGERIN (NR. 19)

Ganz streng genommen wäre Alexandra die erste Sängerin im imaginären Klub 27 gewesen; ein Klub, deren „Mitglieder“ allesamt im Alter von 27 Jahren gestorben sind. Diesem Klub gehörten illustre Musikanten an wie: Jimi Hendrix (27.11.1942–18.9.1970), Janis Joplin (19.1.1943–4.10.1970), Jim Morrison (8.12.1943–3.7.1971), Kurt Cobain (20.2.1967–5.4.1094) und Amy Winehouse (14.9.1983–23.7.2011).

Im Unterschied zu Hendrix & Co. war Alexandra eine deutsche Sängerin, vielleicht sogar eine Liedermacherin, aber keine Musikerin, deren Wurzeln unbedingt im Blues oder in der Rockmusik zu suchen sind. Eher sang sie in ihren Liedern über ihren (Welt)Schmerz, der ihr auf der Seele brannte. Vielleicht war Alexandra sogar eine der ersten Umweltaktivistinnen, auch wenn es diesen Begriff im Jahre 1968 noch gar nicht gegeben hat.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

NATURERLEBNIS IM MOOR

ZU: DIE „BLAUE BLANKE“ AUS DEM GROSSEN MOOSBRUCH (NR. 19)

Meine Eltern wollten es warm haben und haben in der Kaksche Balis im Kreis Ragnit, nahe Kakschen und Pillkallen, wie viele andere auch ihren Torf gestochen. Ich verweise auf die ostpreußische Schriftstellerin Hildegard Rauschenbach und auch auf das Buch „Die Schwarze Mare“ von Jodocus D. H. Temme.

Auch für Frauen war das Erlebnis Natur etwas Besonderes. Meine Mutter zeigte mir das Wiesenschaumkraut, die Kuckuckslichtnelke, und wies auf den Kranichruf hin. Ich zeigte meiner Tochter am Bach das Scharbockskraut und vieles mehr. Botanik wurde unter anderem ihr Lieblingsfach. Und Enkeltochter Friederike wandte sich wiederum den Mooren zu. Könnte es möglich werden, dass sie sogar in der Kaksche Balis forscht? In meiner Heimat? *Gerda Friz, Steinhagen*

ANZEIGE

Der Impfpass: der Anfang vom Ende Ihrer Freiheit

Hier lesen Sie, was Ihnen in den nächsten Monaten bevorsteht

■ **Wir werden – im Namen des »Schutzes« der öffentlichen Gesundheit – aufgefordert, alles aufzugeben, was wichtig ist: unsere Privatsphäre, die Kontrolle über unseren eigenen Körper und unsere Grundrechte.**

Wie werden Sie darauf reagieren?

Es könnte nicht mehr auf dem Spiel stehen, denn eines ist sicher: Die Einführung von elektronischen Impfpässen und digitalen IDs durch die Regierungen dieser Welt wird den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen einschränken, das Reisen erschweren und unsere Arbeitsmöglichkeiten beeinträchtigen. Selbst wenn wir uns fügen, werden wir einem nie da gewesenen Ausmaß an staatlicher und unternehmerischer Überwachung, Datensammelwut und Verhaltenskontrolle ausgesetzt sein.

In *Gescannt* deckt Nick Corbishley die allumfassende Erosion unserer persönlichen Freiheitsrechte auf, die sich in einem alarmierenden Tempo vollzieht. Gestützt auf sorgfältige Recherchen, enthüllt der Autor, wie die Einführung von Impfpässen eine bisher unvorstellbare Verletzung der Privatsphäre und der körperlichen Autonomie darstellt. Und dass dies nur der Anfang vom Ende eines selbstbestimmten Lebens ist, wie wir es kennen und lieben.

Der Impfpass: das Instrument zur Überwachung und Steuerung der Bürger

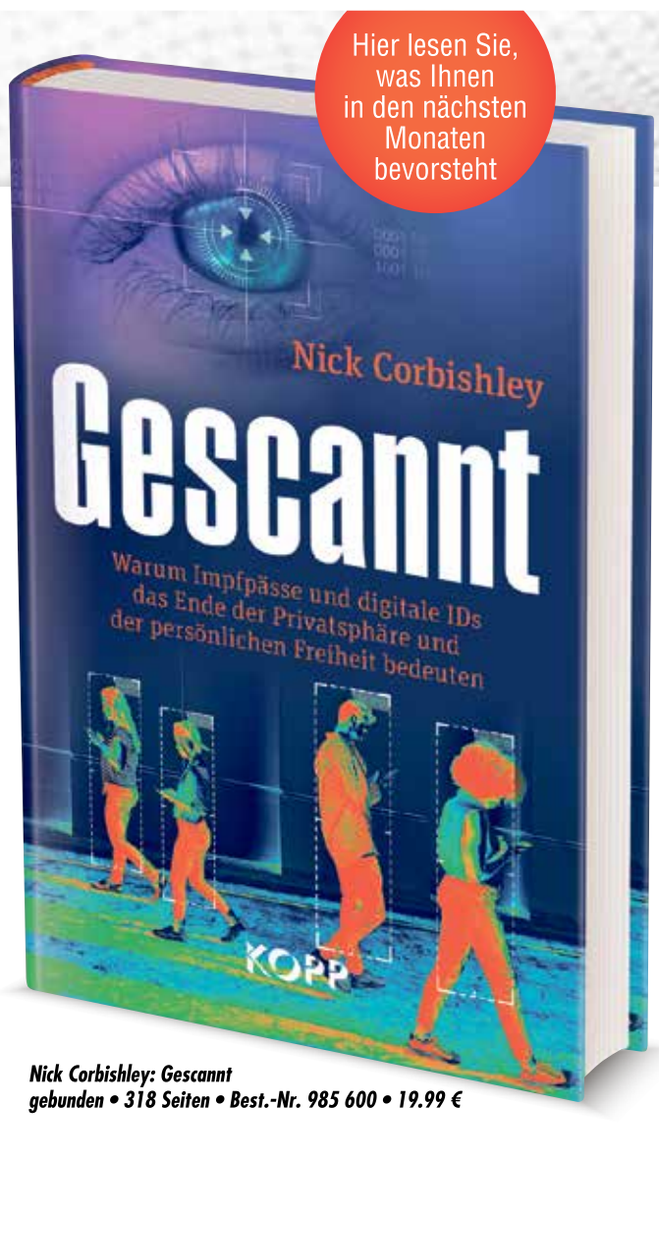
Lesen Sie in *Gescannt* darüber:

- warum der Impfpass der erste Schritt in den digitalen Überwachungsstaat ist und welche Schritte noch folgen werden;
- welche gewaltigen Auswirkungen der technologiegestützte digitale Ausweis, die Social-Credit-Systeme und die biometrische Überwachung haben werden;
- wie wir grundlegende Rechte und unsere Privatsphäre ohne unser Wissen und ohne unsere Zustimmung an den Staat und privatwirtschaftliche Unternehmen abtreten und
- wie staatliche Programme und eine zunehmende Überwachung Diskriminierung erleichtern, Kastenwesen und eine Stigmatisierung von weiten Teilen der Bevölkerung befördern.

Es geht hier nicht um eine politische Debatte zwischen »links« und »rechts«. Es geht auch nicht um »geimpft« oder »ungeimpft«. Es geht um Ihre Freiheit, globale Demokratie und darum, wie viel wir aufzugeben bereit sind. Es geht darum zu entscheiden, wann wir sagen: **»Es reicht!«**

Der Impfpass ist medizinisch sinnlos und ein Albtraum für Ihre Privatsphäre!

Widerstand – jetzt oder nie!



Nick Corbishley: Gescannt
gebunden • 318 Seiten • Best.-Nr. 985 600 • 19.99 €

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Ein Leben wie im Film

Vor 40 Jahren starb Romy Schneider, die größte Diva des deutschen Nachkriegskinos. Ihre Vita enthielt alles, was das Kino ausmacht: zärtliche Romanzen, Happy Ends – und traurige Tragödien

VON MATTHIAS MATUSSEK

Flucht vom Image der Dauer-„Sissi“: Romy Schneider in der französischen Produktion „Eine einfache Geschichte“ von 1978 *Foto: imago images / United Archives*

Als vor 40 Jahren, am 29. Mai 1982, die Nachricht von ihrem Tod die Runde machte, war es, als sei ein goldener Klang für immer aus der Welt verschwunden: Romy.

In einem ansehnlichen Haus am Königssee, in dem die in Wien zur Welt gekommene Romy Schneider ihre Kindheit verbrachte, ist eine ganze Wand reserviert für Illustriertentitel mit ihrem Konterfei: so viele Gesichter. Das einer jugendlichen Prinzessin, eines amoralischen Teenagers, einer Hure, einer Mörderin, eines jüdischen Opfers. Viele Opferrollen, einige Täterrollen, Frauen auf der Kippe. Dazwischen zunehmend zerfließende Lebensrollen, doch immer dieselbe Frau, die unwiderstehlichste und verlorenste, die das deutsche Kino je hervorgebracht hat. Eine romantische Diva.

Ein schwarzer Fluch

Magda Schneider, ihre Mutter und ihrerseits ein Filmstar, hat dieses Haus gebaut – ihren Vater Wolf Albach-Retty, ebenfalls ein Leinwandidol, hat die kleine Romy angebetet, und sie wusste schon früh und schrieb es in ihr Tagebuch: „Ich muss auf jeden Fall einmal eine Schauspielerin werden! Ja! Ich muss!“ Das ist weit mehr als pinkfarbene Mädchenträumerei. Das ist – in ihrem Fall – ein schwarzer Fluch, ganz wie im Märchen.

Unter der eisernen Regie ihrer Mutter wurde sie eine, schon in Teenager-Jahren, und selbstverständlich half Magda Schneider, der man eine Affäre mit Josef Goebbels nachgesagt hatte und die daher später dem neuen deutschen Kino als leicht zweifelhafte Figur galt, ihrer eigenen Karriere damit ebenfalls.

Heimatfilme waren die Eintrittskarte zum Erfolg, die Deutschen wollten nach der moralischen und militärischen Katastrophe der Hitlerjahre entrückt werden in eine unschuldige Gegenwelt, und nichts war unschuldiger als dieses junge Mädchen-Strahlen vor der Kulisse von Berggipfeln und Blumenwiesen in Filmen wie „Wenn der weiße Flieder wieder blüht“.

Und dann kam, 1955, „Sissi“ in die Kinos, vor der nicht nur deutsche Fans in den Staub sanken. Die ganze Welt ging in die Knie. Rund 30.000 Fans warteten auf den Rollfeldern in Madrid, in Paris und Rom, um Romy Schneider zu feiern, die mit dem „Sissi“-Film 1956 auf Promotion-Tour ging. Sie war die erste Königin der Herzen, gleich zu Beginn des hysterischen Zeitalters. Die 17-Jährige wurde von ihren Fans buchstäblich auf Händen ins Flughafengebäude getragen.

Der Sissi-Stoff lehnt sich an die theatralische Biografie der österreichischen Kaiserin Elisabeth an, die auf ihre Weise bereits Pop war: Sie war magersüchtig, schrieb Hunderte Gedichte, schmachtete in Tagebücher, sie wurde ermordet und danach kultisch verehrt. Gegen diese Elendsbiografie strahlt Romy Schneiders „Sissi“. Man kann sich heute kaum vorstellen, wie sehr ihre Kunstfigur die Seelenlandschaften der Zeit durchwühlt hat, wie sehr sie, ein paar Jahre nach der Kriegskatastrophe, die Sehnsüchte nach Anmut, Reinheit, Jugendfrische, Zartheit, Neubeginn gebündelt hat.

Zeitgenössische Märchenfigur

Wer mochte es den Kinobesuchern verdenken, wenn sie ihre Trümmerhaufen für ein paar Stunden vergessen wollten, dazu ist Kino da, das Fluchtmedium schlechthin, durch alle Zeiten. Sie war eine zeitgenössische Märchenfigur.

Königinnen der Herzen bestreiten ihren Rang aus nichts als der Zuwendung der Massen und der Magazine. Sie binden Traumenergien. Sie sind purer Pop, und Romy Schneiders tragische Lebensbahn nahm den Kometenschweif von Lady Di vorweg.

Die drei Teile – „Sissi“ (1955), „Sissi, die junge Kaiserin“ (1956), „Sissi, Schicksalsjahre einer Kaiserin“ (1957) – waren unglaublich instinktsichere Spielereien aus Zeremoniell und Natur, aus höfischer Enge und der Freiheit der Berge. Lauter kleine Fluchten und große Herzsprünge. Die Märchenkönigin gebietet selbst den Tieren, wenn die Tauben auf dem Markusplatz den Schriftzug „Sissi“ formen, und sogar die Wiesen geben sich Mühe, fotogen zu sein, wenn die jugendliche Romy auf ihnen herumtanzt und Blumen pflückt.

„Sissi“ ist kein Film, sondern Kult. Karlheinz Böhm, der junge Kaiser Franz Joseph aus „Sissi“, sammelte auf Sissi-Fanseiten für seine Afrika-Hilfe, Gothic-Fans feiern Sissi auf ihren Webseiten, sie ist göttlicher Trash weit über das Kino hinaus, und sie überzeugt immer neue Mädchengenerationen davon, wie sehr sie in ihren Poesiealben recht haben gegen die böse Welt.

Flucht nach Frankreich

Romy Schneider hatte auf diese Rolle hingelebt, sie war Sissi, und sie blieb es auf vertrackte Art bis an ihr Ende, denn diese Art von Königinnen sterben immer an gebrochenem Herzen.

Sie dreht in den Sissi-Jahren einen Kostümschinken nach dem anderen, und bald ist es das Zeremoniell des Kostümkinos, aus dem sie ausbrechen möchte. Das Volk murrt, es ist ein unsicherer Kantonist. Es schaut nicht mehr hin.

Sie spielt eine entzückende Lügnerin in „Monpti“ (1957) und in „Die Halbzarte“ (1959) die amoralische Tochter einer amoralischen Theaterfamilie, die sich ein Stück über ein amoralisches 17-jähriges Mädchen aus den Fingern saugt, um damit endlich einen Erfolg zu landen. So weitsichtig war Papas Kino schon damals: „Nichts lesen die Menschen so gern wie die Memoiren einer unmoralischen 17-Jährigen.“ Hätte doch Billy Wilder einen dieser Filme gesehen, diese absoluten Nichtigkeiten in der Meterware, die sie damals verlegten, mit diesem hinreißend frivolen Leuchten im Zentrum – er wäre nie auf die Idee gekommen, 1963 die Rolle der „Irma La Douce“ an Shirley MacLaine zu vergeben.

Dann, 1961, besetzt sie Luchino Visconti für ihre erste Theaterrolle in dem elisabethanischen Inzestdrama „Schade, dass sie eine Hure ist“, und er setzt sie dem wohl aufregendsten Kerl zur Seite, den die Schattenwelt trivialer Mythen nur ausbacken kann, Alain Delon.

Sie zieht zu ihm nach Paris, verlobt sich mit ihm. Sie dreht mit Orson Welles und Otto Preminger für den Film „Der Kardinal“, wird für den Golden Globe nominiert, doch in der Zwischenzeit hat sich Delon von ihr getrennt und sie säbelt an ihren Pulsadern herum. Ende der 60er Jahre steht sie in dem Streifen „Der Swimmingpool“ mit ihm vor der Kamera, da ist sie aber bereits über ihren Kummer hinweg und lässt die Erwartungen der Illustrierten auf ein Liebescomeback ins Leere laufen.

FOTO: MAURITIUS

Segen und Fluch einer Karriere: Romy Schneider als „Sissi“

„Synthese aller Frauen“

In den 70ern ist Romy neben Catherine Deneuve der weibliche Star des französischen Kinos. Für die deutschen Jungregisseure verkörpert sie wegen ihrer „Sissi“-Filme „Opas Kino“, das diese abschaffen wollen. In Frankreich reißen sich die Regisseure um sie. In „Das Mädchen und der Kommissar“ unter Claude Sautet, der sich in sie verliebt hat („Sie ist die Synthese aller Frauen“), strahlt sie als Straßenhure, als verführerischer und gleichzeitig unschuldig-reiner Engel der Gosse.

In den Jahren 1973 und 1974 dreht Romy Schneider, die sich inzwischen von ihrem Ehemann Harry Meyen getrennt hat, ungeheure fünf Filme in zehn Monaten, darunter Hits wie „Das wilde Schaf“, „Trio Infernal“, „Die Unschuldigen mit den schmutzigen Händen“ mit Stars wie Michel Piccoli. Sie filmt wie verrückt. Sie filmt, weil ein Leben ohne Drehbuch für sie schwer zu führen ist. Und dieses Leben verdüstert sich. Ihr Ex-Ehemann Harry Meyen, längst ausgezahlt, erhängt sich Ende des Jahrzehnts. Ihr neuer Ehemann Daniel Biasini beutet sie aus. Tatsächlich ist sie hoch verschuldet, denn schon ihr Stiefvater Blatzheim, ein Berliner Immobilienhai, hatte sie um ihre Kinoeinnahmen betrogen.

Sie trinkt. Sie kollabiert. Sie trinkt. Sie spielt. Sie öffnet ihre wunde Seele jedem Illustriertenreporter. Sie flackert. Doch sie dreht weiter und wird für „Die Liebe einer Frau“ mit dem Cesar, dem französischen Oscar, geehrt.

Die 1970er Jahre sind das überschattete Jahrzehnt. Überschattet von der Intensität, mit der Romy Schneider in ihrer Kamerasucht verglüht und im Leben entgleist.

Ihre Interviews zeigen, dass sie sich an den Polit-Sound der Tage gewöhnt hat, irgendwie. Als sie die deutsche Jüdin in „Le Train – Nur ein Hauch von Glück“ spielt, diktiert sie in die Spiralblöcke: „Ich spiele das auch deshalb, um ein Signal zu setzen gegen die Nazi-Typen, die in Deutschland immer noch etwas zu sagen haben.“

Einzigartige deutsche Film-Diva

Sie spielt in der missglückten Verfilmung von Heinrich Bölls „Gruppenbild mit Dame“ als letzten Gruß an ihr deutsches Publikum.

Eine entzündete Niere wird operiert. Ihr Sohn verunglückt tödlich, sie hat Millionen von Steuerschulden. Und mit 43 Jahren ist Romy Schneider am Ende.

Sie wird in ihrem Pariser Apartment tot aufgefunden. Trotz ärztlichen Verbots hatte sie getrunken. Aber gestorben ist sie wohl an einem gebrochenen Herzen, sie, Romy Schneider, die einzige Film-Diva, die das deutsche Nachkriegskino hervorgebracht hat.

Ihr Grab liegt im französischen Dorf Boissy Sans Avoir, und es ist Alain Delon, die erste große Liebe, der in den folgenden Jahrzehnten für den Blumenschmuck darauf sorgt.

● **Matthias Matussek** war unter anderem von 2005 bis 2008 Leiter des Kulturressorts des „Spiegel“ und später Kolumnist der Tageszeitung „Die Welt“. Zu seinen Büchern gehören „Die vaterlose Gesellschaft“ (1998), „Wir Deutschen. Warum die anderen uns gern haben können“ (2006) und „Das katholische Abenteuer. Eine Provokation“ (2011).
www.matthias-matussek.de

FÜR SIE GELESEN

Lückenfüller für den Führer

Nach „Verdammte Generation“ und „Verratene Generation“ hat der Historiker Michael Hardinghaus unter dem Titel „Verlorene Generation“ den dritten Teil seiner Generationenreihe veröffentlicht. Der Band ist den jüngsten Kämpfern des Zweiten Weltkriegs der Jahrgänge 1926 bis 1931 gewidmet, die ab 1943 in der Endphase des Krieges als Lückenfüller für den Führer verheizt wurden. Durch die Kriegspropaganda der Hitlerjugend aufgepeitscht, glaubten viele noch an den Endsieg Deutschlands. 200.000 Luftwaffenhelfer ab 15 Jahren verteidigten die deutschen Städte ab 1943 fast im Alleingang. 1945 wurden selbst 14-Jährige in Panzervernichtungstrupps eingesetzt. Alle naiven, manipulierten Kindersoldaten waren unter dem Einfluss extremer Indoktrination aufgewachsen, kannten kein anderes System als die NS-Diktatur. Bis heute leiden die Überlebenden an verdrängten Kriegstraumata.

13 Männer gaben dem erfahrenen Autor ihre persönliche Geschichte preis und riefen Bilder in ihrer Erinnerung auf, „die man sich nicht vorstellen kann, wenn man sie nicht selbst gesehen hat“. Drei von ihnen wurden als Hitlerjungen in den Volkssturm eingegliedert, einer war im Hilfsdienst der Wehrmacht. Fünf Jugendliche kämpften in der Wehrmacht, vier hatten sich als Offiziersanwärter freiwillig gemeldet. Sechs Zeitzeugen wurden teilweise schwer verletzt, sechs stammen aus den ostdeutschen Gebieten Pommern, Posen, Schlesien und Ostpreußen.

In die Chronologie der Erzählungen hat der Autor den Kriegsverlauf einbezogen. Die Protagonisten berichten über ihre teils extremen Erfahrungen in der Kriegsgefangenschaft. Mit den grauenvollen Tatsachen des Holocaust wurden die Überlebenden erst nach dem Krieg konfrontiert. Von den Vorgängen in den Vernichtungslagern wussten sie nach eigener Aussage nichts oder kannten nur Gerüchte. Ihre heutigen persönlichen Überzeugungen zu politischen und gesellschaftlichen Themen kommen zur Sprache, und der Autor hat ihre Lebenswege nachgezeichnet. „Ich habe nie für Hitler gekämpft, sondern weil ich davon überzeugt war, dass ich meine Heimat vor drohendem Unheil beschützen musste“, erklärte der 93-jährige Armin aus Königsberg. Er verließ das Flüchtlingsschiff „Goya“, kurz bevor dieses im März 1945 versenkt wurde.

Allgemeine, kompakte Informationen umfasst das Kapitel „Die deutsche Jugend im Krieg“. Erneut setzt sich der Autor kritisch mit den später aufgekommenen Vorurteilen gegenüber den Kindersoldaten auseinander, die sich kaum von den Vorwürfen unterschieden, die auch den erwachsenen Soldaten und Frauen entgegenschlugen. Für die Betroffenen war dies einer der Gründe, über ihre extremen, traumatisierenden Kriegserlebnisse zu schweigen. Daher sind die hier zusammengefassten Lebensberichte der letzten Kindersoldaten des Zweiten Weltkriegs umso wertvoller.

Dagmar Jestrzemski

Christian Hardinghaus: „Verlorene Generation. Gespräche mit den letzten Kindersoldaten des Zweiten Weltkriegs“, Europa Verlag, München 2021, gebunden, 344 Seiten, 20,60 Euro

KINDERBUCH DER WOCHE

FOTO: SHUTTERSTOCK

Wichtig für alle Lebewesen

Welche Bedeutung Bäume für das Zusammenleben von Mensch und Tier haben, wie ihre Entstehung und Verbreitung auf der Erde vonstatten geht erklärt die Österreicherin Elisabeth Etz

Das Leben der Bäume beschreibt die 1979 in Wien geborene österreichische Autorin Elisabeth Etz in ihrem Kinderbuch „Ein Baum kommt selten allein“. Ganz in Grün gestaltet kommt es daher, und lädt zu einem langen Spaziergang durch die Welt der Bäume ein. Es berichtet in acht Kapiteln ausführlich über das Leben der Bäume.

Gleich zu Beginn werden die kleinen Leser mit in das Konzept des Buchs einbezogen durch die Aufforderung, auf einer freien Fläche eine Landschaft zu malen.

Im ersten Kapitel geht es um die Frage „Wo leben Bäume und wo nicht?“. Zusammen mit allerlei Getier wie Holzböcken, Ameisen und weiteren Insekten geht man der Frage auf den Grund und erfährt spielerisch etwas über die Baumgrenze im Gebirge, den waldlosen Süd- und Nordpol, die Savanne, Wüsten und Steppen, aber auch über die Bäume in verschiedenen Ländern der Erde. Des Weiteren befasst sich die Autorin mit der Frage, was ein Baum ist, denn nicht alles, was wir als Baum bezeichnen, dürfte sich eigentlich so nennen. Wie ein Baum funktioniert, zeigt sie in Kapitel 3, denn in den Blättern geht es zu wie im Chemielabor. Bäume gehen überlebenswichtige Gemeinschaften mit anderen Lebewesen wie den Pilzen. ein. Aber auch die Tierwelt ist wichtig, und so erfährt man, dass alles miteinander in Zusammenhang steht und jeder auf den anderen angewiesen ist.

Interaktive Heransgehensweise

Kinder werden auf vielen Seiten aufgefordert, interaktiv zu sein und das Buch mitzugestalten. Am Ende gibt es Tipps, wie wir alle helfen können, die Bäume zu schützen, denn Wälder sind überaus wichtig für die Zukunft der Erde. Die Illustratorin Nini Spagl setzte die Themen in klare Abbildungen um, bei denen jeder überflüssige Schnickschnack weggelassen wurde. Es ist ein sehr informatives Buch, das Kindern sicher Spaß bereiten wird. *Silvia Friedrich*

Elisabeth Etz/Nini Spagl: „Ein Baum kommt selten allein“, leykam Verlag, Graz 2022, gebunden, 144 Seiten, 22 Euro

IRAKKRIEG

Eine ehrliche Aufarbeitung

Jeff Montrose nahm als Infanterieoffizier der US-Armee an Einsätzen im Gebiet um Samarra und Balad teil, bevor er der Armee den Rücken kehrte

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Die geschilderten Erlebnisse und Reflexionen über seinen Einsatz im Irakkrieg lesen sich spannend wie ein Krimi. In dem Buch „In der Wüste des Wahnsinns“ erzählt der als Offizier der US-Armee eingesetzte Jeff Montrose offen und ehrlich, was er in dem arabischen Land erlebt hat, und wie sich seine Sicht der Dinge allmählich veränderte.

Weil Montrose von Werten wie Loyalität, Pflicht und Mut geprägt war und fest an die freie, pluralistische und demokratische Gesellschaft glaubte, wie sie in der Verfassung der USA verankert ist, meldete er sich freiwillig für den Militäreinsatz. Im Winter 2004 wurde er als Offizier des 25. Infanterieregiments zu einem 15-monatigen Einsatz in das Gebiet um Samarra und Balad beordert, zu einer Zeit, da die Gewalt eskalierte und das Chaos immer unübersichtlicher wurde.

Ungenügend auf den Einsatz vorbereitet und überdies schlecht ausgerüstet, wich bei ihm die heroische Absicht, seinem Land zu dienen, allmählichen Zweifeln. Das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen, mit dem der Einsatz begründet wurde, konnte nicht bestätigt werden. Immer öfter stiegen Zweifel am Sinn und Zweck der gestellten Aufgaben auf. Die Realität war ein Krieg, in dem nicht einmal klar war, wer der Feind war: Sunniten, Schiiten, Iraker, Al-Kaida oder Baath-Anhänger? Die Führung vereinte sie lapidar unter dem Sammelbegriff Terroristen.

Schonungslos analysiert Montrose die Fehler der US-Außenpolitik. Zunehmend fühlte er sich von der Führung im Stich gelassen. Eindringlich beschreibt er die seelischen Nöte, denen ein Soldat im Einsatz ausgesetzt ist sowie die allmähliche Veränderung der Persönlichkeit. Bei einer Gelegenheit erschrak Montrose so sehr über sich selbst, dass seine persönliche Erkenntnis reifte, die Armee verlassen zu müssen.

Er schmiedete den Plan, in Deutschland ein neues Leben zu beginnen. Ehrgeizig lernte er zunächst die Sprache, hielt sich mit Jobs über Wasser, nahm ein Studium auf, das er mit einem Master abschloss und fand schließlich als Hochschuldozent mit dem Schwerpunkt US-Außen- und Sicherheitspolitik an deutschen Universitäten einen neuen Beruf.

Die Geschichte seines zivilen Werdegangs ist in die Kriegsschilderungen eingeflochten. Auch hier zeigt sich, dass die Kriegserlebnisse einen Soldaten nie loslassen. Mit Unterstützung seiner deutschen Frau Marianne und dem Eintritt in einen Veteranenverein gelang es Montrose schließlich, mit seinen „Dämonen“ zu leben.

Jeff Montrose: „In der Wüste des Wahnsinns. Was ich im Irakkrieg erlebt und endlich begriffen habe“, Econ-Verlag, Berlin 2021, gebunden, 277 Seiten, 21,99 Euro

RATGEBER

Das Geheimnis des Jungbrunnens

Anastasia Zampounidis gibt Empfehlungen, wie man mit richtiger Ernährung, Bewegung, Kosmetik und Lebenseinstellung schön und jung bleibt

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Mit zuckerfrei fing bei ihr alles an. Die griechisch-deutsche Fernsehmoderatorin lebt schon lang ohne industriell hergestellten Zucker. Dazu hat sie gelungene Kochbücher geschrieben. Nach den Titeln „Für immer zuckerfrei. Schlank, gesund und glücklich ohne das süße Gift“ (2017, 16 Euro), „Für immer zuckerfrei. Meine Glücksrezepte“ (2018, 18 Euro) und „Happy eating. Emotionales Essen überwinden und wirklich satt und zufrieden werden“ (2020, 18 Euro) erschien 2019 im Bastei Lübbe Verlag „Für immer zuckerfrei to go. Einfach gesund und lecker unterwegs“ und „Für immer zuckerfrei für Kids. Einfach gesund und lecker“ (je 16,90 Euro).

Geheimrezept „zuckerfrei“

Ihre Ernährung sei der Ausgangspunkt ihrer Schönheit, schreibt Zampounidis im Vorwort zu ihrem neuesten Titel „Für immer jung. Natürlich schön mit meinen Beauty-Hacks“, das den Leser motiviert: „Wenn ich es mit meinen Tipps, Tricks und Vorgehensweisen geschafft habe, jünger zu bleiben als erwartet, können Sie das ebenso.“

Diese Tipps und Tricks strukturiert sie in sechs Kapitel, deren Titel schon für sich sprechen. Im ersten Kapitel „Die Sache mit der Physis“ erklärt sie, was Altern ist und was sich beim Altern im Körper verändert. Mit dem zweiten Kapitel „Anti-Aging mit Ernährung“ stürzt sich die Fernsehmoderatorin auf ihr Hauptthema: zuckerfreie Ernährung. Dieses Kapitel nimmt fast die Hälfte des gesamten Buches ein, ohne belehrend zu wirken. Die 1968 geborene Frau mit griechischen Wurzeln lebt ihr Leben nach ihren eigenen Maßstäben und ist dabei glücklich, fidel und top in Form. Darüber schreibt sie – und mehr nicht.

In „Vitalität mal ganz realistisch gesehen“ beschreibt Zampounidis auf ihre leichte, heitere Art von ihren Erfahrungen mit Fußzonenreflexmassagen und von einfachen Yoga-Übungen.

„Damit der Glow bleibt“ enthält Rezepte für zum Beispiel Peelings und Handmasken. In „Weisheiten aus Fernost“ sind genau diese enthalten, und im letzten Kapitel schreibt die Autorin vom gesunden Schlaf, von den Vorteilen eines erfüllten Sexuallebens und vom Hormon DHEA, das den Alterungsprozess verlangsamen könnte, und wie man dessen Produktion steigern kann.

Insgesamt enthält das Buch viele Tipps und Tricks, setzt Anreize zu einem bewussten Leben und ist einfach sehr unterhaltsam zu lesen.

Anastasia Zampounidis: „Für immer jung. Natürlich schön mit meinen Beauty-Hacks“, Bastei Lübbe Verlag, Köln 2021, gebunden, 256 Seiten, 18,90 Euro

HERMANN BRACHERT

Wiederentdeckung eines bedeutenden Künstlers

Das Museum in dem ehemaligen Wohnhaus in Georgenswalde wurde rechtzeitig zum 50. Todestag des Bildhauers saniert

VON MARTIN STOLZENAU

FOTO: JT.

Die Idylle zog den Bildhauer magisch an: Sein Wohnhaus in Georgenswalde beherbergt heute das Hermann-Brachert-Museum

Georgenswalde, das jetzt Otradnoje heißt und ein Ortsteil von Rauschen [Swetlogorsk] wurde, und der Kurort Rauschen waren früher gefragte Badeorte für Königsberger und gelten inzwischen als Badewanne des Königsberger Gebiets. Hier erholte sich schon im Kaiserreich sowie in der Weimarer Republik in einer wachsenden Zahl an Villen, Ferienhäusern, Pensionen und Hotels viel Prominenz.

Georgenswalde zog einst auch den bekannten deutschen Bildhauer Hermann Brachert magisch an. Er stammte eigentlich aus Stuttgart, fungierte bis 1944 über Jahrzehnte als Kunstprofessor in Königsberg und besaß in dieser Stellung ein Sommerhaus in Georgenswalde, das inzwischen ein Kunstmuseum beherbergt. Dieses „Hermann-Brachert-Museum“ in der jetzigen Tokarew-Straße 7 ist nach längerer Renovierung mit großer finanzieller Unterstützung der russischen Regionalregierung und einer konzeptionellen Neugestaltung wieder für Besucher geöffnet. Die erhaltenen Arbeiten des deutschen Künstlers vor allem in Naturstein, Bronze sowie Bernstein genießen hier wie auch in seiner Vaterstadt Stuttgart zum aktuellen 50. Todestag eine große Wertschätzung.

Wahlheimat Georgenswalde

Brachert wurde am 11. Dezember 1890 in Stuttgart geboren. Er war der Sohn eines Geschäftsführers, besuchte zunächst die Stuttgarter Schlossrealschule, absolvierte dann eine vierjährige Lehre als Ziseleur sowie Stahlstempelschneider und studierte ab 1913 an der Kunstgewerbeschule Stuttgart. Dazu kam 1917/18 ein Architekturstudium an der Technischen Hochschule in Stuttgart. Zwischendurch heiratete er die Bildhauerin Marie von Wistinghausen. Das Ehepaar wechselte 1919 nach Königsberg, wo Hermann Brachert als Lehrer an der „Kunst- und Gewerkschule“ wirkte, neben der Bildhauerklasse auch die Goldschmiedeklasse leitete und 1924 für seine Plastiken mit der „Bronzenen Königsberger Stadtmedaille“ ausgezeichnet wurde.

Parallel engagierte sich in Königsberg auch seine Frau, die nun vor allem als „Lichtbildnerin“ wirkte und für die „fotografische Bestandsaufnahme des Königsberger Schlosses“ verantwortlich war. Dieses Fotoarchiv erlangte nach den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg eine zusätzliche Bedeutung.

Erfolgreiche Jahre in Königsberg

Brachert übernahm neben seinen Lehraufgaben viele Staatsaufträge für Plastiken und war als Berater der Staatlichen Bernstein-Manufaktur Königsberg sowie der Staatlichen Kunstgießerei Gleiwitz tätig. Er war ein gefragter und erfolgreicher Künstler, der auch auf Ausstellungen Aufsehen erregte und die Sommer mit seiner Frau in Georgenswalde verlebte, wo er ein Haus erwarb, das ausgebaut wurde und damit dauerhafte Aufenthalte ermöglichte.

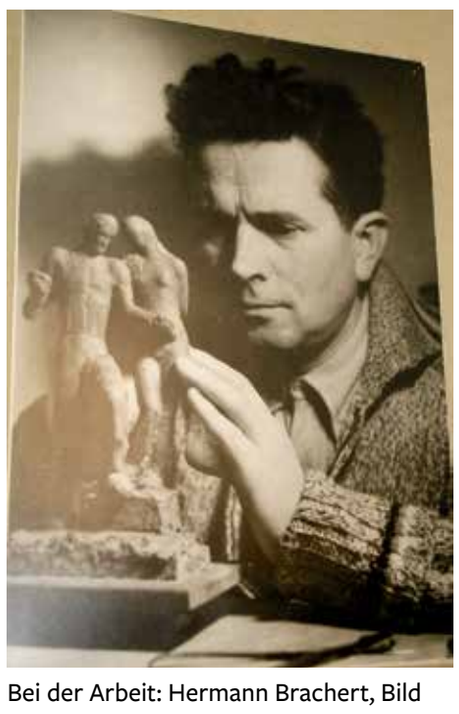


FOTO: KNO-BIESDORF

Bei der Arbeit: Hermann Brachert, Bild aus dem Museum in Georgenswalde

Alles schien bestens. 1931 schuf er zu Ehren von Lovis Corinth den überlebensgroßen Bronzeguss „Genius der Kunst“, der von den Nationalsozialisten schon 1933 aus Königsberg entfernt wurde. Ab 1933 erschienen in der NS-treuen Presse zudem immer wieder Hetzbeiträge über seine Frau als „russische Jüdin“. Dazu gab es weniger Aufträge. Die NS-Zeit gedieh zur Gratwanderung. 1943 verlor das Künstlerpaar die Tochter bei einem Bombenangriff. Anfang 1944 wurde Brachert zur Küstenwehr im Samland einberufen.

Verfolgte des NS-Regimes

Das Ehepaar Brachert überlebte den Krieg und die dramatische Räumung Ostpreußens mit dem Verlust vieler Arbeiten und der Wohnungen in Königsberg sowie Georgenswalde und übersiedelte zurück nach Stuttgart. Für Brachert war das ein Neubeginn. Er arbeitete zunächst als freischaffender Künstler, übernahm als Professor am 15. März 1946 die Leitung der Bildhauerklasse der Stuttgarter Akademie, fungierte bald als deren kommissarischer Leiter und dann ab 1947 als gewählter Rektor. In dieser Position sorgte er neben neuen Bildhauerarbeiten und der Erfüllung seiner Lehrpflichten vor allem auch für den Neuaufbau der Kunsthochschule. Dazu gesellten sich weitere Kunstwerke wie die Büste vom Bundespräsidenten Theodor Heuß, die Verfassungssäule sowie das Hochrelief für das Oberlandesgericht in Stuttgart und die Marmorfigur „Die Trauerende“ für das Mahnmal in Stuttgart-Untertürkheim.

Zweite Erfolgswelle in Stuttgart

Brachert schwamm auf einer zweiten Erfolgswelle, übernahm nach seiner Emeritierung Ehrenämter und wurde 1961 mit dem Bundesverdienstorden ausgezeichnet. Im Alter schuf er als letzte Arbeit noch seine „Erinnerung an Ostpreußen“, die als überlebensgroße Figur inzwischen vor dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg beeindruckt. 1970 verlor er seine Frau. Zwei Jahre später folgte Brachert ihr am 2. Juni 1972 in Schlaitdorf, seinem Ruhesitz. 1974 sorgte ein Freundeskreis in Stuttgart für eine Gedächtnisausstellung in Stuttgart. 1990 waren viele Brachert-Arbeiten auf der „Ostdeutschen Kulturwoche“ in Ravensburg zu sehen.

Da war die Erinnerung an den bedeutenden Künstler auch in Ostpreußen wieder erwacht. Die Region Königsberg machte 1993 das Brachert-Haus in Georgenswalde zum Museum und stellte hier zahlreiche Arbeiten des Künstlers aus. Mittendrin die Original-Skulptur der „Wasserträgerin“. Dagegen wurde die lange verschwundene überlebensgroße „Nymphe“ an der Strandpromenade in Rauschen aufgestellt, ein Hingucker bis heute. Pünktlich zum 50. Todestag des Künstlers wurde das Brachert-Museum in Georgenswalde vom Kulturministerium in Königsberg übernommen, saniert und mit neuem Konzept eröffnet.

NIEDERSACHSEN

Nachahmung erwünscht

Der Gymnasiast Justus Gieseler über seine Eindrücke zur Verleihung des „Nachwuchspreises Heimatvertriebene“

Am 12. Mai wurde zum ersten Mal der „Nachwuchspreis Heimatvertriebene“ der Niedersächsischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Editha Westmann, in Hannover feierlich verliehen (siehe Seite 16).

Wer allerdings erwartet hatte, im Festsaal des Alten Rathauses nur auf alte Männer in dunklen Anzügen zu treffen, war vermutlich verblüfft über die vielen jungen, engagierten Frauen, die bei der Veranstaltung hervorstachen.

Wer sich auf Reden mit immer gleichen Inhalten eingestellt hatte, wunderte sich vielleicht. Die Art und Weise, mit der sich die Preisträger zwischen 16 und 30 Jahren mit dem Thema „Flucht und Vertreibung“ auseinandergesetzt hatten, war keinesfalls monoton und langweilig. Die Preisträger wurden von ihren jeweiligen Juroren und Laudatoren vorgestellt, präsentierten aber ihre Projekte selbst, wodurch eine unglaubliche Vielseitigkeit entstand.

Simon Gruninger aus Oldenburg, der von der Autorin Henriette Piper vorgeschlagen worden war, wurde für seinen Dokumentarfilm „Der Segen von Altenberg“ mit einem Förderpreis ausgezeichnet. Die eingespielten Filmsequenzen ließen die Kultur eines ostpreußischen Diakonissenhauses wieder lebendig werden.

Die vier Studentinnen Gina-Marie Kujawa, Laura Menke, Mandy Brandt und Nadine Rüdiger waren mit Michael Hirschfeld, Professor für Neuere und Neueste Geschichte, der sie auch nominiert hatte, von Vechta nach Hannover gekommen. Sie wurden für drei biografische Essays über prominente Heimatvertriebene im Kreis Vechta mit einem Förderpreis ausgezeichnet.

Zwei Hauptpreise verliehen

Die Studentin Melina Eckart von der Georg-August-Universität Göttingen wurde für ihre Masterarbeit über heimatvertriebene junge Frauen in Ostniedersachsen mit einem Hauptpreis ausgezeichnet. Ausdrücklich wies sie auf die Aktualität ihres Themas hin und erinnerte daran, dass überwiegend Frauen die Hauptlast des Fluchtgeschehens zu tragen hätten.

Besonders emotional war für die Anwesenden die Präsentation von Lena Hammann, deren Laudatio Staatssekretärin Sabine Johannsen gehalten hat. Hammann wurde für ihr Buch „Toni Kerstan – Meine Lebensgeschichte“ ebenfalls mit einem Hauptpreis ausgezeichnet. Sie berichtete, wie sie noch als Schülerin in Stade alten Menschen im Seniorenheim vorgelesen habe. In der ersten Zeit kam sie dieser Aufgabe ohne allzu große Begeisterung nach, eher aus Pflichtgefühl habe sie sie wahrgenommen. Doch schließlich lernte Hammann dort die hundertjährige Ostpreußin Toni Kerstan kennen und schätzen. Zwischen beiden Frauen entwickelte sich – über den unglaublichen Altersabstand von 80 Jahren hinweg – eine tiefe Freundschaft. Hammann sog alles auf, was ihr die Seniorin über ihren Lebensweg erzählte, und schrieb es nieder. Ihr Buch schenkte sie Toni Kerstan zu deren 103. Geburtstag. Einige Seiten konnte sie ihr daraus noch vorlesen. Dann verstarb die Ostpreußin.

Zu der würdigen Atmosphäre trugen auch die Musikbeiträge zwischen den einzelnen Präsentationen bei. Josephina Strößner, die selbst in Rostock über die Musik der Heimatvertriebenen promoviert, trug auf der Querflöte ostpreußische Lieder in faszinierenden Interpretationen vor.

Westmann und ihrem Team ist für diese zukunftsweisende Preisverleihung herzlich zu danken – auch für das Projekt insgesamt, das hoffentlich viele Nachahmer findet. *Justus Gieseler*

FOTO: MWK NIEDERSACHSEN

Im Gespräch mit der Autorin Piper, bekannt durch „Der letzte Pfarrer von Königsberg“: Justus Gieseler mit seinem Vater, Burghard Gieseler, Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Ortelsburg

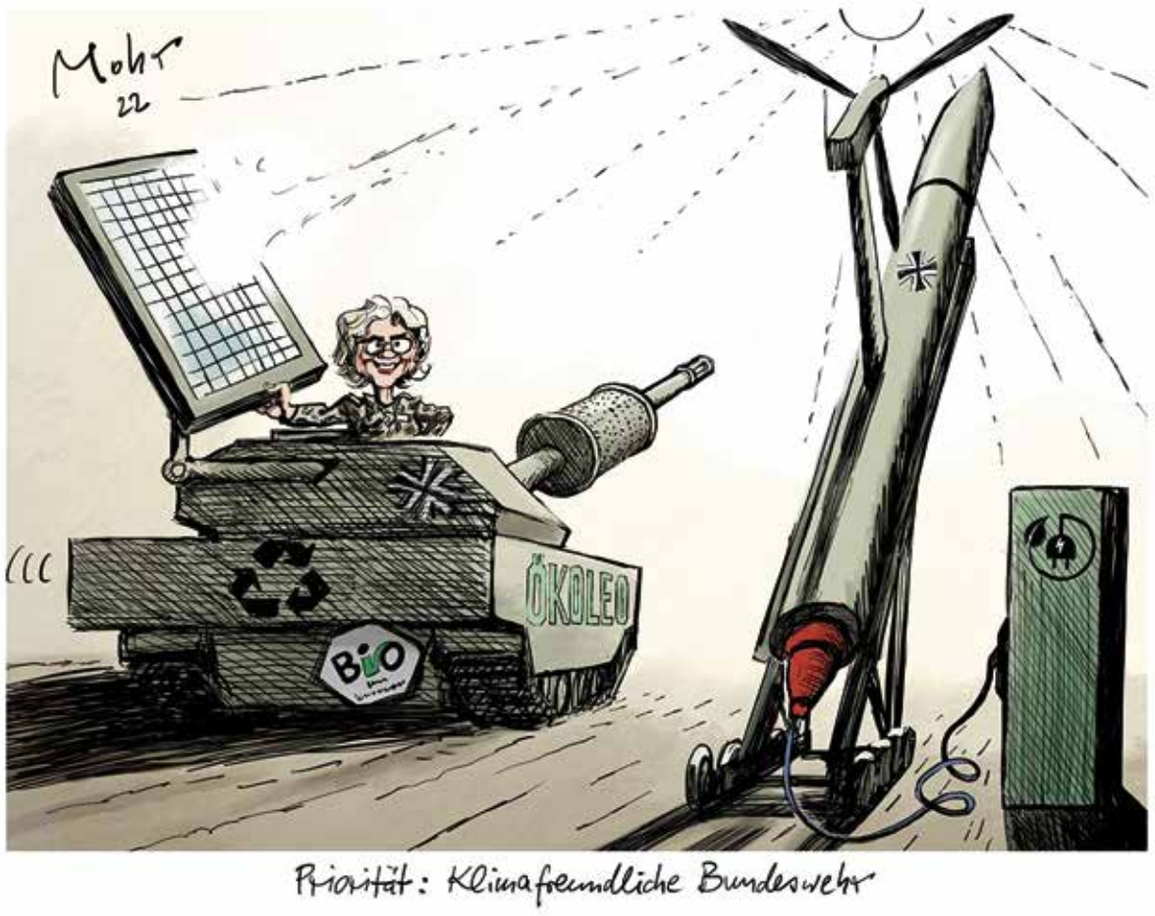
FOTO: MWK NIEDERSACHSEN

Hatten Teil an der Preisverleihung: Geehrte, Laudatoren, Juroren, Nominierer

● **Justus Gieseler** (17 Jahre) besucht das Gymnasium. Im Rahmen eines zweiwöchigen Schulpraktikums konnte er erste Eindrücke von der Arbeit des Verbindungsbüros von Editha Westmann gewinnen.

AUFGESCHNAPPT

Gabriele Tilmann, Münchener Oberstaatsanwältin und Leiterin der bayerischen Zentralstelle zur Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus, kann nicht nur juristische Qualifikationen vorweisen, sondern ist auch Kennerin der Gepflogenheiten der islamischen Welt. In Deutschland werden seit einiger Zeit im öffentlichen Raum Morde begangen, bei deren Ausführung der Täter „Allahu Akbar“ („Gott ist am größten“) ruft. Wie Tilmann jetzt gegenüber dem „Spiegel“ erläuterte, lässt sich daraus aber erst einmal wenig ableiten. So habe etwa der Somalier, der im Juni vergangenen Jahres in einem Würzburger Kaufhaus drei Frauen mit Messerstichen ermordete und fünf weitere Menschen schwer verletzte, auch lautstark „Allahu Akbar!“ von sich gegeben, aber „das deutet eben nicht zwingend auf einen islamistischen Hintergrund hin“, erklärt Tilmann. Untersuchungen hätten ergeben, dass der Täter psychisch krank sei. Strafverfolger, so die Oberstaatsanwältin weiter, dürften „Menschen nicht in Schubladen stecken“. *E.L.*



DER WOCHENRÜCKBLICK

Neue Zeiten – alte Fehler

Warum linke Ökonomen die Inflation nicht kommen sahen, und wieso sie nichts daraus lernen

VON HANS HECKEL

Dabei ließ sich alles so hoffnungsvoll an. Noch kurz vor den Weihnachtstagen des Jahres 2020 bescherte der Hamburger Wirtschaftswissenschaftler Thomas Straubhaar den Deutschen die frohe Botschaft: „Die Inflation ist tot.“ Straubhaar ist nicht irgendwer. Von 2005 bis 2014 saß er als Chef dem Hamburger Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) vor, einer der führenden Einrichtungen dieser Art in Deutschland. Sein Wort hat also Gewicht in der Republik.

So hatte er denn auch gute Argumente für seine Prognose. Die alte Theorie, genannt „Monetarismus“, dass uferloses Gelddrucken irgendwann zwangsläufig zu Geldentwertung, also zu Preislawinen führe, hatte laut dem Topökonomen ihre „Voraussagekraft komplett verloren“. Neue Zeiten benötigten neue Theorien, die der neuen Wirklichkeit gerecht würden.

Straubhaar hatte sogar eine solche neue Theorie für die neue Zeit anzubieten, sie nennt sich schwungvoll „Moderne Geldtheorie“, in ihrer englischen Abkürzung MMT für „Modern Monetary Theory“. Danach haben Gelddrucken und Inflation im Grunde gar nichts miteinander zu tun.

Auf MMT baut vermutlich auch Marcel Fratzscher seine Prognosen auf. Sogar im September 2019, als der Geldwertverfall mit 3,9 Prozent Inflation bereits Fahrt aufgenommen hatte, strotzte der Chef des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) noch vor Optimismus. Das sei nur eine „willkommene Normalisierung der Preise“. Im kommenden Jahr (also in diesem) würde die Preissteigerung wohl eher wieder unter zwei Prozent fallen.

Um Warner wie den früheren Chef des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, der unermüdlich das düstere Bild einer drohenden Inflation an die Wand malte, wurde es einsam. Auch die Medien mochten sich dem Sog der „neuen“ Zeit mit ihrer „modernen“ Theorie kaum entziehen. Mit ein paar abschreckenden Ausnahmen: Schon im November 2020, als die Teuerungsrate mit nur noch 0,2 Prozent einen Tiefpunkt markierte, prophezeite die *PAZ* gut einen Monat vor Straubhaars Weihnachtsartikel: „Die Inflation wird kommen.“

Mit der Sturheit des reaktionären Esels klebten wir an der alten Monetarismus-Theorie, dass grenzenlose Geldproduktion weit über dem Wachstum der Realwirtschaft irgendwann mit Geldentwertung quittiert wird – Hans-Werner Sinn folgend. Um zu erfahren, wer Recht bekam, können Sie sich im Supermarkt erkundigen. Aber das haben Sie ja längst getan.

Und was sagen Leute wie Straubhaar und Fratzscher jetzt? Fratzscher hat seine Hintertür bereits aufgestoßen: Der Ukrainekrieg sei schuld an den steigenden Preisen. Dass der Anstieg lange vor Kriegsausbruch ins Rollen kam und durch den Konflikt höchstens zusätzlich befeuert wird, rückt der Ökonom lieber nicht so in den Blick. Und dass andere die Inflation mit guten Gründen bereits kommen sahen, ehe sie überhaupt messbar wurde, schon gar nicht. Wie sähe er denn dann aus? Rücksichtsvollerweise wird er in den Medien höchstens einmal zaghaft mit seinem Geschwätz von gestern konfrontiert. MMT ist ein eher linkes Theorem, Monetarismus dagegen gilt als rechts. Da weiß der deutsche Durchschnittsjournalist, wo er zu stehen hat.

Der Zirkus erinnert an die späten 1990er Jahre. Damals wurden alerte junge Leute märchenhaft reich durch den sogenannten Dotcom-Boom. Auch damals lebten wir in einer „neuen Zeit“, die „neue Theorien“ erforderte. Das alte Denken hatte ausgedient. Daher stellte niemand mehr ernsthaft die Frage, was diese sagenhaften jungen Firmen eigentlich herstellten, ob sie echte Gewinne machten und ein tragfähiges Geschäftsmodell vorweisen konnten.

Wie bei der Dotcom-Blase der 1990er

Das war alles von gestern, „Soll und Haben“ und der ganze überkommene Müll. Wir lebten jetzt im „Informationszeitalter“, wo es nur noch darauf ankam, „vernetzt“ zu sein. Bis es plötzlich „Bumm“ machte, und die ganzen schönen Dotcom-Blasen geplatzt sind. Daraus könnte man ja heute lernen.

Muss man aber nicht. Denn was empfiehlt Fratzscher jetzt, da ihm seine MMT-Thesen ebenso von der Realität widerlegt wurden wie vor mehr als zwanzig Jahren die Dotcom-Spinnerei? Na, was wohl: Noch mehr Schulden machen, noch mehr Geld drucken. Wir würden sagen: Immer weiter Richtung Abgrund.

Damit freilich befindet er sich in bizarrer Weise auf der Höhe unserer Zeit. Ob Euro, eine überhastete Energiewende oder ungezügelte Zuwanderung: Immer, wenn etwas so richtig schiefgelaufen ist, wird nicht etwa überlegt, ob wir vielleicht in der falschen Richtung unterwegs waren. Nein, die empfohlene Therapie lautet jedes Mal: Dann eben noch mehr vom Falschen, mehr Euro-Rettung, eine noch hastigere Energiewende oder mehr ungezügelte Einwanderung.

> Jetzt soll der Ukrainekrieg an allem schuld sein. Dabei nahm die Teuerung schon lange vorher Fahrt auf

Am Letzteren wird bereit gearbeitet. DGB und Evangelische Kirche fordern die Bundesregierung auf, allen auswanderungswilligen Menschen in den armen Ländern dieser Welt ein Angebot zu unterbreiten, das sie nicht ausschlagen können, damit die sich endlich auf die Socken nach Deutschland machen. Die Sonderrechte, welche man den ukrainischen Flüchtlingen einräumt, sollten für alle gelten, die in unser Land gelangen. Alle sollen vom ersten Tag den vollen Hartz-IV-Satz von 449 Euro erhalten.

Bislang ist das so geregelt, dass Asylbewerber, deren Anerkennungsverfahren noch läuft, 82 Euro weniger bekommen. Verblüffenderweise werden diese 367 Euro monatlich auch dann weitergezahlt, wenn der Antrag auf Asyl abgelehnt worden ist. Und in der Regel werden die Abgelehnten nach 18 Monaten mit den Anerkannten finanziell gleichgestellt, so sie eine Duldung erlangt haben, was meistens passiert. Aber selbst das ist der EKD noch zu viel „Ungleichbehandlung“.

Die Grünen finden die Idee toll. Aus der FDP heißt es wolkig, man strebe „für Schutzsuchende einfache und schnelle Lösungen“ an. CDU und AfD sind nicht so begeistert. Selbst mit den geringeren Leistungen, welche die nicht anerkannten Asylsucher erhalten, biete Deutschland bereits die höchsten Leistungen in Europa an, so ein CDU-Sprecher.

Der hat offenbar den Zweck der Übung nicht verstanden: Genau darum geht es doch! Nur wenn Deutschland alle anderen Länder in den Schatten stellt und mit Leistungen winkt, die sogar das durchschnittliche Lohnniveau in den Herkunftsländern überflügelt, entsteht der angestrebte Druck, in die Bundesrepublik auszuwandern.

Wer das alles bezahlen soll? Kein Problem: Der Staat verschuldet sich dafür mit neu geschaffenem Geld. Da auch Asylsucher einkaufen gehen, treibt dieses Geld zusätzlich die Preise, wodurch das „alte“ Geld der deutschen Sparer noch mehr entwertet wird. Nicht umsonst rühmt man die Inflation als gerissenste Form der Steueranhebung, die sich denken lässt. Denn kaum einer der Enteigneten bemerkt, dass Inflation in ihrer Wirkung nichts anders als höhere Steuern bedeutet.

Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter **www.paz.de**

STIMMEN ZUR ZEIT

Jacques Schuster appelliert in der „Welt“ (19. Mai), sich in Bezug auf Russland nicht von Rachegelüsten oder Bestrafungsphantasien leiten zu lassen, sondern von kühler Vernunft, denn:

„Wie man es dreht und wendet, die Ostpolitik der Bundeskanzler von Willy Brandt über Helmut Schmidt und Helmut Kohl bis zu Angela Merkel hatte ihre Berechtigung – trotz der Fehler, die begangen wurden. Über kurz oder lang wird man zu ihr zurückkehren (müssen), denn der Schlüssel für den Zugang zur europäischen Stabilität liegt nicht in Kiew, Warschau, Prag oder Berlin, er liegt in Moskau.“

Hadmut Danisch macht sich auf seinem Blog (22. Mai) Gedanken über aggressive Gleichmacherei und „Wokeness“:

„Herkunft, Rasse, Hautfarbe, dick oder dünn – alles wird künstlich egal gemacht, werden wir unterschiedsblind gemacht. Wir werden systematisch darauf abgerichtet, dass wir nicht mehr das zu sehen glauben, was unsere Augen sehen, sondern das, was die Partei uns sagt. Und das nicht nur so sagen, damit wir unsere Ruhe haben, sondern das auch wirklich glauben.“

Oliver Stock, Chefredakteur des „Wirtschaftskuriers“, lässt in „The European“ (18. Mai) seiner Enttäuschung über die FDP in der Ampelregierung freien Lauf:

„Die FDP geht in der Ampelkoalition unter. Und das liegt daran, dass sie ihren Markenkern verkauft hat … Die Selbstverleugnung der Liberalen geht so weit, dass die Partei ihre besten Ideen, wie zum Beispiel die Einführung einer Aktienrente auf den Sankt Nimmerleinstag verschiebt.“

André F. Lichtschlag fragt sich im Editorial des Monatsmagazins „eigentümlich frei“ (Nr. 223, Juni 2022), warum laut Umfragen seit Kriegsausbruch mehr Russen hinter Putin stehen sollen als vor dem 24. Februar – und findet eine auch für die meisten Deutschen wenig schmeichelhafte Antwort:

„Viele Deutsche fragen sich, warum die Russen in Umfragen jetzt Putins Politik noch stärker befürworten als vor dem Krieg. Es ist im Kern derselbe Grund, warum in Deutschland bei den letzten Landtagswahlen die etablierten Parteien weiter zulegen: In Kriegs- und Krisenzeiten scharen sich die Herdenmenschen – mit Ausnahme der libertären Mutanten – instinktiv noch enger und folgsamer hinter den vermeintlichen Leithammeln. Das geht so weiter bis zur Katastrophe, zum Zusammenbruch, zum Herdenkollaps. Die gute Nachricht: Das kommt auch noch.“

WORT DER WOCHE

„Wir gehen in eine Dekade der Inflation. Es wird richtig, richtig schwierig.“

Anja Kohl, ARD-Börsenexpertin, warnte in der ARD-Sendung „Hart aber fair“ (23. Mai) vor harten 2020er Jahren